

Rheinland-Pfalz

Statistisches Landesamt



Statistische Monatshefte

1988

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember

Inhalt

Gehaltsstruktur des Landespersonals	125	Anhand der Personalstandstatistik wird die Zusammensetzung des Personals nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen dargestellt.
--	-----	---

Neuere Tendenzen im Anbau auf dem Ackerland	130	Die Bemühungen zur Verringerung der Getreideüberschüsse haben bereits zu deutlichen Anbauverschiebungen auf dem Ackerland geführt. Anhand der Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung 1987 wird hierüber berichtet.
--	-----	---

Entwicklung des Kartoffelanbaues	135	Der Beitrag stellt die regionalen, betrieblichen und marktspezifischen Verhältnisse des Kartoffelanbaus dar.
---	-----	--

Meldepflichtige Krankheiten 1980 bis 1987	137	Das Bundesseuchengesetz sieht für annähernd 50 Krankheiten und Krankheitsformen infektiösen und damit epidemischen Charakters Meldepflicht sowie statistische Erfassung vor.
--	-----	--

Personalverwaltungssystem für Krankenhäuser	140	Für die Durchführung auf ihren Vor-Ort-Rechnern bietet das Statistische Landesamt den öffentlichen Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz seit Herbst 1987 ein maschinelles Personalverwaltungssystem (PVS) an.
--	-----	--

DV-Verfahren MARK zur Bewirtschaftung des medizinischen Sachbedarfs	145	Das DV-Verfahren MARK ermöglicht eine wirtschaftliche Kontrolle des Verbrauchs an medizinischem Sachbedarf in Krankenhäusern.
--	-----	---

Anhang	9*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	15*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Gehaltsstruktur des Landespersonals

In Rheinland-Pfalz werden die meisten Beamten im höheren Dienst nach A 14 besoldet, gefolgt von denen nach A 15, die erstmals die Beamten nach A 13 zahlenmäßig übertreffen. Im Zeitablauf haben sich erhebliche Verschiebungen in der Struktur der Beamten der Besoldungsordnung A des höheren Dienstes ergeben. 1977 war die Gruppe A 13 am stärksten besetzt und erreichte die höchste Zahl im Jahre 1982, seither ist sie rückläufig. Im gleichen Zeitraum bis 1982, ist die Zahl der nach A 14 besoldeten Beamten stark ausgeweitet worden, so daß mittlerweile 40 % der Beamten in der Besoldungsordnung A des höheren Dienstes auf diese Gruppe entfallen. Die Zahl der Beamten nach A 15 und A 16 ist über den gesamten Zeitraum gestiegen.

Die Beamten im gehobenen Dienst sind überwiegend in den oberen Gehaltsgruppen dieser Laufbahn. Der Besoldungsgruppe A 12 gehören 44 % der Beamten des gehobenen Dienstes an, der Gruppe A 13 19 %. Zurückzuführen ist dies maßgeblich auf die große Zahl von Lehrern an Grund-, Haupt- und Sonderschulen. Im gehobenen Dienst bei der Finanzverwaltung und der Polizei dominieren die Gruppen A 10 und A 11.

Im mittleren Dienst werden die meisten Beamten nach A 8 besoldet. Das Spitzenamt dieser Laufbahn haben 28 % dieser Beamten erreicht, während sich im Eingangssamt 7,9 % befinden. Nach Aufgabengebieten zeigen sich große Unterschiede in der Besoldung. Bei der Polizei sind 60 % der Beamten des mittleren Dienstes in den Besoldungsgruppen A 8 und A 9 S, bei den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften sind es 44 % und in der Finanzverwaltung 39 %.

Den 41 269 Beamten und Richtern stehen 11 879 Beamtinnen und Richterinnen gegenüber. Den höchsten Frauenanteil weist der gehobene Dienst aus, gefolgt vom höheren und mittleren Dienst. Für alle Laufbahnen gilt, daß Frauen häufiger in den unteren Besoldungsgruppen vertreten sind als Männer, während in den oberen Gruppen die Männer deutlich überwiegen. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 125

Industriearbeiter verdient 17,68 DM in der Stunde

Im Oktober 1987 verdiente ein Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 17,68 DM in der Stunde. Das sind 4,5 % mehr als im Oktober 1986. Männliche Arbeiter erhielten 18,55 DM (+ 4,4 %), weibliche aufgrund abweichender Beschäftigungsstrukturen 13,02 DM (+ 3,3 %). Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst stieg bei den Männern um 4,9 % auf 764 DM, bei den Arbeiterinnen um 3,3 % auf 508 DM. Die wöchentliche Arbeitszeit erhöhte sich bei den Männern

auf 41,2 Stunden (+ 0,2 Stunden). Bei den Frauen verringerte sie sich auf 39 Stunden (- 0,1 Stunden).

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) kamen auf einen Verdienst von 3 937 DM im Monat (+ 3 %), technische Angestellte auf 4 820 DM (+ 3,4 %). Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 609 DM (+ 4,1 %), ihre Kolleginnen 2 506 DM (+ 5,9 %).

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen unberücksichtigt. ze

Stundenlohn der Handwerker 15,83 DM

Die rheinland-pfälzischen Arbeiter im Handwerk erhielten im November 1987 einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn von 15,83 DM. Das sind 2,7 % mehr als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Bei den Vollgesellen stiegen die Stundenverdienste auf 16,62 DM (+ 2,2 %), bei den Junggesellen auf 12,67 DM (+ 2,8 %) und bei den übrigen Arbeitern auf 14,47 DM (+ 3,6 %). Die Bruttowochenverdienste erhöhten sich im gleichen Zeitraum für Vollgesellen um 1,5 % auf 681 DM, für Junggesellen um 2,2 % auf 516 DM und für die übrigen Arbeiter um 3,1 % auf 608 DM.

Den höchsten Stundenlohn unter den Vollgesellen erreichten mit 17,38 DM die Elektroinstallateure und bei den Junggesellen mit 13,77 DM die Maler und Lackierer.

Die bezahlten Wochenstunden im Handwerk gingen um 0,5 % auf 41 Stunden zurück. Mit 1,2 Überstunden pro Woche war die Mehrarbeitszeit ebenso hoch wie ein Jahr zuvor. ze

Heizöl erneut billiger Verbraucherpreise im Februar

Bei einem weiterhin recht stabilen Verbraucherpreinsniveau gingen im Februar die Heizölpreise abermals zurück. 100 l Heizöl kosteten im Durchschnitt der rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 31,41 DM. Das ist fast ein Neuntel weniger als vor einem Jahr. Die Benzinspreise waren um 2 bis 4 % niedriger als vor Jahresfrist. Auch Dieselkraftstoff ging im Preis leicht zurück.

Bei Gemüse und Obst wurden vor allem Blumen- und Wirsingkohl, Birnen sowie Zwiebeln preiswerter angeboten als im Februar 1987. Deutliche Preisreduzierungen verzeichneten auch Kartoffeln. Erheblich mehr bezahlt werden mußte für Tomaten, Chinakohl, Weißkohl und für Äpfel.

Unter den industriellen Erzeugnissen verbilligten sich insbesondere Videorecorder und -bänder sowie Radios und Farbfernsehgeräte. br

Nur jeder vierte landwirtschaftliche Betrieb hat einen Hofnachfolger

Von den im April 1987 insgesamt 40 800 landwirtschaftlichen Betrieben in Rheinland-Pfalz, deren Inhaber 45 Jahre oder älter sind, hatte nur etwa jeder vierte (11 600) einen Hofnachfolger, der den Betrieb aller Voraussicht nach auch weiterbewirtschaften wird. Bei weiteren 12 900 Betrieben war zwar eine Person vorhanden, die den Betrieb übernehmen könnte, eine Weiterbewirtschaftung schien allerdings nicht gesichert. Rund 16 300 (40 %) Betriebsinhaber mit mehr als 110 000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche gaben an, keinen möglichen Nachfolger zu haben. Darunter waren überdurchschnittlich viele Nebenerwerbslandwirte. Bei fast 70 % der Haupterwerbsbetriebe wurde eine Fortführung der Landwirtschaft als möglich angesehen. od

Zwei von drei landwirtschaftlichen Betrieben pachten Flächen zu

Fast zwei Drittel (61 %) der 58 300 landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz hatten 1987 Flächen zugepachtet. Die gesamte Pachtfläche belief sich auf 350 000 ha. Damit steht mittlerweile jeder zweite Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche nicht im Eigentum seines Bewirtschafters. 1979 waren 45 % und weitere acht Jahre zuvor erst 39 % der Fläche gepachtet. Die im Verlauf des Strukturwandels freigesetzte Fläche wurde demnach überwiegend in Pacht von anderen Betrieben übernommen. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Betriebsgrößenklasse über 50 ha. Im Vergleich zu 1971 ist hier der Anteil der Eigenfläche um 13 Prozentpunkte auf 37 % zurückgegangen.

Im Landesdurchschnitt mußten für einen Hektar 359 DM Pachtentgelt bezahlt werden. Vor acht Jahren hatte dieser Betrag noch um rund 90 DM niedriger gelegen. od

Getreideanbau rückläufig

Von der im Jahre 1987 landwirtschaftlich genutzten Fläche von 720 300 ha dienten 421 300 ha oder 59 % dem Ackerbau. Drei von vier ha Ackerland waren mit Getreide bestellt, wobei der Getreideanteil in den letzten Jahren deutlich rückläufig war. Mit Hartweizen und Triticale haben zwei neue Getreidearten in Rheinland-Pfalz bereits beachtliche Bedeutung erlangt.

Neben den Hülsenfrüchten ist besonders der Anbau von Ölfrüchten, namentlich Raps und Sonnenblumen, stark ausgeweitet worden. Sie erreichten 1987 schon 6 % der Ackerfläche gegenüber erst 0,5 % vor acht Jahren. Auch der Flachs, seit Mitte der 50er Jahre von den

Feldern verschwunden, wird neuerdings wieder vermehrt angebaut.

Bei den Hackfrüchten sind Spätkartoffeln und Runkelrüben weiter eingeschränkt worden. Frühkartoffeln und Zuckerrüben konnten dagegen ihre Stellung behaupten. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 130

Starke regionale Konzentration des Kartoffelanbaus

Auch 1987 setzte sich die Tendenz zur Einschränkung der Kartoffelanbaufläche, wenngleich mit verminderter Intensität, fort. Insgesamt wurden nur noch 11 400 ha Kartoffeln in Rheinland-Pfalz angebaut. Bemerkenswert ist die hohe Konzentration der Anbauflächen in der Vorderpfalz.

Mittels einer Clusteranalyse erfolgt eine vergleichende Darstellung der regionalen Entwicklung des Kartoffelanbaus. Dabei werden Kreise mit ähnlichen Entwicklungsmustern zusammengefaßt. Es zeigt sich, daß die Region um Ludwigshafen auch dynamisch betrachtet eine Sonderstellung einnimmt.

Das Fehlen einer Marktordnung führt zu relativ starken Preisschwankungen auf dem Kartoffelmarkt, die ihrerseits einer starken betrieblichen Spezialisierung entgegenstehen. So bauen zwar etwa 40 % aller landwirtschaftlichen Betriebe Kartoffeln an, doch zum überwiegenden Teil auf Flächen unter 1 ha. od

Mehr über dieses Thema auf Seite 135

Ausweitung des Anbaues bei Sommergerste geplant

Im Herbst 1987 säten die rheinland-pfälzischen Landwirte erstmals weniger Winterraps aus als in früheren Jahren. Auch die Fläche für Wintergerste wurde eingeschränkt. Bei Winterweizen und Roggen dürften dagegen in diesem Jahr etwas größere Ernteflächen zur Verfügung stehen.

Nach den im Dezember 1987 ermittelten Anbauabsichten der Landwirte für das kommende Frühjahr ist bei der Sommergerste eine beachtliche Anbauausdehnung gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. Auch Hafer und Zuckerrüben werden uneingeschränkt in die Anbaupläne einbezogen. Die Aussaat der in letzter Zeit verstärkt angebauten Hülsenfrüchte, die wie der Winterraps einem deutlichen Rückgang der Erzeugerlöhse unterliegen, soll dagegen in etwas geringerem Umfang erfolgen. Eine weitere Reduzierung zeichnet sich auch im Kartoffelanbau, beim Silomais und den anderen Futterpflanzen ab. hü

10 000 Rinder weniger geschlachtet Schafffleisch sehr begehrt

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1987 rund 1,4 Mill. Schweine, 188 600 Rinder und 53 200 Schafe geschlachtet. Die Zahl der geschlachteten Schweine stieg 1986 nochmals leicht an (+ 0,5 %) und erreichte einen neuen Höchststand. Bei den Schafen betrug die Zunahme rund 10 000 Tiere (+ 22 %), während etwa 10 000 Rinder (– 4,9 %) weniger in die Schlachthäuser kamen.

Das gesamte Fleischaufkommen blieb mit 176 200 t etwas unter dem von 1986. Auf Schweinefleisch entfielen 118 000 t (+ 1,2 %), auf Rindfleisch 56 300 t (– 4,9 %) und auf Schafffleisch 1 200 t (+ 16,5 %). bb

Weniger Wein als 1986 Der meiste Wein wird in der Rheinpfalz produziert

Die rheinland-pfälzischen Winzer und Winzergenossenschaften haben 1987 gut 5,5 Millionen hl Weißwein und knapp 600 000 hl Rotwein erzeugt. Das sind 6,7 % weniger als 1986. Die Qualität des Weines ist ansprechend, denn lediglich 2,7 % entfielen auf Tafelwein. Fast 14 % sind Prädikatswein. Der Qualitätsweinanteil liegt mit 83 % um rund 9 % höher als beim Jahrgang 1986.

Den größten Anteil an der Weinerzeugung hatte die Rheinpfalz mit 37 %, gefolgt von Rheinhessen mit 33 % und dem Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer mit rund 23 %.

Die Erzeugung von Traubenmost als Süßreserve betrug 1987 mehr als 700 000 hl. Sie liegt damit rund 100 000 hl höher als ein Jahr zuvor. hü

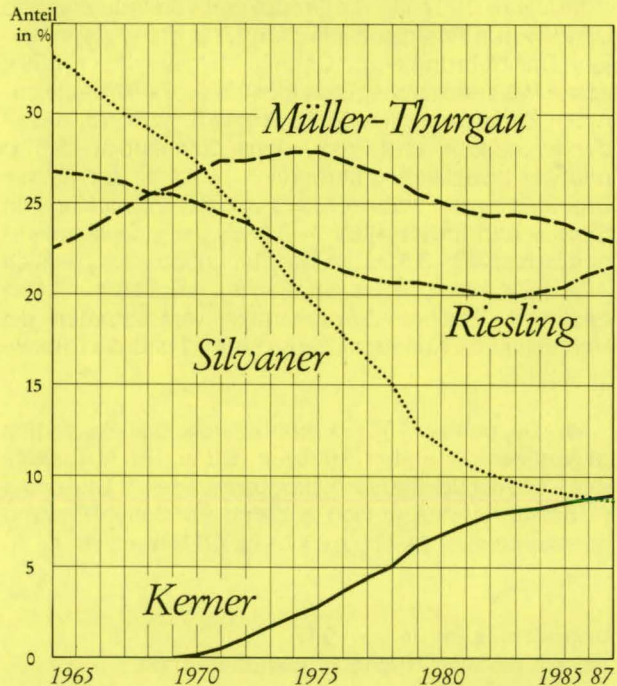
Kerner erstmals vor Silvaner Riesling bald wieder führende Rebsorte?

Die Rebsorte Kerner, eine Kreuzung von Riesling und Trollinger, erreichte 1987 in Rheinland-Pfalz mit rund 5 900 ha bestockter Rebfläche erstmals den dritten Platz hinter Müller-Thurgau (15 100 ha) und Riesling (14 200 ha). Der Kerner verdrängte damit den traditionsreichen Silvaner (5 700 ha) auf Rang vier. Während der Müller-Thurgau, der 23 % der bestockten Rebfläche einnahm, bereits im vierten Jahre hintereinander eingeschränkt wurde, ist der Riesling seit seinem Tiefpunkt vor fünf Jahren (20 %) mit einem Anteil von derzeit 22 % wieder stark im Kommen. Sollte die Anbauentwicklung bei den beiden Hauptrebsorten anhalten, so dürfte der Riesling um 1990 nach gut 20 Jahren wieder die führende Rebsorte im Land sein.

Bei einem Rückgang der bestockten Rebfläche um insgesamt 0,7 % auf 69 500 ha nahm die mit Weißweinreben bepflanzte Fläche (61 100 ha) seit 1986 um 1,1 % ab. Die Rotweinfläche stieg um 5,4 % auf 4 800 ha an.



Die wichtigsten Rebsorten in Rheinland-Pfalz



Stark an Boden verloren bei den weißen Rebsorten Morio-Muskat (– 5,1 %), Ruländer (– 4,9 %) und die Siegerrebe (– 4,7 %). Der Blaue Portugieser, mit knapp 2 900 ha die flächenstärkste rheinland-pfälzische Rotweinsorte, scheint mit 3,6 % Zuwachs gegenüber 1986 seine jahrelange Stagnation überwunden zu haben. Spätburgunder (+ 8,3 %) und Dornfelder (+ 11,7 %) verzeichneten zwar hohe Zuwachsraten, nehmen aber mit 840 bzw. 640 ha zusammengekommen erst etwa die Hälfte der Portugieserfläche ein. km

Auftragseingänge 1987 erneut höher

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lagen im Jahre 1987 um 0,5 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Einer erhöhten Auslandsnachfrage (+ 3,4 %) stand eine Verringerung der Inlandsbestellungen um 1,1 % gegenüber. Die höchste Zuwachsrate erzielte das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit + 2,5 % (chemische Industrie + 4,1 %). Der Verbrauchsgütersektor verzeichnete eine Zunahme von 1,1 %, während sich die Nachfrage im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (– 1 %) sowie im Investitionsgütersektor (– 1,9 %) verringerte.

Zu dem positiven Jahresergebnis trugen vor allem die Auftragseingänge im Dezember bei. Sie übertrafen das Volumen des entsprechenden Vorjahresmonats um 8,4 %. Die Inlandsbestellungen erhöhten sich um 6,6 %, die Auslandsorder um 11,8 %. fu

kurz + aktuell

Produktionsanstieg im Jahre 1987

Im Jahre 1987 lag die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz um 1,3 % höher als im Vorjahr. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 4,5 %) sowie die Verbrauchsgüterindustrie (+ 0,4 %) verzeichneten Zunahmen. Niedrigere Produktionsziffern wiesen der Grundstoff- und Produktionsgütersektor (– 3,8 %) und der Investitionsgüterbereich (– 4,4 %) auf. Dieses Ergebnis wurde insbesondere von der Entwicklung im Steine- und Erdensektor (– 8,1 %), der eisenschaffenden Industrie (– 3,8 %), im Maschinenbau einschließlich ADV (– 2,4 %) und im Straßenfahrzeugbau (– 7,4 %) bestimmt. Positive Zuwachsraten verzeichneten die Hersteller von Kunststoffwaren (+ 7 %) und die Chemie (+ 4,9 %).

Im Dezember 1987 erhöhte sich die Produktion gegenüber Dezember 1986 um 6,3 %. Mit Ausnahme des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (– 6,2 %) wurden in den anderen Bereichen Produktionszunahmen zwischen 9,1 und 15,5 % erzielt. fu

Umsatzplus im Jahre 1987 Überdurchschnittliche Auslandsumsätze

Die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe setzten im Jahre 1987 rund 83 Mrd. DM um. Das sind 1,9 % mehr als im Jahr zuvor. Die Umsätze mit dem Ausland nahmen um 3,4 % zu, die Inlandsumsätze um + 1 %. Deutliche Zuwachsraten verzeichneten die Hersteller von Kunststoffwaren (+ 6,9 %), der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (+ 6,3 %) und die chemische Industrie (+ 4,7 %).

Im Dezember 1987 übertrafen die Umsätze das Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats um 6,5 %. Die Inlandsumsätze erhöhten sich um 4,9 %, die Exportumsätze um 9,3 %. hel

Positive Halbjahresbilanz bestätigt Überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum

Erste vorläufige Ergebnisse auf der Basis von Daten der ersten drei Quartale des Jahres 1987 weisen für das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt ein Wachstum von 4,3 % aus. Nach Bereinigung von Preiseinflüssen errechnet sich eine reale Zuwachsrate von 2,2 %. Damit bestätigen sich die Tendenzen, die sich bereits nach Ablauf des ersten Halbjahres abgezeichnet hatten. Zwar blieb das Ergebnis etwas hinter dem des Vorjahres zurück, jedoch behauptet das Land seine gute Stellung im Vergleich zu den anderen Bundesländern (Bundesgebiet + 1,6 %). sc

Außenhandel mit den Entwicklungsländern weitete sich stark aus

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft exportierte im November 1987 für 313 Mill. DM Waren in die Entwicklungsländer. Das sind 25 % mehr als im November 1986. Die Bezüge aus diesen Ländern nahmen um 29 % auf 172 Mill. DM zu. Die wertmäßige Bedeutung des Außenhandels mit den Entwicklungsländern, zu denen auch die OPEC-Staaten zählen, erreichte damit etwa die Größe des Außenhandels mit Frankreich.

Die Warenlieferungen nach Frankreich, unserem wichtigsten EG-Handelspartner, lagen im November 1987 bei 320 Mill. DM (+ 1,4 %), die Bezüge bei 188 Mill. DM (– 1,7 %). Auch nach den USA und Kanada wurde mehr exportiert als im November 1986 (+ 14 %). Dagegen gingen die Bezüge aus diesen überseeischen Ländern um 22 % zurück.

Insgesamt lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft im November 1987 für 2,6 Mrd. DM Waren ins Ausland. Das entspricht einer Zunahme gegenüber November 1986 um 16 %. Die Warenbezüge erhöhten sich um 5,9 %.

Von Januar bis November 1987 wurden für 27,2 Mrd. DM Waren aus Rheinland-Pfalz exportiert, 1,2 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1986. Der Import belief sich auf 16,1 Mrd. DM (+ 0,5 %). sr

Durchschnittlich 135 DM Wohngeld im Monat

Ende 1987 bezogen in Rheinland-Pfalz 75 635 Haushalte Wohngeld. Das sind 155 mehr als ein Jahr zuvor. Während die Zahl der Mietzuschußempfänger geringfügig auf 66 798 abnahm, stieg die der Lastenzuschußempfänger um 2,6 % auf 8 837.

Im vierten Quartal 1987 wurden 30 232 Wohngeldanträge bewilligt. Reichlich zwei Drittel davon waren Wiederholungsanträge, knapp drei Zehntel Erstanträge, und in 2,2 % der Fälle handelte es sich um Erhöhungen. Insgesamt wurden 40 Mill. DM gezahlt, wovon 88 % auf Miet- und 12 % auf Lastenzuschüsse entfielen.

Im Regierungsbezirk Koblenz beliefen sich die Zahlungen auf 16,4 Mill. DM, in den Bezirken Trier und Rheinhessen-Pfalz auf 6,1 bzw. 17,5 Mill. DM. An die Empfänger, die in kreisfreien Städten lebten, wurden 16,5 Mill. DM ausgezahlt. Wohngeldempfänger, die ihr Domizil in einem der rheinland-pfälzischen Landkreise hatten, erhielten insgesamt 23,5 Mill. DM. Der monatliche Wohngeldanspruch ist im Landesdurchschnitt um eine DM auf 135 DM gestiegen. ju

Gehaltsstruktur des Landespersonals

Anhaltende Personalreduzierung

Zur Jahresmitte 1987 waren in Rheinland-Pfalz beim Land 83 117 Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter vollbeschäftigt, weitere 14 094 waren teilzeitbeschäftigt mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit. Damit setzte sich der seit 1983 zu beobachtende Trend einer Verringerung des Personals trotz Ausweitung bei den Teilzeitbeschäftigten fort. In der gleichen Zeit wurde die Zahl der Vollbeschäftigten um mehr als 3 400 zurückgeführt, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um gut 3 500 stieg. Die Saldierung, unter Berücksichtigung der Umrechnung von Teilzeit- in Vollzeitarbeit, verdeutlicht den Einsparungseffekt. Die Umschichtung war möglich, weil einerseits durch eine Reduzierung des Personals der Anstieg der Personalausgaben gebremst werden sollte, andererseits viele Arbeitsuchende eine Teilzeitbeschäftigung wünschten und viele Arbeitnehmer, meist aus persönlichen Gründen, von der Vollzeit- zur Teilzeitbeschäftigung wechselten. Mit diesem Prozeß parallel ging ein Wandel des Personalbedarfs in den einzelnen Aufgabenbereichen. So wurden beispielsweise aufgrund sinkender Schülerzahlen weniger Lehrer beschäftigt, während an den Hochschulen, im Rechtsschutz und bei der Hochbauverwaltung zusätzliche Arbeitskräfte benötigt wurden.

Diese Umschichtungen können Auswirkungen auf die Gehaltsstruktur des Landespersonals haben, wenn von der Personalreduzierung in einem Aufgabengebiet überwiegend eine oder wenige Gehaltsgruppen betroffen sind und nicht dieselben Gehaltsgruppen von der Personalausweitung in anderen Aufgabengebieten begünstigt werden. Darüber hinaus kann durch systematische Stellenanhebungen oder durch Umwandlung von Stellen, beispielsweise des mittleren Dienstes in solche des gehobenen Dienstes, die Gehaltsstruktur beeinflusst werden. Von Änderungen der Gehaltsstruktur sind die vom Land getätigten Personalausgaben insofern abhängig, als nicht allein die Zahl der Bediensteten, sondern auch die Höhe der individuellen Bezüge des einzelnen Arbeitnehmers den Umfang der Personalausgaben mitbestimmen.

Anhand der Personalstandstatistik kann die Gehaltsstruktur dargestellt werden. Die Untersuchung beschränkt sich auf das vollbeschäftigte Personal, weil für die Teilzeitbeschäftigten eine Untergliederung nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen erst ab 1986 möglich ist. Da sich die Zusammensetzung des Personals nur in längeren Zeitabschnitten ändert, wird die Entwicklung seit 1977 betrachtet. Diese Zeit ist

durch eine Phase der Personalausweitung bis 1982 und einer Personalreduzierung, zumindest bei den Vollbeschäftigten, in den folgenden Jahren gekennzeichnet.

Steigender Beamtenanteil

Beamte und Richter sind beim Land die dominierende Beschäftigtengruppe. Mitte 1987 stellten sie 64 % der Bediensteten. Von dem Rückgang des vollbeschäftigten Personals in den letzten fünf Jahren waren sie relativ genauso stark wie die Angestellten, aber in geringerem Umfang als die Arbeiter betroffen. Eine Verringerung der Zahl von Beamten dürfte nur in langfristigen Zeiträumen möglich sein, da die Dienstverhältnisse in der Regel auf Lebenszeit angelegt sind. Eine kurzfristige Reduzierung ist deshalb in hohem Maße auf die Ausnutzung der im Rahmen der Fluktuation sich ergebenden Möglichkeiten angewiesen. So schieden 1984 / 85 von 1 000 Vollbeschäftigten zehn durch Tod, vorzeitige Dienstunfähigkeit oder Wechsel zu einem anderen Dienstherren aus; die Quote nach Erreichen der Altersgrenze lag bei neun. Darüber hinaus wechselten zwölf Beamte von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis und eröffneten damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten für andere.

Von dem Personalzuwachs bis 1982 profitierten die Beamten überdurchschnittlich. Hauptursache für diese Entwicklung war der Zusatzbedarf in dem Bereich öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz, eine Hoheitsaufgabe, die ganz überwiegend von Beamten und Richtern wahrgenommen wird. In den folgenden Jahre ist die Zahl der vollbeschäftigten Lehrer zwar deutlich gesunken, gleichzeitig wurden aber vermehrt Beamte für den Rechtsschutz, die Finanzverwaltung, die Bezirksregierungen und die Hochschulen eingestellt, so daß insgesamt gesehen der Anteil der Beamten und Richter gestiegen ist.

Großer Zuwachs bei Beamten nach A 14

Nach dem gehobenen Dienst ist der höhere Dienst mit 28 % die zweitstärkste Gruppe. Die Zahl der vollbeschäftigten Beamten und Richter dieser Laufbahn ist bis 1982 überdurchschnittlich gestiegen, im folgenden Zeitraum allerdings auch überproportional wieder gesunken. Verursacht wurde dies durch die Beamten der Besoldungsordnung A, die 81 % der Bediensteten des höheren Dienstes auf sich vereinigten. Hier domi-

nieren die nach A 14 besoldeten Beamten, gefolgt von denen nach A 15, die erstmals die nach A 13 zahlenmäßig übertreffen.

Im Zeitablauf haben sich erhebliche Verschiebungen in der Struktur der Beamten des höheren Dienstes der Besoldungsordnung A ergeben. 1977 war die Gruppe A 13 am stärksten besetzt und erreichte die höchste Zahl im Jahre 1982, seither ist sie rückläufig. Ihr Anteil verringerte sich von 34 % auf knapp 20 %. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der nach A 14 besoldeten Beamten stark ausgeweitet worden, und zwar insbesondere bis 1982, so daß mittlerweile 40 % der Beamten des höheren Dienstes in der Besoldungsordnung A auf diese Gruppe entfallen, 1977 waren es erst 27 %. Die Zahl der Beamten nach A 15 und A 16 ist über den gesamten Zeitraum betrachtet gestiegen. Der Anteil der Beamten nach A 15 hat sich im Gegensatz zu denen nach A 16 verbessert.

Die Verschiebungen sind hauptsächlich auf die Gymnasien und berufsbildenden Schulen zurückzuführen, in denen 61 % der Beamten des höheren Dienstes der Besoldungsordnung A beschäftigt sind. Aufgrund gestiegener Schülerzahlen wurden bis 1983 zusätzliche Lehrer benötigt. Seither ist ein deutlicher Rückgang bei den Gymnasien und ein geringerer bei den berufsbildenden Schulen zu beobachten. Da das Eingangsamt für den höheren Dienst die Besoldungsgruppe A 13 ist, führen zusätzliche Einstellungen zu einem Ansteigen in dieser Gruppe, während umgekehrt eine zurückhaltende Einstellungspraxis zu einer Stagnation führt. Darüber hinaus hat auch die verstärkte Beförderung nach A 14 zu einer Abnahme in A 13 geführt. 1987 waren bei den Gymnasien und den berufsbildenden Schulen 52 % bzw. 54 % in die Besoldungsgruppe A 14 eingestuft, 1977 waren es noch 34 % bzw. 32 %.

Veränderung bei Beamten mit festen Gehältern

In den Ministerien, die 343 Beamte des höheren Dienstes der Besoldungsordnung A beschäftigen, überwiegt die Besoldungsgruppe A 16 mit 174 Beamten. Auf die Besoldungsgruppen A 13 und A 14 entfallen 55 Beamte. Von den Beamten der Besoldungsordnung B sind die meisten, nämlich 118, in den Ministerien tätig, von denen 63 leitende Ministerialräte und 37 Ministerialdirigenten sind.

Die Zahl der Beamten mit festen Gehältern hat seit 1977 um ein Viertel zugenommen, und zwar hauptsächlich bei den B 2- und B-3-Stellen. Der starke Zugang an B 4- und B-5-Stellen ist auf die Höherstufung der Landräte von zuvor B 2 bzw. B 3 zurückzuführen.

Vergrößerter Lehrkörper an Hochschulen

Mitte 1987 beschäftigte das Land 1 437 Professoren und Hochschulassistenten. Die Vergütungsgruppen für die Professoren waren annähernd gleich stark besetzt. Verglichen mit 1977 ist die Zahl der C/H 4-Professoren nur geringfügig gestiegen, während bei den Hochschullehrern mit C/H 3 und C/H 2 ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen ist.

Neben den Professoren und Hochschulassistenten üben auch die 399 Beamten mit aufsteigenden Gehältern des höheren Dienstes zum Teil eine Lehrtätigkeit aus. Sie sind überwiegend als akademischer Oberrat tätig.

Rückläufiger Anteil der R 1-Besoldeten

Die Besoldungsordnung R ist den Richtern und Staatsanwälten vorbehalten. Mitte 1987 umfaßte dieser Personenkreis 1 125 Beschäftigte, darunter 930 Richter. Sie sind überwiegend den unteren Gruppen der Besoldungsordnung R zugeordnet. Weil der Geschäftsanfall bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in den letzten Jahren gestiegen ist und deshalb zusätzliche Kammern eingerichtet worden sind, wurde der Personalstand ausgeweitet. Seit 1977 hat sich die Zahl der Richter und Staatsanwälte um 14 % erhöht.

Auf die Besoldungsstruktur wirkte sich diese Entwicklung insofern aus, als eine Verschiebung von den unteren zu den höheren Gruppen der Besoldungsordnung R festzustellen ist. Der Anteil der nach R 1-Besoldeten ist rückläufig, während bei R 2 und R 3 ein Zuwachs zu verzeichnen ist. Die Veränderungen bei R 4, R 5 und R 6 haben sich durch Stellenhebungen ergeben.

Im gehobenen Dienst stärkste Besetzung in A 12

Die meisten Beamten gehören dem gehobenen Dienst an. Sie sind überwiegend in den oberen Gehaltsgruppen dieser Laufbahn. Nach Besoldungsgruppe A 12 werden die Gehälter von 44 % der Beamten des gehobenen Dienstes berechnet und nach A 13 S, wozu neben den Oberamtsräten auch die als Rektoren bzw. Konrektoren tätigen Lehrer zählen, von 19 %. In die Besoldungsgruppen A 14 S und A 15 S waren 3,6 % der Beamten des gehobenen Dienstes eingestuft, wobei es sich ausschließlich um Rektoren oder Konrektoren an größeren Schulen handelt.

Ein Grund für die Konzentration auf die oberen Gehaltsgruppen liegt sicherlich darin, daß die Zugangsvoraussetzung für den gehobenen Dienst in der Regel das Abitur ist und, wenn ein Lehramt angestrebt wird, das Studium an einer erziehungswissenschaftlichen Hochschule. So sind 62 % der im Schulwesen im gehobenen Dienst tätigen Beamten in die Besoldungsgruppe A 12 und 25 % in A 13 S eingestuft, weil das Eingangsamt für Lehrer an Grund- und Hauptschulen nach A 12 und das an Sonder- und Realschulen nach A 13 S besoldet ist. In der Finanzverwaltung, bei der das Studium an der Finanzfachhochschule Bestandteil der Ausbildung für den gehobenen Dienst ist, dominieren die Gruppen A 10 und A 11. Das gleiche gilt für den gehobenen Dienst der Polizei.

Die Zahl der vollbeschäftigten Beamten im gehobenen Dienst ist seit Jahren rückläufig. Sie sank seit 1977 um 3 000, so daß sich ihr Anteil von 52 auf 45 % verringerte. Von dem Rückgang sind die einzelnen Besoldungsgruppen in unterschiedlichem Umfang betroffen. Die Anpassung wurde ganz überwiegend durch eine

Vollbeschäftigte Beamte des Landes nach Besoldungsgruppen 1977 – 1987

Besoldungsgruppe	1977		1982		1987		Veränderung 1987 zu 1977: %	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Beamte und Richter	51 408	13 632	55 213	13 411	53 148	11 879	3,4	- 12,9
Höherer Dienst	12 747	2 053	15 663	2 967	14 925	2 532	17,1	23,3
Besoldungsordnung B	175	3	201	2	220	3	25,7	-
B 10	1	-	1	-	1	-	-	-
B 9	12	1	13	1	13	2	8,3	100,0
B 8	3	-	2	-	1	-	- 66,7	-
B 7	4	-	5	-	5	-	25,0	-
B 6	41	1	40	1	41	-	-	- 100,0
B 5	3	-	13	-	14	-	366,7	-
B 4	2	-	21	-	22	-	.	-
B 3	86	1	75	-	89	1	3,5	-
B 2	23	-	31	-	34	-	47,8	-
B 1	-	-	-	-	-	-	-	-
Besoldungsordnung C/H	1 263	43	1 332	57	1 437	66	13,8	53,5
C/H 4	432	7	416	10	437	9	1,2	28,6
C/H 3	355	15	374	11	433	17	22,0	13,3
C/H 2	322	15	485	35	461	32	43,2	113,3
C/H 1	154	6	57	1	106	8	- 31,2	33,3
Besoldungsordnung R	987	84	1 094	117	1 125	132	14,0	57,1
R 8	2	-	2	-	2	-	-	-
R 6	1	-	3	-	3	-	200,0	-
R 5	7	-	5	-	5	-	- 28,6	-
R 4	3	-	6	-	6	-	100,0	-
R 3	49	2	60	1	63	2	28,6	-
R 2	270	7	299	11	314	13	16,3	85,7
R 1	655	75	719	105	732	117	11,8	56,0
Besoldungsordnung A	10 322	1 923	13 036	2 791	12 143	2 331	17,6	21,2
A 16	513	21	550	22	559	26	9,0	23,8
A 15	2 031	232	2 504	273	2 565	242	26,3	4,3
A 14	2 816	609	4 202	736	4 853	743	72,3	22,0
A 13	3 473	706	3 946	1 098	2 409	594	- 30,6	- 15,9
Personal in Ausbildung	1 489	355	1 834	662	1 757	726	18,0	104,5
Gehobener Dienst ¹⁾	26 672	10 823	25 421	9 387	23 663	8 057	- 11,3	- 25,6
A 15 „S“	98	9	142	11	128	10	30,6	11,1
A 14 „S“	859	84	824	92	729	78	- 15,1	- 7,1
A 13 „S“	4 250	1 338	4 733	1 538	4 462	1 282	5,0	- 4,2
A 12	13 572	7 495	12 173	6 177	10 422	4 862	- 23,2	- 35,1
A 11	2 699	450	2 767	364	2 934	425	8,7	- 5,6
A 10	1 916	175	2 351	375	2 420	433	26,3	147,4
A 9	1 234	261	1 327	364	1 277	345	3,5	32,2
Personal in Ausbildung	2 044	1 011	1 104	466	1 291	622	- 36,8	- 38,5
Mittlerer Dienst	11 494	755	13 614	1 057	14 017	1 289	22,0	70,7
A 9 „S“ + Zulage	-	-	-	-	1 167	7	-	-
A 9 „S“	2 940	26	3 554	42	2 815	44	- 4,3	69,2
A 8	2 620	53	3 467	96	4 006	160	52,9	201,9
A 7	1 326	54	2 237	236	2 864	199	116,0	268,5
A 6	1 877	92	1 951	207	1 185	181	- 36,9	96,7
A 5	2 068	348	1 743	239	1 113	385	- 46,2	10,6
Personal in Ausbildung	663	182	662	237	867	313	30,8	72,0
Einfacher Dienst	495	1	515	-	543	1	9,7	-
A 5 „S“	301	1	295	-	309	-	2,7	- 100,0
A 4	108	-	116	-	135	-	25,0	-
A 3	60	-	58	-	93	1	55,0	-
A 2	26	-	44	-	6	-	- 76,9	-
A 1	-	-	2	-	-	-	-	-
Personal in Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Unter den Besoldungsgruppen A 15 „S“, A 14 „S“ und A 13 „S“ werden die dem gehobenen Dienst zuzurechnenden Lehrer nachgewiesen.

Reduzierung der nach A 12 besoldeten Beamten erreicht. Hinzu kam eine deutlich geringere Ausbildungsquote und ein Abbau bei der Besoldungsgruppe A 14 S. In allen anderen Gruppen ist die Zahl der Bediensteten 1987 höher als 1977. Besonders groß ist der Zuwachs bei den Stellen nach A 10, A 11 und A 13 S. Die Veränderungen dürften überwiegend durch Verlagerungen der Aufgabenschwerpunkte verursacht worden sein.

Im mittleren Dienst Konzentration in den oberen Gehaltsgruppen

Der mittlere Dienst umfaßt 26 % der Beamten und Richter, die zum größten Teil bei der Polizei, der Finanzverwaltung, den Justizvollzugsanstalten, den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften, der Kataster- und Vermessungsverwaltung tätig sind. Die meisten Beamten werden nach A 8 besoldet. Das Spitzenamt dieser Laufbahn haben 28 % der Beamten erreicht, während sich im Eingangsamt 7,9 % befinden.

Die Differenzierung nach Aufgabengebieten zeigt große Unterschiede in der Gehaltsstruktur auf. Bei der Polizei sind 60 % der Beamten in die Besoldungsgruppen A 8 und A 9 S eingestuft, bei den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften sind es 44 %, bei der Finanzverwaltung 39 %, bei der Kataster- und Vermessungsverwaltung 30 %. Der geringste Anteil (29 %) ist bei den Justizvollzugsanstalten zu verzeichnen.

Der mittlere Dienst hatte insbesondere bis 1982 einen starken Zugang. Der Zuwachs ist in erster Linie auf die Polizei zurückzuführen. In den letzten Jahren ist hier ebenso wie bei den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften ein Rückgang zu beobachten, während die Zahl der Beamten bei der Finanzverwaltung, den Justizvollzugsanstalten, der Kataster- und Vermessungsverwaltung weiterhin steigt. Als Folge dieser Personalentwicklung hat eine Verlagerung von den unteren zu den oberen Gehaltsgruppen stattgefunden. Die Zahl der Beamten in A 5 und A 6 hat deutlich abgenommen, während sie in allen anderen Gruppen stark gestiegen ist. Besonders groß war die Zunahme in A 7; hier hat sich die Zahl der Beamten mehr als verdoppelt.

Frauen häufiger in den unteren Besoldungsgruppen

Den 41 269 männlichen Beamten und Richtern standen 11 879 Beamtinnen und Richterinnen gegenüber. Den höchsten Frauenanteil weist der gehobene Dienst aus, gefolgt vom höheren und dem mittleren Dienst. Für alle Laufbahnen gilt, daß Frauen häufiger in den unteren Besoldungsgruppen vertreten sind als Männer, während in den oberen Gruppen die Männer deutlich überwiegen.

Im höheren Dienst der Besoldungsordnung A ist die Gruppe A 14 ebenso wie bei den Männern auch bei den Frauen am stärksten besetzt, relativ ist ihr Gewicht aber nicht so groß. In den höheren Gehaltsstufen nimmt der Frauenanteil rasch ab. Dies gilt sowohl für die Besol-

dungsordnung R als auch C/H. Richterinnen und Staatsanwältinnen gibt es nur in den unteren drei Gruppen, wobei der Frauenanteil in R 1 überdurchschnittlich und in R 2 und R 3 unterdurchschnittlich ist.

Die Zahl der vollbeschäftigten Beamtinnen und Richterinnen ist rückläufig, so daß ihr Anteil von knapp 27 auf 22 % sank. Gleichzeitig ist die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen stark gestiegen, weil der Wunsch nach einer Teilzeitbeschäftigung bei Frauen besonders ausgeprägt ist. Die Gehaltsstruktur der Frauen hat sich seit 1977 nicht gravierend geändert. Im höheren Dienst der Besoldungsordnung A ist ohne Berücksichtigung der Auszubildenden eine leichte Erhöhung der Frauenanteile in den Gruppen A 15 und A 16 feststellbar. Die Entwicklung in den Gruppen A 13 und A 14 ist dem allgemeinen Trend gefolgt, das heißt es hat eine Schwerpunktverlagerung von A 13 nach A 14 stattgefunden, die jedoch nicht so umfangreich war wie bei den Männern.

Noch stärker als im höheren Dienst wirkt sich im gehobenen Dienst der hohe Anteil von Lehrerinnen aus, wodurch die starke Konzentration in A 12 hervorgerufen wird. Rektorinnen bzw. Konrektorinnen sind dagegen relativ wenige Frauen, so daß mit zunehmender Besoldungsgruppe der Frauenanteil sinkt. Hinzu kommt, daß verhältnismäßig wenig Frauen ein Lehramt an Sonderschulen einnehmen.

Auch im mittleren Dienst weicht die Gehaltsstruktur der Frauen von der der Männer signifikant ab. Das Bild der Gehaltsstruktur der Frauen ist pyramidenförmig, das heißt die unteren Stufen sind stark und die oberen dünn besetzt. Bei den Männern gleicht die Gehaltsstruktur dagegen der Form einer auf den Kopf gestellten Pyramide. Gegenüber 1977 ist auch in dieser Laufbahn für die Frauen eine Verbesserung eingetreten. Seinerzeit war mehr als die Hälfte aller Beamtinnen im Eingangsamt, während das Spitzenamt nur 3,4 % erreichten. Auch die Gruppen A 7 und A 8 waren sehr schwach besetzt. 1987 überwog zwar ebenfalls noch die Gruppe A 5, aber die Zahl der Beamtinnen hat sich insbesondere in den Gruppen A 7 und A 8 vergrößert.

Die Ursachen für die Tatsache, daß Frauen überwiegend in den unteren Besoldungsgruppen anzutreffen sind, sind vielschichtig. Die Daten zeigen, daß relativ mehr Frauen als Männer den jüngeren Altersjahrgängen angehören. Bei den unter 40jährigen ist der Anteil der Beamtinnen in jeder Altersklasse größer als der bei den Beamten. Der berufliche Aufstieg benötigt eine gewisse Zeitspanne, die sicherlich mit dem 40. Lebensjahr nicht abgeschlossen ist. Darüber hinaus wechseln insbesondere Frauen häufig aus familiären Gründen in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis oder unterbrechen ihre Berufstätigkeit. Dadurch wird vermutlich ihre berufliche Fortentwicklung beeinflusst, zumal hochdotierte Teilzeitstellen rar sind. So befinden sich beispielsweise in der Besoldungsgruppe B keine Teilzeitbeschäftigten, in der Besoldungsordnung R werden 33 gezählt, davon 31 nach R 1. Auch in der Besoldungsordnung A gibt es in den Spitzenämtern der jeweiligen Laufbahnen naturgemäß nur eine sehr geringe Zahl von Teilzeitbeschäftigten.

Vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter des Landes nach Vergütungs- und Lohngruppen 1977 – 1987

Vergütungs- und Lohngruppe	1977		1982		1987		Veränderung 1987 zu 1977: %	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Angestellte	22 974	11 595	22 870	11 457	22 016	11 491	- 4,2	- 0,9
Höherer Dienst	1 995	346	2 468	488	2 817	667	41,2	92,8
Außer tariflich	653	84	625	105	574	111	- 12,1	32,1
I	9	1	6	-	4	-	- 55,6	- 100,0
I a	33	4	52	5	76	12	130,3	200,0
I b	291	43	432	81	567	96	94,8	123,3
II a	870	174	1 276	280	1 523	434	75,1	149,4
II b	98	23	77	17	73	14	- 25,5	- 39,1
Personal in Ausbildung	41	17	-	-	-	-	- 100,0	- 100,0
Gehobener Dienst	5 779	2 055	5 622	2 078	5 168	1 881	- 10,6	- 8,5
II a „S“	5	-	-	-	93	25	.	-
III /Kr. XII	899	216	964	202	763	138	- 15,1	- 36,1
IV a /Kr. XI/X	1 716	586	1 732	535	1 611	385	- 6,1	- 34,3
IV b /Kr. IX	1 797	630	1 797	653	1 690	675	- 6,0	7,1
V a /Kr. VIII	58	9	51	12	56	25	- 3,4	177,8
V b /Kr. VII	1 303	613	1 078	676	948	628	- 27,2	2,4
Personal in Ausbildung	1	1	-	-	7	5	600,0	400,0
Mittlerer Dienst	14 100	8 541	13 990	8 402	13 555	8 660	- 3,9	1,4
V b „S“	340	94	877	159	1 051	191	209,1	103,2
V c /Kr. VI	2 490	1 004	2 408	1 038	2 315	1 037	- 7,0	3,3
VI b /Kr. V/IV	3 900	2 160	4 142	2 470	4 193	2 662	7,5	23,2
VII /Kr. III	5 624	4 204	4 939	3 727	4 337	3 433	- 22,9	- 18,3
VIII	1 544	908	1 032	677	618	428	- 60,0	- 52,9
Personal in Ausbildung	202	171	592	331	1 041	909	415,3	431,6
Einfacher Dienst	1 100	653	790	489	476	283	- 56,7	- 56,7
VIII „S“ /Kr. II	191	134	67	49	13	6	- 93,2	- 95,5
IX a	130	56	117	44	136	55	4,6	- 1,8
IX b /Kr. I	760	460	603	395	298	204	- 60,8	- 55,7
X	19	3	3	1	13	2	- 31,6	- 33,3
Personal in Ausbildung	-	-	-	-	16	16	-	-
Arbeiter¹⁾ (Lohngruppen des MTL II)	8 033	1 500	8 471	1 404	7 953	1 131	- 1,0	- 24,6
IX	142	1	148	-	166	-	16,9	- 100,0
VIII a	191	2	576	-	626	2	227,7	-
VIII	723	4	411	7	433	7	- 40,1	75,0
VII	2 355	23	2 440	23	2 369	32	0,6	39,1
VI	2 048	48	2 191	46	1 970	28	- 3,8	- 41,7
V	357	105	412	114	375	99	5,0	- 5,7
IV	384	175	396	187	346	181	- 9,9	3,4
III	939	601	1 046	641	666	430	- 29,1	- 28,5
II	578	517	352	331	271	263	- 53,1	- 49,1
Auszubildende	316	24	499	55	731	89	131,3	270,8

1) Die Zahl der Arbeiter ist in den Jahren 1977 und 1982 insofern überhöht, als bei den staatl. Forstbetrieben alle Arbeiter erfaßt wurden, die in den Monaten Januar – Juni des betreffenden Jahres Lohn bezogen haben, und nicht die am Stichtag (30. 6.) Beschäftigten.

Hoher Frauenanteil bei den Angestellten

Die Gruppe der Angestellten umfaßt 22 016 Vollbeschäftigte. Gegenüber 1977 setzte sich der Rückgang weiter fort. Die Angestellten sind überwiegend in den Bereichen Hochschulen und Schulwesen, Finanzverwaltung, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Gesundheitswesen und Hochbauverwaltung tätig. Kennzeichnend für die Angestellten ist der hohe Frauenanteil. Jeder zweite Angestellte ist eine Frau, bei den Beamten ist es jede fünfte. Dies kann als Zeichen gewertet werden, daß Frauen im Landesdienst einerseits einen typischen Frauenberuf wählen, zum Beispiel Krankenschwester, und andererseits, wenn sie in der Verwaltung tätig sind, sich oft für den Angestelltenstatus entscheiden. Wenn Frauen Beamte werden, dann sind sie meistens als Lehrerinnen beschäftigt.

Im vergleichbaren höheren Dienst sind 2 817 Personen angestellt. Seit 1977 ist ihr Anteil von 8,7 % auf fast 13 % gestiegen. Mehr als die Hälfte von ihnen erhält eine Vergütung nach IIa, jeder fünfte wird nach Ib bezahlt. Auf die beiden oberen Gruppen entfallen 2,8 % der Angestellten im höheren Dienst. Die Vergütungsstruktur der Angestellten ist damit anders als die der Beamten; bei den Angestellten sind die unteren Gruppen deutlich stärker, die oberen Gruppen dagegen deutlich schwächer besetzt. Hervorgehoben wird dies in erster Linie durch die Universitäten und Hochschulkliniken, in denen die wissenschaftlichen Hilfskräfte und Ärzte überwiegend nach IIa vergütet werden. Für die Ärzte ist eine Höhergruppierung nach Ib oft gegeben, für die wissenschaftlichen Hilfskräfte jedoch kaum. Beide Gruppen sind aber atypisch insofern, als es sich in der Regel um eine Übergangsbeschäftigung handelt, die im Anschluß an eine universitäre Ausbildung vorübergehend angestrebt wird. Wenn auch in anderen Bereichen die Vergütungsstruktur für die Angestellten ähnlich ist, so muß dies nicht zwangsläufig auf fehlende höher dotierte Stellen zurückzuführen sein. In vielen Fällen dürfte es dem Angestellten nach einer gewissen Zeit gelingen, zum Beamten ernannt zu werden. Hinzu kommt, daß die Fluktuation der Angestellten mehr als doppelt so groß ist wie die der Beamten.

Im gehobenen Dienst sind 5 168 Angestellte, die überwiegend bei den Grund-, Haupt- und Sonderschulen, der Hochbauverwaltung sowie den Hochschulkliniken und Universitäten beschäftigt sind. Die beiden Gruppen IVa und IVb sind annähernd gleich stark besetzt. Sie umfassen zusammen 64 % des gehobenen Dienstes, wobei der Anteil gegenüber 1977 gestiegen ist. Die Bedeutung der Eingangsgruppe ist dagegen gesunken, wohl nicht zuletzt eine Folge der zurückhaltenden Einstellungspraxis. Darüber hinaus erfolgte auch

in der Gruppe III eine überdurchschnittliche Reduzierung, wodurch sich der Anteil von 16 % auf 15 % verringerte. Der Rückgang ist hier noch stärker, wenn nur die letzten fünf Jahre betrachtet werden.

Bei den Angestellten ist der mittlere Dienst die stärkste Gruppe. Hier ist auch der Frauenanteil mit zunehmender Tendenz am höchsten. Neben den typischen Frauenberufen, wie Krankenschwester, nehmen Frauen in ihren dominierenden Beschäftigungsbereichen bei der Finanzverwaltung, den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften die einfacheren Aufgaben wahr. Sie werden darüber hinaus überwiegend nach Gruppe VII vergütet, während sie in den oberen Gruppen Vc und Vb S schwächer vertreten sind als die Männer. An der Situation hat sich gegenüber 1977 grundsätzlich nichts geändert. Die Spitzengruppe Vb S nehmen 1987 zwar doppelt so viel Frauen ein wie 1977, bei den Männern hat sich die Zahl dagegen verdreifacht. Verbessert hat sich die Vergütungsstruktur insofern, als eine Verschiebung von Gruppe VIII nach VII und von dort nach VIb stattgefunden hat.

Die meisten Arbeiter in Lohngruppe VII

Die Arbeiter stellen mit 7 953 Personen die kleinste Beschäftigtengruppe des Landes dar. Sie sind überwiegend in der Straßenunterhaltung, bei land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen sowie bei den Hochschulen tätig. Ihre Lohnstruktur hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. In die unteren Lohngruppen sind relativ wenig Arbeiter eingestuft, sie haben im Zeitablauf zudem an Bedeutung verloren. Eine starke Besetzung wiesen die Gruppen VI und VII auf, nach denen bei 25 % bzw. 30 % der Arbeiter der Lohn berechnet wird. Die oberen Lohngruppen haben einen Zuwachs zu verzeichnen, der besonders markant in der Gruppe VIIIa ist.

Deutliche Unterschiede hat die Lohnstruktur in den einzelnen Aufgabengebieten. In der Straßenunterhaltung werden fast zwei Drittel der Arbeiter nach VII entlohnt. Darüber hinaus sind die unteren Lohngruppen schwach besetzt, während nach Gruppe VIIIa für knapp ein Sechstel der Arbeiter das Entgelt berechnet wird.

Innerhalb der Hochschulkliniken und Universitäten existiert ein Lohngefälle zwischen Universitäten und Hochschulkliniken. An den Universitäten dominieren die oberen Lohngruppen, während bei den Hochschulkliniken das Schwergewicht bei den unteren Lohngruppen zu finden ist.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Neuere Tendenzen im Anbau auf dem Ackerland

Die übertollen Märkte für Nahrungsmittel in der EG, im besonderen die für Getreide, sowie die jüngsten Bemühungen der europäischen Agrarpolitik, diese Überschüsse spürbar abzubauen, werden zumindest mittelfristig auch zu Änderungen bei den auf dem Ackerland

angebauten Fruchtarten führen. So dürften in Zukunft vermehrt solche Pflanzen bevorzugt werden, die sich neben der Verfütterung für die Gewinnung von Ölen und Fetten, Fasern, Zucker, Stärke oder Eiweiß als natürliche Rohstoffe zur industriellen Weiterverarbeitung eignen

Mögliche Rohstoffe vom Ackerland

Rohstoff	Pflanzenart	Folgeprodukte
Zucker	Zuckerrübe	Ethanol
	Möhre	Lösungsmittel
	Zuckerhirse	Nährstoff in der Biotechnologie
Stärke	Kartoffel	Ethanol
	Möhre	Kunststoffe
	Mais	Fasern
	Erbse	Hilfsstoffe für chemische und technische Produkte
	Bohne	Klebstoffe
		Papier
Öl und Fett	Mohn	Tenside
	Raps und Rübsen	Lacke
	Leindotter	Kunststoffe
	Öllein	Emulgatoren
	Senf	Additive
	Sonnenblume	Schmierstoffe
	Nachtkerze	Wachse
	Ölrauke	Pharmazeutika
	Cuphea	Wasch- und Reinigungsmittel
	Euphorbia lathyris	Kosmetika
Fasern	Faserlein	Textilfasern
	Brennessel	technische Fasern
Eiweiß	Bohne	Klebstoffe
	Erbse	
	Lupine	

Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, Braunschweig-Völkenrode.

oder die als Energielieferant dienen können. Erste Ansätze für derartige Entwicklungen sind bereits erkennbar. Eine wichtige Voraussetzung für das weitere Vorschreiten in dieser Richtung ist neben der Erstellung entsprechender Verarbeitungseinrichtungen auch die weitere züchterische Bearbeitung dieser teils schon in früherer Zeit angebauten Pflanzen, um das in ihnen stekende Potential voll ausnutzen zu können.

Mit der Änderung des Fragenkataloges für die Bodennutzungshaupterhebung, die 1987 erstmals seit vier Jahren wieder als Totalerhebung stattfand, ist ein erster Versuch unternommen worden, diese neueren Tendenzen auch statistisch zu erfassen. Neben zwei Getreidearten, die neuerdings stärkere Verbreitung gefunden haben, sind vor allem bei den Körnerleguminosen, den Ölfrüchten und den übrigen Handelsgewächsen neuere Arten berücksichtigt worden. Die für die Bodennutzungshaupterhebung bestehenden Aufbereitungsprogramme sehen darüber hinaus vor, weitere Fruchtarten aufzunehmen, wenn sich dies in Zukunft als notwendig erweisen sollte.

59 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche sind Ackerland

Von der im Jahre 1987 landwirtschaftlich genutzten Fläche von 720 300 ha dienten 421 300 ha oder fast 59 % dem Ackerbau. Weitere 31 % entfielen auf Dauergrünland und 9,3 % auf Rebflächen. In den letzten acht Jahren hat sich diese Kulturartenverteilung nicht nennenswert verändert. Regional finden sich deutliche Schwerpunkte des Ackerbaues im rheinhessischen Hügelland und in der Rheinebene zwischen Worms und der südlichen Landesgrenze. Hier weisen die Land-

kreise Ludwigshafen, Gernersheim und der Donnersbergkreis Ackerlandanteile zwischen 82 und 94 % auf. Im nördlichen Landesteil zeichnet sich hauptsächlich der Landkreis Mayen-Koblenz mit dem Koblenz-Neuwieder Becken und dem Maifeld als ausgesprochener Ackerbaustandort aus. Fast neun von zehn ha landwirtschaftlich genutzter Fläche waren hier 1987 mit Ackerfrüchten bestellt. In den Höhengebieten mit ihren flachgründigen Böden und den für eine ackerbauliche Nutzung zu hohen Niederschlagsmengen steht dagegen die Grünlandnutzung im Vordergrund. So wurde beispielsweise in den Landkreisen Daun in der Eifel und Altenkirchen im Westerwald nur jeder dritte Hektar als Ackerland genutzt.

Rückläufiger Getreideanteil

Auf fast drei Viertel des Ackerlandes stand im Jahre 1987 Getreide. Die gesamte Getreidefläche (ohne Körnermais) belief sich auf gut 308 000 ha. Im Vergleich zu 1979 hat der Getreideanteil von fast 79 % auf derzeit 73 % abgenommen. Mit sinkenden Getreidepreisen hat diese Fruchtart, die vor allem wegen ihrer guten Mechanisierbarkeit auch für die Nebenerwerbsbetriebe interessant ist, in letzter Zeit deutlich an Attraktivität verloren. Führende Getreideart war 1987 mit 103 800 ha (34 %) nach wie vor der ertragsstarke Weizen. Hier gilt es vor allem, eine Ware zu erzeugen, die den vom Bäckereigewerbe geforderten Qualitätsstandards gerecht wird. Nach Untersuchungen der Proben aus der Besonderen Erntemittlung 1987 durch die Bundesforschungsanstalt für Getreide- und Kartoffelverarbeitung können die rheinland-pfälzischen Erzeuger hier im Vergleich zu anderen Bundesländern beachtliche Erfolge aufweisen. Knapp 60 % (Bundesdurchschnitt 54 %) der Anbaufläche für Winterweizen, er stellt rund 90 % der gesamten Weizenfläche, waren Sorten der Qualitätsklasse A, darunter vor allem Urban, Kanzler, Sperber und Rektor, zuzuordnen.

Anbau auf dem Ackerland 1979 – 1987

Fruchtart	1979	1983	1987
	ha		
Ackerland	446 209	427 780	421 248
Getreide	350 205	332 538	308 213
Weizen	117 514	113 397	103 822
Hartweizen	.	.	7 463
Triticale	.	.	4 951
Roggen	35 133	28 010	27 738
Wintergerste	48 474	49 482	48 106
Sommergerste	87 263	87 548	80 252
Hafer	49 280	44 993	35 674
Hülsenfrüchte	740	851	7 145
Futtererbsen	.	.	5 438
Ackerbohnen	166	405	1 161
Ölfrüchte	2 034	10 027	25 946
Winterraps	1 693	9 544	20 997
Kartoffeln	16 176	12 895	11 405
Frühkartoffeln	4 049	3 703	4 009
Zuckerrüben	22 557	22 012	21 802
Futterpflanzen	30 708	29 636	30 234
Silomais	15 793	18 024	17 803

Hartweizen und Triticale als neue Getreidearten

Im Weizensortiment hat in der Bundesrepublik Deutschland in jüngster Zeit der Hartweizen (Durum) stärker an Bedeutung gewonnen. Ein solches Anbauzentrum liegt in Rheinland-Pfalz im Bereich Rheinhessen/Vorderpfalz. Hartweizen – er erreichte 1987 rund 7 500 ha – wird vor allem in der Teigwarenherstellung benötigt. Bis vor einigen Jahren mußte der entsprechende Bedarf fast ausschließlich im Ausland gedeckt werden.

Als weitere bedeutende Getreideart ist mit 80 300 ha die Sommergerste zu nennen. Trotz ihrer weitgehenden Verwendung als Braugerste und auch im Gegensatz zum weiter gestiegenen Bierausstoß hat sie sowohl gegenüber 1979 als auch im Vergleich zu 1983 an Fläche eingebüßt. Erste Anzeichen, abgesichert auch durch das Ergebnis einer Umfrage bei den Berichterstatteuren für die Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen, lassen jedoch für das laufende Jahr wieder eine deutliche Zunahme der Anbaufläche erwarten. Bei einem hohen Importbedarf ist hier im Gegensatz zum Weizen noch ein aufnahmefähiger Markt vorhanden. Die Wintergerste, eine ausgesprochene Futtergetreideart, konnte mit 48 100 ha ihre Stellung weitgehend behaupten. Starke Flächeneinschränkungen gegenüber 1979 mußten Hafer (35 700 ha) und Roggen (27 700 ha) hinnehmen. Bei letzterem scheint allerdings seit 1983 ein gewisser Stillstand eingetreten zu sein. Eine neuere Getreideart hat in den letzten Jahren zunehmend von sich Reden gemacht. Es handelt sich dabei um eine Kreuzung aus Weizen (*Triticum sativum*) und Roggen (*Secale cereale*) mit dem Namen Triticale. Sie vereint die hohe Ertragsleistung des Weizens mit der Anspruchslosigkeit des Roggens und kommt derzeit noch ausschließlich als Futtergetreide zum Einsatz. In Rheinland-Pfalz wurden 1987 bereits knapp 5 000 ha davon angebaut.

Ähnlich wie im Landesdurchschnitt ist auch in den einzelnen Landkreisen in letzter Zeit eine mehr oder weniger starke Einschränkung des Getreideanbaues festzustellen. Nach wie vor hohe Getreideanteile, bei allerdings vielfach kleinerer Getreidefläche, finden sich vor allem in den Höhengebieten, den Landkreisen Daun (90 %), Cochem-Zell (85 %) sowie Bitburg-Prüm und Kusel (je 80 %), im Rhein-Hunsrück-Kreis und in den Landkreisen Trier-Saarburg (je 79 %), Birkenfeld und Bernkastel-Wittlich (je 78 %). In den von Boden und Klima begünstigteren Landesteilen tritt das Getreide dagegen zugunsten von anspruchsvolleren Ackerfrüchten etwas in den Hintergrund, so im Landkreis Ludwigshafen (44 %), aber auch in den Landkreisen Germersheim (52 %), Südliche Weinstraße (58 %) und Bad Dürkheim (66 %).

Erhebliche Flächenausweitung bei Hülsenfrüchten

Vor dem Hintergrund einer hohen Importabhängigkeit bei Eiweißfuttermitteln wurde in der EG im Jahre 1978 eine Marktregelung eingeführt, die zunehmend die Erzeugung von Ackerbohnen und Futtererbsen auch für die deutschen Landwirte wirtschaftlich interessant machte. Hinzu kam die günstige Wirkung dieser Legu-

minoson auf die Bodenfruchtbarkeit vor allem in Fruchtfolgen mit hohen Getreideanteilen. Die Hülsenfruchtfläche hat daher in den letzten Jahren ständig zugenommen. Mit knapp 7 150 ha war sie 1987 rund zehnmal so groß wie 1979. Allein knapp 5 440 ha entfielen auf Futtererbsen. Ackerbohnen, die etwas höhere Ansprüche an Boden und Klima stellen, erreichten rund 1 200 ha gegenüber 170 ha vor acht Jahren. Im Regensommer 1987 brachten insbesondere die Erbsen vielfach nicht die erhofften Erträge und wurden daher für manchen Landwirt, der sie erstmals in seinen Anbauplan aufgenommen hatte, zu einer Enttäuschung. Inwieweit dies neben einer jüngst getroffenen Reduzierung des EG-Stützpreinsniveaus eine weitere Ausbreitung in 1988 bremsen wird, muß abgewartet werden. Besondere Anbauschwerpunkte für Hülsenfrüchte liegen in den Landkreisen Alzey-Worms (1 170 ha), Mainz-Bingen (520 ha) und Bitburg-Prüm (450 ha). Eine Fläche zwischen 300 und 400 ha findet sich in den Landkreisen Bad Kreuznach, Cochem-Zell, im Rhein-Hunsrück-Kreis, im Donnersbergkreis und in den Kreisen Ludwigshafen und Pirmasens.

Auch Ölfrüchte haben stark zugenommen

Auch der Anbau von Ölfrüchten ist in jüngster Zeit in erheblichem Umfang ausgedehnt worden. Auslöser hierfür waren die seitens der EG zum Zwecke der Erhöhung des Selbstversorgungsgrades gegebenen Preisanreize. Unter den Ölfrüchten, die im Jahre 1987 bereits etwas mehr als 6 % der Ackerfläche einnahmen, gegenüber erst 0,5 % vor acht Jahren, spielt der Raps (21 900 ha), und hier in erster Linie der Winterraps, eine entscheidende Rolle. Seine Fläche stieg von 1 700 ha im Jahre 1979 auf derzeit fast 21 000 ha. Auch die Sonnenblume, mit ihrem leuchtenden Gelb neuerdings ein besonderer Anblick in manchen Gebieten Rheinhessens und der Vorderpfalz, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Bei der Bodennutzungshaupterhebung wurde sie allerdings 1987 noch zusammen mit anderen Ölfrüchten wie Körnersenf, Leindotter, Ölräuke oder Ölrettich erfragt. Es ist jedoch davon auszugehen, daß es sich bei der entsprechenden Fläche von 3 900 ha fast ausschließlich um Sonnenblumen gehandelt hat. Die mittlerweile auch für Ölfrüchte gesunkenen Erzeugerpreise lassen für die kommenden Jahre nur noch geringere Flächenausweitungen erwarten.

Der Rapsanbau konzentriert sich im nördlichen Rheinland-Pfalz auf die Landkreise Bad Kreuznach, Mayen-Koblenz, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis und Trier-Saarburg. Im südlichen Landesteil spielt er vor allem im Donnersbergkreis eine große Rolle. Wegen ihrer etwas höheren klimatischen Ansprüche werden andere Ölfrüchte, in erster Linie Sonnenblumen, in größerem Umfang in den Landkreisen Alzey-Worms, Südliche Weinstraße und Germersheim angebaut.

Wieder Flachs-anbau

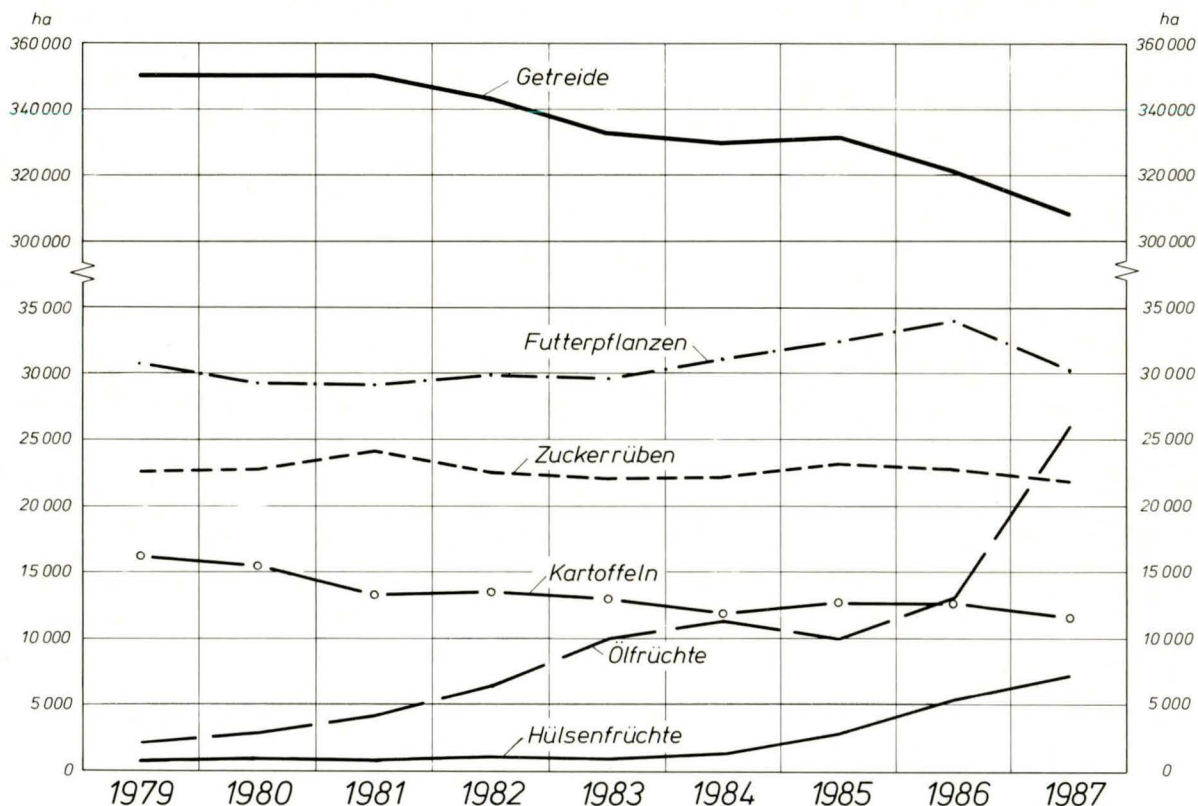
Der Flachs (Lein), der in Rheinland-Pfalz im Jahre 1949 noch rund 100 ha und 1954 noch 6 ha aufzuweisen hatte, war seit Mitte der 50er Jahre von den Feldern verschwunden. Seit kurzem wird er, wenn auch zu-

Anbau auf dem Ackerland in den Verwaltungsbezirken 1987

Verwaltungsbezirk	Landwirt- schaftlich genutzte Fläche	Ackerland		Getreide		Hülsen- früchte	Ölfrüchte	Kartoffeln	Zucker- rüben	Futter- pflanzen
	ha		%	ha	% ¹⁾	ha				
Kreisfreie Stadt Koblenz	1 836	1 455	79,2	1 034	71,1	.	28	172	31	90
Landkreise										
Ahrweiler	20 030	10 518	52,5	8 015	76,2	60	293	127	501	1 036
Altenkirchen (Ww.)	16 600	5 493	33,1	4 102	74,7	.	23	144	2	963
Bad Kreuznach	34 445	22 017	63,9	16 465	74,8	358	2 285	232	314	1 834
Birkenfeld	20 079	10 840	54,0	8 455	78,0	287	924	139	5	756
Cochem-Zell	23 005	16 659	72,4	14 123	84,8	366	931	122	15	730
Mayen-Koblenz	35 246	31 049	88,1	23 854	76,8	292	2 614	1 117	994	1 544
Neuwied	17 032	7 970	46,8	6 105	76,6	46	117	105	68	1 113
Rhein-Hunsrück-Kreis	37 281	25 721	69,0	20 265	78,8	311	3 046	171	12	1 467
Rhein-Lahn-Kreis	26 491	19 279	72,8	14 687	76,2	212	1 225	141	71	2 490
Westerwaldkreis	23 780	8 441	35,5	6 333	75,0	126	450	216	4	1 066
RB Koblenz	255 825	159 443	62,3	123 438	77,4	2 085	11 937	2 686	2 017	13 089
Kreisfreie Stadt Trier	1 755	859	48,9	584	68,0	15	89	31	5	65
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	36 328	18 112	49,9	14 088	77,8	285	996	287	98	1 687
Bitburg-Prüm	83 017	31 541	38,0	25 362	80,4	451	1 013	255	8	3 557
Daun	32 888	10 451	31,8	9 430	90,2	71	148	177	5	336
Trier-Saarburg	35 203	18 056	51,3	14 303	79,2	196	1 105	302	12	1 455
RB Trier	189 191	79 019	41,8	63 767	80,7	1 018	3 350	1 049	128	7 100
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	2 610	2 568	98,4	934	36,4	60	4	784	390	25
Kaiserslautern	1 133	850	75,0	564	66,4	18	91	9	33	124
Landau i. d. Pfalz	2 700	991	36,7	627	63,3	15	67	24	153	7
Ludwigshafen a. Rhein	2 522	2 475	98,1	1 232	49,8	21	118	464	156	18
Mainz	4 455	3 445	77,3	2 325	67,5	101	65	137	607	19
Neustadt a. d. Weinstr.	3 591	1 238	34,5	824	66,6	13	43	58	111	80
Pirmasens	1 183	712	60,2	517	72,6	9	36	23	.	115
Speyer	852	794	93,2	469	59,1	14	66	16	111	15
Worms	6 366	4 902	77,0	3 300	67,3	163	123	125	931	99
Zweibrücken	2 950	2 004	67,9	1 292	64,5	99	154	5	.	338
Landkreise										
Alzey-Worms	43 592	30 320	69,6	21 153	69,8	1 172	1 542	242	5 591	232
Bad Dürkheim	18 712	8 896	47,5	5 887	66,2	106	297	602	1 497	249
Donnersbergkreis	32 968	27 102	82,2	20 290	74,9	393	1 947	120	2 063	1 874
Germersheim	15 247	13 169	86,4	6 854	52,0	174	1 105	367	1 597	483
Kaiserslautern	18 980	11 594	61,1	8 233	71,0	215	631	450	77	1 743
Kusel	23 860	14 738	61,8	11 762	79,8	160	899	150	8	1 555
Südliche Weinstraße	23 748	10 951	46,1	6 343	57,9	115	1 405	334	1 635	295
Ludwigshafen	15 352	14 481	94,3	6 357	43,9	361	385	3 032	1 737	185
Mainz-Bingen	33 837	19 319	57,1	13 781	71,3	517	1 065	282	2 934	335
Pirmasens	20 612	12 239	59,4	8 262	67,5	316	616	445	24	2 255
RB Rheinhessen-Pfalz	275 269	182 787	66,4	121 008	66,2	4 042	10 659	7 669	19 657	10 045
Rheinland-Pfalz	720 285	421 248	58,5	308 213	73,2	7 145	25 946	11 405	21 802	30 234

1) Anteil am Ackerland.

Anbau ausgewählter Fruchtarten 1979 - 1987



STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

nächst nur von wenigen Betrieben, wieder zunehmend angebaut. Der vorhandene Bedarf an hochwertigem Leinöl einerseits, der bisher ausschließlich durch Importe gedeckt werden mußte, sowie die wieder steigende Beliebtheit von Naturfasern werden die weitere Ausbreitung begünstigen. Im Jahre 1987 stand Flachs in Rheinland-Pfalz bereits wieder auf rund 190 ha. Besondere Schwerpunkte lagen in den Landkreisen Alzey-Worms, Bad Kreuznach und im Rhein-Hunsrück-Kreis. Dort ist auch der Bau einer Flachsschwinge zur Gewinnung der Fasern geplant.

Frühkartoffeln und Zuckerrüben als beständige Hackfrüchte

Ähnlich wie Getreide haben auch die Hackfrüchte insgesamt an Gewicht verloren. Ihr Anteil am Ackerland erreichte nur noch etwas mehr als 9 % gegenüber 12 % im Jahre 1979. Dies ist neben dem Rückgang bei den Runkelrüben eine Folge des mehr und mehr eingeschränkten Kartoffelanbaues. Nur noch 11 400 ha wurden 1987 damit bepflanzt, vor acht Jahren waren es noch 16 200 ha. Die zwischen den Jahren infolge einer fehlenden Marktordnung stark schwankenden Erzeugerpreise dürften ein Grund für die schwindende Bedeutung dieser ehemals für die Ernährung hoch geschätzten Ackerfrucht sein. Allerdings konnten die Frühkartoffeln als eine rheinland-pfälzische Spezialität mit rund 4 000 ha ihre Fläche weitgehend halten. Drei

Viertel der gesamten Frühkartoffelfläche stammen aus einem geschlossenen Anbaugebiet in der Vorderpfalz, und zwar aus dem Landkreis Ludwigshafen und den Städten Ludwigshafen und Frankenthal. Hier werden die Frühkartoffeln zum Zwecke einer früheren Ernte teilweise unter Folien kultiviert. Nur so lassen sich angesichts der Importe aus den Mittelmeerländern noch gewisse Preisvorteile erreichen.

Der schon seit jeher einem Quotierungssystem unterworfenen Zuckerrübenanbau war 1987 mit 21 800 ha nur unwesentlich kleiner als 1979. Als Ackerfrucht mit hohen Ansprüchen an Boden und Klima sind der Zuckerrübe in ihrer Verbreitung im Land darüber hinaus relativ enge Grenzen gesetzt. Besondere Anbauzentren finden sich in Teilen Rheinhessens mit den Landkreisen Alzey-Worms, Mainz-Bingen und dem Donnersbergkreis sowie in der Vorderpfalz. Während 1987 im Landesdurchschnitt nur 5 % der Ackerfläche den Zuckerrüben vorbehalten waren, erreichten sie in Alzey-Worms immerhin gut 18 %, in Mainz-Bingen 15 %.

Silomais nach wie vor beliebt

Der Anbau von Futterpflanzen auf dem Ackerland hat sich, wenn auch im Vergleich zu den früheren Jahren auf niedrigem Niveau, in letzter Zeit weitgehend stabilisiert. Einen entscheidenden Anteil daran hatte der wegen seines hohen Futterwertes besonders geschätzte Silomais, der 1987 allein 17 800 ha von insgesamt 30 200 ha

beanspruchte. Seit 1979 hat seine Fläche um weitere 2 000 ha zugenommen. Während beim Silomais eine Silierung der gesamten Maispflanze erfolgt, werden hierzu beim Mais zur Herstellung von Corn-Cob-Mix nur die Maiskolben verwendet. Diese Nutzungsrichtung, die vorwiegend für die Schweinehaltung von Bedeutung ist, hat sich mit rund 400 ha im Gegensatz zu anderen Bundesländern bisher in Rheinland-Pfalz nicht durchsetzen können. Bei einem Futterpflanzenanteil von 7 % im Lan-

desmittel wiesen insbesondere die Landkreise mit umfangreicher Rindviehhaltung deutlich höhere Werte auf. An der Spitze liegen mit jeweils 18 % die Landkreise Altenkirchen und Pirmasens gefolgt von Kaiserslautern (15 %), Neuwied (14 %), dem Rhein-Lahn-Kreis und dem Westerwaldkreis (jeweils 13 %) sowie den Landkreisen Bitburg-Prüm und Kusel (jeweils 11 %).

Diplom-Agraringenieur Werner Laux

Entwicklung des Kartoffelanbaues

In Rheinland-Pfalz befinden sich mit 11 400 ha etwa 6 % der Kartoffelanbaufläche des Bundesgebietes. Diese Fläche wird schon seit Jahren kontinuierlich eingeschränkt. Im folgenden Beitrag werden die regionale Verteilung und die Entwicklung des Kartoffelanbaues vor dem Hintergrund der marktspezifischen Besonderheiten beschrieben.

Seit 1960 schrumpft die Kartoffelfläche jährlich um 7,2 %

Im Jahre 1960 wurden in Rheinland-Pfalz 87 300 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) mit Kartoffeln bestellt. 1987 waren es nur noch 11 400 ha. Das entspricht einem jährlichen Rückgang von 7,2 %. Besonders stark war die Abnahme in den Jahren zwischen 1960 und 1979. Danach verlangsamte sich das Tempo des Rückganges. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß seit 1979 im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung keine Kleinstflächen mehr erfaßt werden. Ein Teil der ausgewiesenen Anbaueinschränkung (rund 8 000 ha) ist daher methodisch bedingt.

Eine Ursache für die sinkende Bedeutung des Kartoffelanbaues ist auf der Nachfrageseite des Marktes zu finden. Die Kartoffel gilt als klassisches Beispiel eines inferioren Gutes, dessen Einkommenselastizität negativ ist. Einkommenssteigerungen im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs haben zu einer Verminderung der Kartoffelnachfrage geführt. Die Kartoffel hat ihre Stellung als wichtigstes Grundnahrungsmittel verloren. Darüber hinaus ist auch die Verwertung als Futtermittel zurückgegangen.

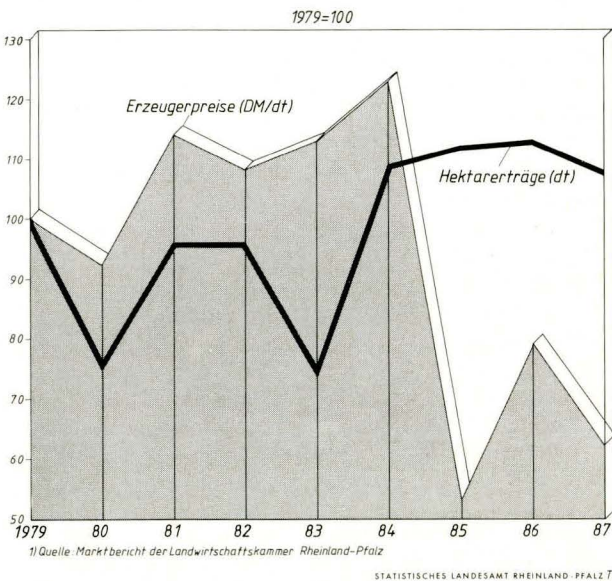
Ein weiteres Spezifikum des Kartoffelmarktes ist das Fehlen einer Marktordnung, wie sie für die meisten bedeutenden landwirtschaftlichen Produkte existiert. Kartoffelerzeuger werden weder durch Abschöpfung garantierte Absatzmengen. Der Wettbewerbsdruck auf dem Kartoffelmarkt ist folglich hoch, nicht zuletzt durch die Konkurrenz der Mittelmeerländer, die insbesondere mit Frühkartoffeln auf den deutschen Markt drängen.

Hohe regionale Konzentration des Kartoffelanbaues

Der rheinland-pfälzische Kartoffelanbau konzentriert sich im wesentlichen auf die Vorderpfalz. Allein im Land-

kreis Ludwigshafen mit den Städten Ludwigshafen und Frankenthal befanden sich 1987 über 37 % der gesamten Kartoffelfläche, obwohl dieses Gebiet nur 2,8 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes aufweist. Die starke Regionalisierung des Kartoffelanbaues in der Vorderpfalz kann durch die dort gegebenen günstigen Vermarktungsstrukturen (Erzeugergemeinschaft) erklärt werden. Noch deutlicher ist das Ausmaß der Spezialisierung bei der Frühkartoffelfläche. Von den 4 000 ha Frühkartoffeln finden sich allein 2 900 ha (73 %) in der genannten Region. Da der Erfolg des Frühkar-

Entwicklung der Hektarerträge und Erzeugerpreise¹⁾ von Kartoffeln 1979-1987



toffelanbaus gerade im Hinblick auf Importe aus klimatisch begünstigten Ländern wesentlich von einem frühen Erntetermin abhängt, wird ein Großteil der pfälzischen Frühkartoffeln unter Folien gezogen.

Weitere Schwerpunkte des Kartoffelanbaus liegen in den Landkreisen Bad Dürkheim (5,3 %) sowie Mayen-Koblenz (9,8 %). Hier hat sich besonders das Maifeld durch die Produktion der Oberländer Speisekartoffel einen Namen gemacht.

Entwicklung des Kartoffelanbaus 1950 - 1987 ¹⁾

Verwaltungsbezirk	1950	1960	1971	1979	1983	1987
	ha					
Kreisfreie Stadt Koblenz	680	661	430	217	167	172
Landkreise						
Ahrweiler	2 029	2 030	1 059	245	190	127
Altenkirchen (Ww.)	2 222	1 951	1 049	252	212	144
Bad Kreuznach	3 538	3 603	2 009	478	335	232
Birkenfeld	2 330	2 304	1 413	354	208	139
Cochem-Zell	2 835	2 932	1 426	306	194	122
Mayen-Koblenz	8 131	8 137	3 881	1 552	1 348	1 117
Neuwied	2 231	1 915	936	212	144	105
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 449	3 649	1 837	464	276	171
Rhein-Lahn-Kreis	2 923	3 203	1 724	358	208	140
Westerwaldkreis	3 876	3 533	1 942	407	299	216
RB Koblenz	34 244	33 918	17 706	4 845	3 581	2 686
Kreisfreie Stadt Trier	362	357	198	61	40	31
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	4 276	4 598	2 456	641	421	286
Bitburg-Prüm	4 404	4 816	2 028	618	422	254
Daun	2 279	2 211	883	314	229	177
Trier-Saarburg	4 623	4 770	2 855	735	456	302
RB Trier	15 944	16 752	8 420	2 369	1 569	1 050
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	555	634	767	536	621	784
Kaiserslautern	284	215	106	10	12	9
Landau i. d. Pfalz	366	363	157	50	26	24
Ludwigshafen a. Rhein	646	941	546	422	444	464
Mainz	1 018	935	495	164	154	137
Neustadt a. d. Weinstr.	509	530	255	77	76	57
Pirmasens	263	250	170	40	28	23
Speyer	164	117	90	41	23	16
Worms	839	707	366	75	70	125
Zweibrücken	427	332	127	18	8	5
Landkreise						
Alzey-Worms	5 764	4 661	1 552	370	258	242
Bad Dürkheim	2 502	2 093	1 165	478	462	602
Donnersbergkreis	3 013	2 690	1 192	233	171	119
Germersheim	2 697	2 622	1 504	489	417	367
Kaiserslautern	3 113	2 683	1 871	786	534	450
Kusel	2 876	2 585	1 586	344	204	150
Südliche Weinstraße	3 204	2 856	1 509	479	386	334
Ludwigshafen	3 216	3 655	3 662	3 031	2 944	3 032
Mainz-Bingen	4 825	4 244	1 914	382	296	282
Pirmasens	3 757	3 531	2 205	937	611	444
RB Rheinhessen-Pfalz	40 038	36 644	21 239	8 962	7 745	7 669
Rheinland-Pfalz	90 226	87 314	47 365	16 176	12 895	11 405

1) Vergleichbarkeit der Ergebnisse seit 1979 mit denen der Vorjahre teilweise eingeschränkt.

Region Ludwigshafen vom Rückgang nicht betroffen

Nicht nur statisch betrachtet, auch in ihrer Entwicklung setzt sich die Region um Ludwigshafen von den anderen Kreisen in Rheinland-Pfalz ab. Um zu dieser Feststellung zu gelangen, wurde eine Clusteranalyse mit dem SPSS-Programmpaket durchgeführt. Eine Clusteranalyse dient dazu, Objekte anhand von Merkmalen in möglichst homogene Gruppen zusammenzufassen. Ähnlichkeit kann dabei in Form eines Distanzmaßes ausgedrückt werden. Im vorliegenden Fall gilt es, Landkreise und kreisfreie Städte derart zu aggregieren, daß sich die Elemente eines Clusters hinsichtlich der Entwicklung ihrer Kartoffelfläche, gemessen als prozentuale Veränderungen, möglichst ähnlich sind. In dem angewendeten hierarchischen Verfahren bildet zu

Beginn der Berechnungen jeder Kreis eine Gruppe, die anschließend schrittweise nach Maßgabe ihrer Distanzen vereinigt werden. Im vorletzten Vereinigungsschritt besteht der erste Cluster nur aus den Städten Ludwigshafen, Frankenthal und dem Landkreis Ludwigshafen, der zweite aus allen anderen Kreisen.

Die regionale Entwicklung des Kartoffelanbaues seit 1950 verlief demzufolge, grob gesehen, nach zwei Mustern: In allen Kreisen und kreisfreien Städten mit Ausnahme der Region Ludwigshafen verhartete die Anbaufläche zwischen 1950 und 1960 auf gleichem Niveau, ab 1960 begann eine rapide Einschränkung, die etwa bis 1980 anhielt. Danach flachte die rückläufige Entwicklung ab. 1987 ist in diesen Gebieten nur noch ein Zehntel der Kartoffelfläche von 1950 zu finden. Demgegenüber expandierte der Kartoffelanbau im Kreis

Ludwigshafen und den Städten Ludwigshafen und Frankenthal im Zeitraum von 1950 bis 1960 um 20 %. In den folgenden 20 Jahren ist auch hier ein Flächenrückgang zu beobachten, der aber weit weniger ausgeprägt ist als in den übrigen Teilen von Rheinland-Pfalz. Seit 1979 weist der Kartoffelanbau in der genannten Region wieder eine steigende Tendenz auf und erreichte 1987 den Stand von 1950.

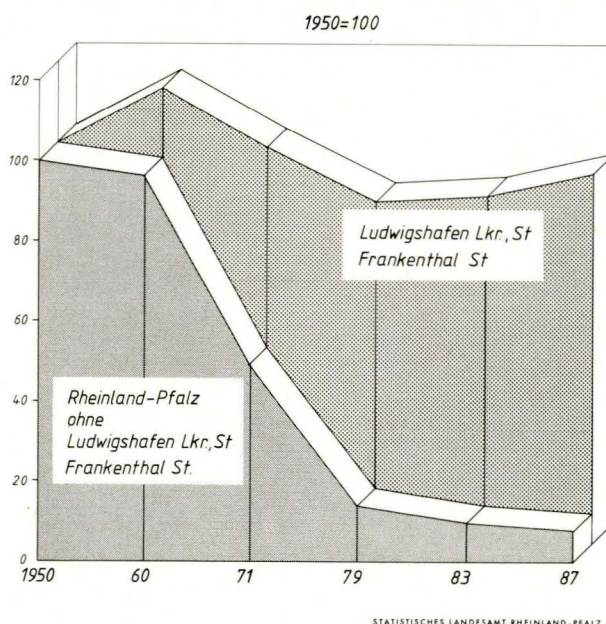
Kartoffeln überwiegend kleinflächig angebaut

Neben der regionalen ist auch die betriebliche Darstellung des Kartoffelanbaues interessant. Trotz der flächenmäßig geringen Bedeutung gab es 1987 immerhin 20 200 Betriebe (33 %), die einen Teil ihrer Flächen mit Kartoffeln bestellten. Absolut betrachtet werden die meisten Kartoffeln (26 %) in Betrieben zwischen 30 und 50 ha LF angebaut. Sie nehmen hier 7 % des Ackerlandes ein. Mit zurückgehender Flächenausstattung steigt dieser Anteil bis auf 40 % bei den Betrieben unter 1 ha LF. Insgesamt ist der Grad der Spezialisierung im Kartoffelanbau gering: 31 % der Kartoffeln werden auf Anbauflächen unter 1 ha erzeugt. Demgegenüber gab es 1987 nur 27 Betriebe in Rheinland-Pfalz, die diese Frucht auf mehr als 20 ha anbauten. Eine Begründung dafür, daß die Kartoffel trotz ihres vergleichsweise hohen Standarddeckungsbeitrages nur kleinflächig angebaut wird und somit nur einen geringen Anteil am Ackerland einnimmt, ist in dem hohen Anspruch dieses Produktionsverfahrens an die Arbeits- und Maschinenausstattung der Betriebe zu sehen. Die Kartoffelernte fällt zeitlich mit der Bestellung von Wintergetreide und dem Beginn der Zuckerrübenkampagne zusammen und läßt sich auf großen Flächen nur mit kostspieligen Erntemaschinen durchführen.

Starke Preisschwankungen auf dem Kartoffelmarkt

Ein weiterer Grund, der einer starken Spezialisierung im Kartoffelanbau entgegensteht, mag in den starken Preisschwankungen auf dem Kartoffelmarkt liegen, auf dem keine Marktordnung stabilisierend eingreift. So

Regionale Entwicklungsmuster im Kartoffelanbau



sanken beispielsweise die Erzeugerpreise zwischen 1984 und 1985 um 57 % von 29,60 DM auf 12,70 DM je Dekatonne. Erklärt werden können diese Preisschwankungen durch das Zusammentreffen einer unelastischen Nachfrage und eines unelastischen Angebotes. Um eine etwa durch überdurchschnittliche Ernten oder Importe vergrößerte Angebotsmenge auf dem Markt unterzubringen, bedarf es einer kräftigen Preissenkung. Verhalten sich Landwirte annahmegemäß risikoscheu, so führt dies im Vergleich zu einer Situation mit stabilen Preisen zu einer Einschränkung des Kartoffelanbaues, da mögliche hohe Gewinne schwächer bewertet werden als mögliche Verluste. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß insbesondere in der Vorderpfalz ein bedeutender Teil der Kartoffelproduktion im Rahmen von Anbauverträgen erfolgt, wodurch das Erlörisiko für die landwirtschaftlichen Unternehmen gemindert wird.

Dr. Martin Odening

Meldepflichtige Krankheiten 1980 bis 1987

Annähernd 50 Krankheiten und Krankheitsformen infektiösen und somit epidemischen Charakters verzeichnet das Bundesseuchengesetz als meldepflichtige Krankheiten. Auch wenn die Zahl der Erkrankungen bei den meisten meldepflichtigen Krankheiten seit Jahren rückläufig ist, besteht wegen der potentiellen Gefährdung der Bevölkerung durch diese Krankheiten nach wie vor ein aktueller und akuter Bedarf an statistischen Erfassungen und Auswertungen ihrer epidemiologischen Entwicklung.

Aus diesem Grund sieht das Bundesseuchengesetz eine Meldepflicht bestimmter Krankheiten an das jeweils zuständige Gesundheitsamt vor. Meldepflichtig

sind in erster Linie der behandelnde oder sonst hinzugezogene Arzt, aber auch andere Pflegepersonen. Diese Meldungen, die in einem möglichst frühen Stadium spätestens 24 Stunden nach erlangter Kenntnis, zu erfolgen haben, werden vierteljährlich von den Gesundheitsämtern zusammengestellt und an das Statistische Landesamt weitergeleitet. Dies geschieht in bereits aggregierter Form. Es werden also nur Angaben über die Anzahl der Erkrankungen, gegliedert nach Alter und Geschlecht weitergegeben, so daß Einzelfälle namentlich nicht erkennbar werden und die Intimsphäre der erkrankten Personen gewahrt bleibt.

Je nach Art der Krankheit ist die Meldepflicht des Arztes unterschiedlich streng ausgestaltet. Während sich

die Meldepflicht bei Virusgrippe, Keuchhusten, Masern, Puerperalsepsis und Scharlach auf die durch diese Krankheiten verursachten Sterbefälle beschränkt, ist bei den als ungleich gefährlicher einzustufenden Krankheiten Cholera, Fleckfieber, Lepra, Milzbrand und Tollwut bereits die Erkrankung zu melden.

Ebenfalls meldepflichtig sind die Geschlechtskrankheiten. Die entsprechenden Vorschriften über ihre Meldung an die Gesundheitsämter sind im Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten enthalten. Allerdings wird der Aussagewert der Statistik der meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten und in abgeschwächter Form anderer meldepflichtiger Krankheiten dadurch beeinträchtigt, daß die Meldepflicht nicht in allen Fällen so streng gehandhabt wird, wie dies vom Gesetzgeber vorgesehen ist. Erklärlich wird diese Vorgehensweise, wenn man die heutigen sehr wirksamen Möglichkeiten der Bekämpfung gerade der Geschlechtskrankheiten durch Antibiotika und Chemotherapie berücksichtigt, so daß von ihnen in der Tat ein wesentlich geringeres Gefährdungspotential ausgeht, als das noch vor wenigen Jahren der Fall war.

In diesem Beitrag wird die Tuberkulose nicht berücksichtigt. Sie zählt zwar ebenfalls zu den meldepflichtigen Krankheiten, wird aber in einer eigenen detaillierten Statistik geführt. In den im folgenden dargestellten Statistiken werden nur die Zugänge (Inzidenzen), nicht jedoch die Bestände (Prävalenzen) erfaßt.

Mit insgesamt 6 159 (ohne Tuberkulose) den Gesundheitsämtern gemeldeten Erkrankungen erreichte das Erkrankungsausmaß 1987 den höchsten Stand seit 1980. Dies entspricht einer Erkrankungshäufigkeit von 171 Personen je 100 000 Einwohner, die um 37 % über dem Wert von 1983 (125) liegt, als insgesamt 4 537 meldepflichtige Krankheiten registriert wurden. Ausschlaggebend für dieses hohe Niveau ist allein die Entwicklung der Enteritis infectiosa mit insgesamt 5 395

gemeldeten Erkrankungsfällen im Jahre 1987. Auf diese Krankheitsform entfallen 88 % aller gemeldeten Neuerkrankungen.

Übertragbare Darmentzündungen
verzeichnen wieder Zunahme

Die Zahl der Erkrankungen an Enteritis infectiosa hat sich seit 1970 (1 096 Fälle) über das Jahr 1980 (4 294) und einem Zwischentief im Jahr 1983 (3 552) bis 1987 nahezu verfünffacht. Es handelt sich hierbei um eine Infektion des Darms, zumeist des Dünndarms, die eine Magenschleimhautentzündung bewirkt und mit Fieber, Erbrechen und Durchfall verbunden ist.

Der Anteil der durch Salmonellen übertragenen Form der Enteritis infectiosa, der sogenannten Salmonellose, sank von 97 % im Jahr 1980 auf 61 % in den Jahren 1984 bis 1987. Zurückzuführen ist dies auch darauf, daß seit 1981 weitere Virenarten in das Untersuchungsprogramm aufgenommen wurden, wodurch sich die Zahl und der Anteil der übrigen Formen der Enteritis infectiosa entsprechend erhöhten. Zum Teil basiert diese Entwicklung sicher auch auf dem verantwortungsvollen Umgang mit solchen Nahrungsmitteln, die mit Salmonellen behaftet sein könnten. In erster Linie kommen hier unzureichend erhitztes Geflügel, selbstzubereitete Mayonnaise sowie nicht durchgebratenes Fleisch in Frage. Insgesamt lag die Zahl der an Salmonellose Erkrankten 1987 bei 3 269 Personen und somit deutlich unter dem Niveau von 1980 mit 4 157 Erkrankungsfällen. Andererseits wird der Tiefstand der 80er Jahre mit 2 392 Inzidenzen im Jahre 1983 weit übertroffen. Umgerechnet entfielen 1980 insgesamt 114 an Salmonellen Erkrankte auf je 100 000 Einwohner, 1983 waren es 66 und im Jahre 1987 insgesamt 91 Krankheitsfälle.

Seit 1980 kontinuierlich gestiegen ist auch aus dem vorgenannten Grund die Zahl der an den übrigen For-

Ausgewählte Neuerkrankungen an übertragbaren meldepflichtigen Krankheiten (ohne Tuberkulose).
1980 – 1987

Jahr	Ins- gesamt	Enteritis infectiosa		Para- typhus A und B	Shi- gellen- ruhr	Typhus- abdo- minalis	Ange- borene Toxo- plas- mose	Meningitis/Encephalitis				Virushepatitis		
		Salmo- nellose	übrige Formen					Meningo- kokken- Meningitis	andere bakterielle Meningi- tiden	Virus- Meningo- ence- phalitis	übrige Formen	Hepatitis A	Hepatitis B	nicht bestimm- bare und übrige Formen
Anzahl														
1980	5 822	4 157	137	9	100	23	14	69	100	57	83	418	505	89
1981	5 793	3 852	561	10	79	6	17	83	73	42	63	418	448	93
1982	5 220	2 751	754	9	99	7	16	66	111	47	109	330	381	79
1983	4 537	2 392	1 160	8	87	12	11	41	79	21	51	214	356	66
1984	5 078	2 413	1 516	3	94	5	8	49	84	36	61	321	339	102
1985	5 408	2 589	1 664	6	90	16	10	51	92	47	97	349	290	68
1986	5 358	2 713	1 724	7	78	8	5	47	74	44	64	213	268	46
1987	6 159	3 269	2 126	6	129	7	7	31	57	41	68	167	159	40
Auf 100000 Einwohner														
1980	160,0	114,2	3,8	0,2	2,7	0,6	0,4	1,9	2,7	1,6	2,3	11,5	13,9	2,4
1981	159,1	105,8	15,4	0,3	2,2	0,2	0,5	2,3	2,0	1,2	1,7	11,5	12,3	2,6
1982	143,4	75,6	20,7	0,2	2,7	0,2	0,4	1,8	3,1	1,3	3,0	9,1	10,5	2,2
1983	124,9	65,8	31,9	0,2	2,4	0,3	0,3	1,1	2,2	0,6	1,4	5,9	9,8	1,8
1984	140,0	66,5	41,8	0,1	2,6	0,1	0,2	1,4	2,3	1,0	1,7	8,9	9,3	2,8
1985	149,4	71,5	46,0	0,2	2,5	0,4	0,3	1,4	2,5	1,3	2,7	9,6	8,0	1,9
1986	148,3	75,1	47,7	0,2	2,2	0,2	0,1	1,3	2,0	1,2	1,8	5,9	7,4	1,3
1987	170,7	90,6	58,9	0,2	3,6	0,2	0,2	0,9	1,6	1,1	1,9	4,6	4,4	1,1

Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten 1980 – 1986

Jahr	Insgesamt			Tripper			Syphilis		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Anzahl									
1980	1 859	1 349	510	1 642	1 202	440	217	147	70
1981	1 759	1 264	495	1 608	1 158	450	151	106	45
1982	1 738	1 273	465	1 549	1 138	411	189	135	54
1983	1 606	1 156	450	1 458	1 062	396	148	94	54
1984	1 351	975	376	1 246	900	346	105	75	30
1985	1 195	818	377	1 077	738	339	118	80	38
1986	943	651	292	807	558	249	136	93	43
Auf 100 000 Einwohner									
1980	51,1	77,6	26,8	45,1	69,1	23,2	6,0	8,5	3,7
1981	48,3	72,6	26,0	44,2	66,5	23,7	4,1	6,1	2,4
1982	47,8	73,2	24,5	42,6	65,4	21,6	5,2	7,8	2,8
1983	44,2	66,6	23,7	40,1	61,1	20,9	4,1	5,4	2,8
1984	37,2	56,2	19,9	34,4	51,9	18,3	2,9	4,3	1,6
1985	33,0	47,2	20,0	29,8	42,6	18,0	3,3	4,6	2,0
1986	26,1	37,6	15,5	22,3	32,2	13,2	3,8	5,4	2,3

men der Enteritis infectiosa Erkrankten. Während deren Zahl 1980 noch bei 137 Meldungen gelegen hatte, was einem Häufigkeitsgrad von 4 Fällen je 100 000 Einwohner entspricht, stieg deren Zahl seit 1981 jährlich um durchschnittlich 26 % auf 2 126 im Jahre 1987, so daß auf je 100 000 Einwohner bereits 59 Erkrankungen an dieser Erscheinungsform entfielen.

Nur sporadisch traten die übrigen meldepflichtigen Darminfektionen auf. So stieg die Zahl der an Typhus abdominalis (Bauchtyphus) Erkrankten nur in den Jahren 1980 (23), 1983 (12) und 1985 (16) über zehn bei den Gesundheitsämtern gemeldete Fälle an. Die Erkrankungshäufigkeit bei Typhus abdominalis liegt mit etwa 0,2 Fällen je 100 000 Einwohner gleich niedrig wie bei Paratyphus A und B. Auch hier handelt es sich um eine Darmerkrankung, die durch Fieber und Durchfall, bedingt durch verunreinigte Nahrung oder Trinkwasser, zum Ausbruch kommt, deren Verlauf beim Paratyphus A und B jedoch etwas leichter ausfällt als beim Typhus abdominalis.

Etwas häufiger und mit eher konstantem Niveau tritt die Shigellenruhr (bakterielle Ruhr) auf, eine durch Shigellenbakterien hervorgerufene Dickdarmerkrankung. An ihr erkrankten 1980 in Rheinland-Pfalz 100 Personen. Diese Zahl sank in den Folgejahren 1981 bis 1986 geringfügig auf durchschnittlich 88 Erkrankungen. Im Jahre 1987 wurden 129 Meldungen registriert.

Virus hepatitis rückläufig

Deutlich rückläufig entwickelten seit 1980 die Erkrankungen an Virus hepatitis. Diese durch Viren übertragene Leberentzündung macht sich im allgemeinen durch Beschwerden des Magen- und Darmtraktes sowie durch grippale und rheumatische Beschwerden bemerkbar. Darüber hinaus ist sie häufig mit einer bis zu sechs Wochen andauernden Gelbsucht verbunden.

Insgesamt nahm die Zahl der Erkrankungen an Virus hepatitis seit 1980 kontinuierlich ab, lediglich unterbrochen von einem vorübergehenden Anstieg im Jahre 1984, der auf einer erhöhten Erkrankung an Hepatitis

Typ A beruhte. Hepatitis Typ A, die durch orale Aufnahme des Erregers übertragen wird, trat 1980 noch 418 mal auf. In den Folgejahren sank die Zahl der Erkrankungsfälle bis auf 214 im Jahre 1983, bevor bis 1985 wieder ein Anstieg auf 349 Fälle zu registrieren war. Mit 167 den Gesundheitsämtern gemeldeten Inzidenzen wurde 1987 ein vorläufiger Tiefstand an Hepatitis Typ A-Erkrankungen erzielt. Damit sank die Erkrankungshäufigkeit von 11,5 Personen je 100 000 Einwohner im Jahre 1980 auf 4,6 im Jahr 1987.

Noch ausgeprägter war der Rückgang an Erkrankungen an Hepatitis Typ B, bei der die Infektion über das Blut erfolgt, etwa im Rahmen von Transfusionen oder Injektionen. Während hier 1980 noch 505 Erkrankungen gezählt wurden, sank diese Zahl bis 1987 um fast 70 % auf 159. Folglich fiel auch die Erkrankungsziffer von 13,9 im Jahre 1980 auf 4,4 im Jahre 1987. Wesentlich geringer im Niveau sind die Erkrankungen an Virus-hepatitis nicht bestimmbarer und übriger Formen, die seit 1980 ebenfalls um über 50 % absanken. Den 89 Erkrankungen im Jahre 1980 standen 1987 nunmehr 40 entgegen, was einer Senkung der Erkrankungshäufigkeit von 2,4 Personen je 100 000 Einwohner auf 1,1 entspricht.

Meningitis-Erkrankungen relativ konstant

Von Jahr zu Jahr schwankend, jedoch insgesamt relativ konstant, entwickelte sich die Zahl der Erkrankungen an Meningitis/Encephalitis, das heißt der infektiösen Erkrankung der Hirnhaut und des Gehirns. Hervorgerufen werden diese Erkrankungen sowohl durch Bakterien als auch durch Viren. So erfolgt die Infektion bei der Meningokokken-Meningitis durch Tröpfcheninfektion. Insgesamt wurden 1987 von den Gesundheitsämtern 31 Fälle von Meningokokken-Meningitis und 57 Fälle anderer bakterieller Meningitiden registriert. Dies bedeutet bei beiden Erkrankungsformen die niedrigste Anzahl an Erkrankungen im Berichtszeitraum 1980 bis 1987. Das Mittel der Erkrankungsfälle lag bei der Meningokokken-Meningitis in den Jahren 1980 bis 1986 bei 58, bei den anderen bakteriellen Meningitiden bei 88. Dies drückt sich entsprechend auch bei der Erkrankungshäufigkeit je 100 000 Einwohner aus, die 1987 bei der Meningo-

kokken-Meningitis 0,9 (1980 bis 1986 1,6) betrug, bei den anderen bakteriellen Meningitiden 1,6 (1980 bis 1986 2,4).

Etwa im Rahmen des letzten Sechsjahresdurchschnittes hielten sich die Erkrankungen an Virus-Meningoencephalitis, bei der die Infektion vor allem durch Zeckenbisse übertragen wird. Dementsprechend schwanken die jährlichen Erkrankungen an dieser Form der Meningitis entsprechend den jeweiligen klimatischen Bedingungen für eben jene Zecken. Im Jahre 1987 traten 41 Fälle von Virus-Meningoencephalitis auf bei einem Durchschnitt von 42 Meldungen in den Jahren 1980 bis 1986. Die Extremwerte dieser Erkrankung schwanken dabei zwischen dem Höchstwert von 57 Meldungen im Jahre 1980 und dem bisherigen Minimalwert von 21 Erkrankungen 1983. An den übrigen Formen der Meningoencephalitis erkrankten 1987 insgesamt 68 Personen. Bei einer durchschnittlichen Erkrankung von 75 Personen in den Jahren 1980 bis 1986 lagen hier die Extremwerte in den Jahren 1982 (109) und 1983 (51).

Übrige meldepflichtige Krankheiten unbedeutend

Nahezu unbedeutend sind alle anderen im Rahmen des Bundesseuchengesetzes meldepflichtigen Krankheiten. So wurden 1987 lediglich 23 Erkrankungen an Malaria bekannt. Für die Ornithose, eine von Vögeln übertragene fieberhafte grippeartige Allgemeinerkrankung wurden lediglich 15 Meldungen bei den Gesundheitsämtern registriert. Daneben wurden sporadisch weitere seltener auftretende Krankheiten gemeldet, so Gasbrand/Gasoedem mit fünf, Brucellose und Q-Fieber mit je zwei Fällen. Trichinose und Botulismus wurden je einmal gemeldet. 1987 überhaupt nicht registriert wurden Erkrankungen von Cholera, Fleckfieber, Lepra, Milzbrand, Pest, Pocken, Poliomyelitis, Diphtherie und Gelbfieber.

Geschlechtskrankheiten bei Männern häufiger

Die Zahl der gemeldeten Geschlechtskrankheiten ist seit 1980 fast um die Hälfte gesunken. Wurden im Jahre

1980 noch 1 859 Meldungen registriert, so sank diese Zahl bis 1986 auf 943, was einer Erkrankungshäufigkeit von 51 im Jahre 1980 gegenüber 26 im Jahre 1986 entspricht. In wieweit diese Entwicklung auch auf eine Verschlechterung der Berichtswilligkeit der Ärzte zurückzuführen ist, kann nicht quantifiziert werden, sodaß die absolute Zahl der Erkrankungen nur mit Vorsicht zu interpretieren ist. Wesentlich genauer dürfte dagegen die Relation zwischen erkrankten Männern und Frauen sowie zwischen den einzelnen Arten von Geschlechtskrankheiten die Realität widerspiegeln. So liegt der Anteil der Männer an der Gesamtheit der als erkrankt gemeldeten Personen konstant bei etwa 70%.

Verantwortlich für den statistisch nachgewiesenen Rückgang ist die Entwicklung der Erkrankungen an Tripper, einer Schleimhautinfektion der Harn- und Geschlechtsorgane. Rund 90 % aller Geschlechtskrankheiten entfallen auf Tripper. Wurden den Gesundheitsämtern 1980 noch 1 642 Erkrankungsfälle gemeldet, wovon 73 % auf männliche Personen entfielen, sank diese Zahl bis 1986 auf 807 (Männer 69 %). Damit erkrankten 1980 insgesamt 45 Personen je 100 000 Einwohner an Tripper, wobei die Erkrankungshäufigkeit bei den Männern mit 69 signifikant höher lag als bei den Frauen (23). 1986 waren es 32 Männer und 13 Frauen, was einer durchschnittlichen Erkrankungsziffer von 22 entspricht.

An Syphilis, die ohne Behandlung mehrere Jahre nach der Erstinfektion zur fortschreitenden Gehirnparalyse führen kann, erkrankten im Jahre 1986 insgesamt 136 Personen, davon 93 Männer. Dies sind zwar weniger als 1980, als noch 217 (Männer 147) Syphilisfälle gemeldet wurden, der Wert liegt aber nur unwesentlich unter dem Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1985 mit jährlich ungefähr 155 (Männer 106) Erkrankungen. Die Erkrankungshäufigkeit schwankt insgesamt zwischen 6 (1980) und 2,9 (1984), bei den Männern zwischen 8,5 (1980) und 4,3 (1984), und auch bei den Frauen sind die Extremwerte mit 3,7 bzw. 1,6 in den Jahren 1980 bzw. 1984 registriert worden.

Diplom-Volkswirt Klaus Sabrowski

Personalverwaltungssystem für Krankenhäuser

Ausgangssituation

In einer im Februar 1985 vom Ministerium für Umwelt und Gesundheit durchgeführten Bedarfsumfrage bezüglich der Erweiterung des Leistungsangebots des landeseinheitlichen Krankenhausinformationssystems haben die kommunalen und staatlichen Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz der Entwicklung eines maschinellen Personalverwaltungssystems (PVS) erste Priorität beigemessen. Dementsprechend hat das Statistische Landesamt im September 1985 den interessierten Kliniken den Entwurf eines fachlichen Feinkonzepts zur Stellungnahme vorgelegt.

Nach Einarbeitung der hierzu vorgebrachten Änderungswünsche wurde im Mai 1986 die Datenschutz-

kommission des Landes gebeten, das Lösungskonzept vor Beginn der Programmierung auf datenschutzrechtliche Unbedenklichkeit zu überprüfen.

Diese Bestätigung, verbunden mit Empfehlungen insbesondere hinsichtlich Art und Umfang des zur Speicherung vorgesehenen personenbezogenen Datenmaterials, der geplanten programmseitigen Steuerung der Zugriffsberechtigung auf diese persönlichen Informationen und der beabsichtigten maschinellen Sicherungsmaßnahmen gegen mißbräuchliche Listenausdrucke wurde im Juni 1986 erteilt. Nachdem damit nach der fachlichen Akzeptanz durch die Krankenhäuser die zweite notwendige Grundvoraussetzung erfüllt war, konnte die Programmierung in Angriff genommen werden.

Zielsetzung der Projektentwicklung

Ziel der Projektentwicklung ist es, durch DV-Unterstützung

- die Personalabteilung und die verschiedenen Managementebenen im Krankenhaus arbeitsmäßig zu entlasten;
- die Arbeit dieser Stellen durch zentrale Datenbestandsführung und Abnahme zeitraubender Routine-tätigkeiten (Plausibilitätsprüfungen, Schreiben von Listen usw.) effektiver zu gestalten;
- von diesen Stellen für den Einsatz des Personal-Managements als betriebliches Steuerungsinstrument und für interne und externe Auskunftszwecke benötigte Informationen inhaltlich und zeitlich anforderungsgerecht zu Verfügung zu stellen.

Diese Ziele sollen dadurch erreicht werden, daß

- bislang manuelle und teilweise dezentral und redundant geführte Datenbestände (Personalkartei, Fehlzeitenkartei) zentral maschinell gepflegt werden;
- regelmäßig benötigte Standardauswertungen (Fehlzeitenachweis, Dispositionsliste) jederzeit nach unterschiedlichen Sortierkriterien angefordert werden können;
- in weiteren Ausbaustufen die gespeicherten Informationen jederzeit einzeln oder durch logische Bedingungen miteinander verknüpft am Bildschirm abgerufen oder über Drucker ausgegeben werden können.

DV-technische Realisierung

Das Verfahren PVS ist eine reine Vor-Ort-Lösung. Die Programme werden ausschließlich auf den Siemens-Rechnern TS 6.660 bzw. TS 6.680, die in nahezu allen beim Statistischen Landesamt angeschlossenen Krankenhäusern installiert sind, unter den Betriebssystemen AMBOSS 3 Version 4 bzw. AMBOSS 4 eingesetzt. Da somit die zu verarbeitenden Personaldaten das Krankenhaus nicht verlassen, wurde bereits durch diese Grundsatzentscheidung, PVS als Vor-Ort-Lösung zu realisieren, ein erster wichtiger Schritt zur Sicherstellung der strengen Datenschutzerfordernisse getan.

PVS ist insoweit eine Dialoglösung, als mit Ausnahme der Erstellung der Listen alle anderen Funktionen unmittelbar auf Anforderung des Anwenders durchgeführt werden. Um das System während der Abwicklung der aktuellen Tagesarbeiten wie Datenerfassung, Änderungsdienst oder Auskunftsfunktionen nicht zu behindern, erfolgt lediglich die Listenauswertung als Stapel-(Batch-)Verarbeitung.

Stufenlösung

Um aus Wettbewerbsgründen möglichst schnell mit einem ersten Angebot aufwarten und anschließend auch die seitens der Krankenhäuser gewünschten Weiterentwicklungen jeweils kurzfristig präsentieren zu können, wird PVS sukzessiv in Stufen realisiert.

Das Leistungsspektrum der im Herbst 1987 fertiggestellten Ausbaustufe 1 enthält die

- Erfassung der für Auswertungszwecke und die interne Systemsteuerung benötigten Daten;
- Pflege dieser Datenbestände;
- Erstellung verschiedener Listenauswertungen wie Fehlzeitenachweis, Personaldispositionsliste, auszugsweise Anlistungen der Personalstammdatei, Protokoll der Eingabedaten, Ausdruck der in den verschiedenen Dateien gespeicherten Daten, globale Bildschirmankünfte durch Aufruf des gesamten Dateninhalts der jeweiligen Erfassungsmaske.

Für eine zweite Ausbaustufe, deren Inhalt zur Zeit mit den Krankenhäusern abgestimmt wird, stehen folgende zusätzliche Funktionen zur Entscheidung:

- Dienstplanverwaltung
- Urlaubsverwaltung
- Stellenplanverwaltung
- Stellen Soll-Ist-Vergleich
- Terminüberwachung
- Fluktuationsstatistik
- Ermittlung der statistischen Daten für das Blatt S 2 des nach der Bundespflegesatzverordnung von den Krankenhäusern zu erstellenden Kosten- und Leistungsnachweises.

Des weiteren sollen die Bildschirmauskunftsmöglichkeiten erweitert und verfeinert und die Personalstammdatei im Bereich der Versicherungs- und Sozialdaten der Beschäftigten ergänzt werden.

Im Mittelpunkt der Überlegungen für eine weitere Ausbaustufe wird der Antrag der Krankenhäuser stehen, zur Vermeidung redundanter Datenerfassung und Dateipflege die von unterschiedlichen regionalen Rechenzentren durchgeführte Lohn- und Gehaltsabrechnung datenflußmäßig mit PVS zu integrieren.

Analog zur 1986 bei der Einstiegsversion praktizierten Vorgehensweise wird auch konsequent jede dieser beabsichtigten Weiterentwicklungsstufen bereits in der Konzeptionsphase mit der Datenschutzkommission abgestimmt werden.

Verfahrensseitige Datenschutzvorkehrungen

Die Erfassung, Speicherung und Auswertung persönlicher Arbeitnehmerdaten in einem elektronischen Personalverwaltungssystem ist datenschutzrechtlich ein äußerst sensibles Vorhaben.

Schwerpunktmäßig geht es dabei um die Regelung,

- welche personenbezogenen Einzeldaten gespeichert und ausgewertet werden dürfen und wie man die Erfassung datenschutzrechtlich unzulässiger Informationen verhindert;
- wer im Krankenhaus auf welche der gespeicherten Daten zu Auswertungszwecken zugreifen darf, wer welche Daten erfassen darf und wie man diese Abgrenzungen sichert.

Diesen strengen Anforderungen trägt das Verfahren durch vier sich ergänzende Maßnahmen Rechnung:

- (1) Zweckgebundene Datenspeicherung. In den Dateien des Verfahrens können in jeder Ausbaustufe nur diejenigen personenbezogenen Informationen gespeichert werden, die für die Zweckbestimmung des Verfahrens unverzichtbar sind. In keinem Falle können dies jedoch mehr oder andere persönliche Angaben sein, als nach aktueller Rechtsprechung für ein EDV-gestütztes Personalinformationssystem erlaubt sind.
- (2) Benutzerlegitimation. Um das Verfahren überhaupt am Bildschirm aufrufen zu können, muß durch Eingabe eines individuellen Passwortes in Verbindung mit einem persönlichen Benutzerkennzeichen die grundsätzliche Berechtigung ausdrücklich nachgewiesen werden.
- (3) Chef-/Normalbenutzerfunktion. Durch diese Unterteilung der Funktionen des Verfahrens können einzelne Arbeitsplätze bereits auf technisch-organisatorische Weise von bestimmten Nutzungsmöglichkeiten des Systems ausgeschlossen werden. Dem normalen Personalsachbearbeiter werden so lediglich diejenigen Eingabe- und Auswertungsfunktionen zur Verfügung gestellt, die er zur ordnungsgemäßen Durchführung seiner täglichen Routinearbeit benötigt. Mit den für System- und Dateiverwaltung erforderlichen Cheffunktionen, über welche der Zugriff aus das gesamte Leistungsspektrum und Datenvolumen des Verfahrens möglich ist, wird hingegen nur der Bildschirm des im Krankenhaus zentral zuständigen Systemadministrators ausgerüstet.
- (4) Mehrstufige Berechtigungsmatrix. Sie ist der Kern der programmseitigen Datenschutzvorkehrungen. In dieser mehrschichtigen Tabelle wird dem Verfahren durch die Verantwortlichen im Krankenhaus mit-

geteilt, welche Eingabefunktionen und welche Auswertungsfunktionen jeder Inhaber eines gültigen Passwortes wahrnehmen darf und ob diese Funktionen unbegrenzt für alle KLN-Bereiche (Kosten- und Leistungs-Nachweis gemäß Bundespflegegesetzverordnung), Fachabteilungen und Kostenstellen und damit für alle Mitarbeiter des Krankenhauses oder nur begrenzt auf bestimmte dieser Bereiche und damit nur bezüglich der dort Beschäftigten zulässig sind. Schließlich bietet die Berechtigungsmatrix die Möglichkeit, festzulegen auf welchen Druckern welche Benutzer die ihnen erlaubten Listen ausgeben dürfen. Auf diese Weise kann verhindert werden, daß jemand nur für ihn bestimmte Listen versehentlich auf einem Drucker ausgeben läßt, zu dem auch für diese Auswertungen nichtberechtigte Personen Zugang haben.

Auswertungen

Die wichtigsten Auswertungsmöglichkeiten der Ausbaustufe 1 sind der Fehlzeitenachweis, die Dispositionsliste und die auszugsweisen Auflistungen der Personalstammsätze.

Der Fehlzeiten-Nachweis wird als tagesbezogene Liste und als Von-Bis-Auswertung (Kontoauszug) angeboten. Die tagesbezogene Liste ist nach folgenden Sortierkriterien anforderbar: KLN-Bereich, KLN-Bereich untergliedert nach Fachabteilungen, KLN-Bereich nach Fachabteilungen und diese untergliedert nach Kostenstellen, Fachabteilung untergliedert nach Kostenstellen, Kostenstelle.

Als Von-Bis-Liste ist der Fehlzeiten-Nachweis nach KLN-Bereich, KLN-Bereich und Kostenstelle und Personal-Nummer sortierbar. Wie bei den tagesbezogenen Listen ist jede in den Auswertungszeitraum fallende Fehlzeit mit ihrem Beginn- und Endedatum aufgeführt.

TESTKRANKENHAUS
TESTBEARBEITER, HANS-OTTO

DATUM 18.01.1988 SEITE 1
UHRZEIT 12.25

FEHLZEITEN-NACHWEIS

KONTOAUSZUG

(NACH KLN-BEREICH, KOSTENSTELLE)

AUSWERTUNGSZEITRAUM: 01.01.1988-31.01.1988

KLN-BEREICH: AERZTLICHER DIENST

KOSTENSTELLE: 0000017 CHIRURGIE

NAME	PERS.-NR.	FUNKTION	GRUND DER FEHLZEIT	VON/AM	BIS	FEHLZEIT IN STD.
BURGDORF, OSKAR	0005	ASSISTENZARZT	ARBEITSBEFREIUNG	31.01.88	01.02.88	0016
EHRENBERG, GISELA	0007	ASSISTENZARZT	MUTTERSCHUTZ ERZIEHUNGSURLAUB	14.10.87 11.01.88	10.01.88 20.05.88	
HANSEN DR., CHRISTIANE	0008	ASSISTENZARZT	URLAUB	25.01.88	31.01.88	0040
RONSON DR., ALBERT	0010	ASSISTENZARZT	KRANK	17.01.88	22.01.88	

FEHLZEITEN IN DER ZEIT VOM 01.01.1988-31.01.1988 KOSTENSTELLE: 0000017 CHIRURGIE

ARBEITSBEFREIUNG	0,75 VOLLKRAEFTE	1 KALENDERTAG/E
MUTTERSCHUTZ	1,00	10
ERZIEHUNGSURLAUB	1,00	21
URLAUB	1,00	7
KRANK	1,00	6
GESAMT	-	45

DISPOSITIONSLISTE
(NACH KLN-BEREICH, FACHABTEILUNGEN)

KLN-BEREICH: AERZTLICHER DIENST

FACHABTEILUNG: TE TESTFACHABTEILUNG <>

STELLEN SOLL	12,00
STELLEN IST	6,25
UNBESETZT	5,75

19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 01 02 03 04 05 06 07 08 09 10 11 12 13 14 15 16 17
DI MI DO FR SA SO MO DI MI DO FR SA SO MO DI MI DO FR SA SO MO DI MI DO FR SA SO MO DI MI

SIEBERT PROF. DR., JULIUS
CHEFARZT
01.02.88-02.02.88 Fortbildung

40,00 STD

ABMEIER DR., HANS
OBERARZT

20,00 STD

BURGDORF, OSKAR
ASSISTENZARZT
31.01.88-01.02.88

30,00 STD

EHRENBERG, GISELA
ASSISTENZARZT
11.01.88-20.05.88

40,00 STD

HANSEN DR., CHRISTIANE
ASSISTENZARZT
25.01.88-31.01.88 URLA

40,00 STD

RONSON DR., ALBERT
ASSISTENZARZT
17.01.88-22.01.88

40,00 STD

WEGENER, WALTER
ASSISTENZARZT

40,00 STD

Für die Dispositionsliste werden Sortierungen nach KLN-Bereich, KLN-Bereich und Fachabteilungen, KLN-Bereich, Fachabteilungen, Kostenstellen, KLN-Bereich und Kostenstelle, Fachabteilung und Kostenstellen, Fachabteilung, Kostenstelle sowie Personalnummer angeboten.

Auswertungszeitpunkt dieser Listenvarianten ist das aktuelle Tagesdatum. Darauf bezogen geben die unterschiedlichen Dispositionslisten Auskunft darüber, welche Personen am Auswertungstag und den jeweils folgenden 29 Tagen anwesend sind und wer warum wie lange bzw. ab wann nicht verfügbar ist.

Die auszugsweisen Anlistungen der Personalstammsätze sind gedacht als Orientierungshilfe für die Pforte oder die Telefonzentrale im Krankenhaus. Die Listen

können sortiert nach Personalnamen in alphabetischer Reihenfolge und nach aufsteigenden Personalnummern ausgegeben werden.

Neben diesen zentralen Druckauswertungen der ersten Ausbaustufe sind in eingeschränktem Maße Bildschirmaskünfte über gespeicherte Daten möglich. Dies bedeutet, daß ein bestimmtes Merkmal eines Mitarbeiters noch nicht gezielt abgerufen werden kann, sondern vielmehr der gesamte Inhalt der betreffenden Eingabemaske angefordert und sodann aus dieser Vielzahl von Informationen das gewünschte Datum visuell herausgesucht werden muß.

Schließlich besteht die Möglichkeit, über bestimmte Daten der Mitarbeiter in den Personalstammsätzen Historien anzulegen. Dies gilt für

PERSONALSTAMM NACH ALPHABET

NAME	PERSONAL-NR	FUNKTION	KOSTENSTELLE(N)
ABMEIER DR., HANS	0006	OBERARZT	0000017 CHIRURGIE
BURGDORF, OSKAR	0005	ASSISTENZARZT	0000017 CHIRURGIE
DONNER, GUSTAV	0009	ASSISTENZARZT	0000023 STATION 5
EHRENBERG, GISELA	0007	ASSISTENZARZT	0000017 CHIRURGIE
FRANKEN, JUTTA	0003	KRANKENSCHWESTER	0000023 STATION 5
GERHARD, ERWIN	0013	STV.STATIONSSCHWEST.	0000023 STATION 5
HANSEN DR., CHRISTIANE	0008	ASSISTENZARZT	0000017 CHIRURGIE
KRAMER, MICHAEL	0001	ABTEILUNGSLEITER	0000069 VERWALTUNG
NOLTE, HANNELORE	0014	KRANKENSCHWESTER	0000023 STATION 5
OBERMANN DR., WILFRIED	0011	ASSISTENZARZT	0000023 STATION 5
RONSON DR., ALBERT	0010	ASSISTENZARZT	0000017 CHIRURGIE
SIEBERT PROF. DR., JULIUS	0002	CHEFARZT	0000017 CHIRURGIE
TRAMMERL, INGRID	0004	STV.STATIONSSCHWEST.	0000046 PAEDIATRIE
WEGENER, WALTER	0012	ASSISTENZARZT	0000017 CHIRURGIE

AUSDRUCK PERSONALSTAMM

NAME NOLTE, HANNELORE

PERSONAL-NR. 0014 GEBURTSDATUM

14.03.1956

1. BESCHREIBENDE DATEN

GEBURTSORT KOBLENZ GEBURTSLAND DEUTSCHLAND GESCHL. W STAATSGEHOER. DEUTSCH TITEL
ANSCHRIFT: STRASSE/HAUS-NR./POSTF. HAUPTSTR. 15 POSTLEITZ. 5400 ORT KOBLENZ

2. AUFENTHALTSDATEN

AUFENTHALTSERLAUBNIS BIS

3. AUSBILDUNGS-/BERUFSDATEN

SCHULABSCHLUSS MITTLERE REIFE BESONDERE FAEHIGKEITEN WERDEGANG IN BERUF U. DIENSTSTELLUNG	ERLERNTER BERUF KRANKENSCHWESTER	ZULETZT AUSGEUEBTER BERUF KRANKENSCHWESTER
	AB-DATUM AUSGEUEBTER BERUF	AB-DATUM DIENSTSTELLUNG
	01.04.74 KRANKENSCHWESTER	01.04.74 KRANKENSCHWESTER
		01.10.82 STV.STATIONSSCHWEST.
		15.06.84 ANALSTHESIESCHWESTER

4. TARIFLICHE DATEN

EINGRUPPIERUNGEN	AB-DATUM	TARIFW.	TARIFGR.	DIENSTALTERSTUFE
	01.04.74	BA1	III	
	01.04.75	BA1	IV	
	01.10.82	BA1	V	

5. ARBEITSVERTRAGLICHE DATEN

EINSTELLUNGSDATUM 01.04.74 DATUM DES AUSSCHIEDENS BEGINN DIENSTZEIT 01.04.72 BEGINN BESCHAEFTIGUNGSZEIT 01.04.74
ARBEITSERLAUBNIS BIS BERUFSERLAUBNIS BIS
AUSHILFE N NACHTWACHE N SCHICHTMERKMAL N WOCHENTL. ARBEITSZEIT 40,00 WOCHENTL. ARBEITSTAGE 5

6. MEDIZINISCHE DATEN

EINSTELLUNGSUNTERSUCHUNGSDATUM 01.04.74 KONTROLLUNTERSUCHUNGSDATUM 01.04.88

7. PHYSISCHE EIGNUNGSDATEN

SCHWERBEHINDERTEPROZENTSATZ

8. URLAUBSANSPRUCHSDATEN

JAHRESURLAUB 26 ZUSATZURLAUB SCHWERBEHINDERTEURLAUB ARBEITSFREIE TAGE 2

9. VERFAHRENSNOTWENDIGE DATEN

UMRECHNUNGSFAKTOR SCHUELER 1,000 STELLENPLAN-NUMMER

10. HISTORIE KOSTENSTELLENZUORDNUNG

AB-DATUM	KOSTENST.	FACHABT.	KLN-BEREICH	ZUORDN.-FAKTOR	DIENSTSTELLUNG
01.04.74	0000017	TE	02	1,00	KRANKENSCHWESTER
01.10.82	0000017	TE	02	1,00	STV.STATIONSSCHWEST.
15.06.84	0000023	CA	04	1,00	OP-SCHWESTER

- die organisatorische Zuordnung. Für jeden Beschäftigten kann festgehalten werden, von wann bis wann er im Laufe seiner Zugehörigkeit zum Krankenhaus zu wieviel Prozent seiner möglichen Kapazität in welcher Dienststellung welcher Fachabteilung und Kostenstelle zugeordnet war.
- den Werdegang in Beruf und Dienststellung. Es können unter dem jeweiligen Beginndatum bis zu fünf Veränderungen in der beruflichen und dienststellungsmäßigen Laufbahn eines Beschäftigten gespeichert werden.
- die tarifliche Eingruppierung, Zulagen. Für jeden Mitarbeiter können bis zu fünf Veränderungen in der tariflichen Eingruppierung und eventuell erhaltene Zulagen gespeichert werden.

Ausblick

Nach Abschluß der Programmierarbeiten für die erste Ausbaustufe im Herbst 1987 hatten sich die Städtischen Krankenanstalten Ludwigshafen bereit erklärt, die Rolle des Pilotanwenders zu übernehmen. Gestützt auf die dortigen Erfahrungen werden nunmehr weitere Krankenhäuser das Verfahren einsetzen. Parallel zu diesem in Gang befindlichem Breiteneinsatz der Einstiegsversion, steht die Abstimmung des fachlichen Inhalts der nächsten Ausbaustufe mit den Krankenhäusern kurz vor dem Abschluß. Danach wird wiederum die Abklärung mit der Datenschutzkommission erfolgen. Ziel ist, diesen zweiten Abschnitt des Verfahrens im Laufe des Jahres fertigzustellen.

Diplom-Kaufmann Hans-Peter Mast

DV-Verfahren MARK zur Kontrolle und Bewirtschaftung des medizinischen Sachbedarfs in Krankenhäusern

Die pflegesatzfähigen Selbstkosten der Krankenhäuser, das heißt die Betriebskosten im Sinne des § 17 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG), setzten sich im Jahre 1985 im Bundesdurchschnitt zu zwei Dritteln aus Personalkosten und zu einem Drittel aus Sachkosten zusammen. Die höchste Zuwachsrate beim Vergleich der Jahre 1980 und 1985 weisen die Sachkosten mit + 51 % auf (Personalkosten + 27 % ; Gesamtkosten + 31 %). Auf den medizinischen Sachbedarf als die quantitativ wichtigste Position des Sachkostenblocks entfallen dabei allein 47 %. Aufgrund des vergleichsweise hohen Anteils der Sachkosten an den Gesamtkosten des Krankenhausbetriebes bieten diese – bei den Personalkosten werden im allgemeinen nur noch geringe Rationalisierungsreserven gesehen – ein relativ großes Untersuchungsfeld für eine Reduktion der Kosten.

Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der erkannten Rationalisierungsmöglichkeiten leistet die automatisierte Datenverarbeitung, die das Krankenhausmanagement bei der Verwirklichung des Ziels, die Kosten der Beschaffung, der Lagerhaltung und des Materialverbrauchs zu minimieren, unterstützt. Mit dem vom Statistischen Landesamt angebotenen EDV-Verfahren Materialwirtschaft in Krankenhäusern (MARK) läßt sich die gesamte Dispositionsarbeit im Materialbereich des Krankenhauses optimieren. Es unterstützt alle Verwaltungsarbeiten vom Bestellwesen über Lagerzugang und Lagerabgang bis zur Vorratshaltung und kann in jedem beliebigen Lagerbereich des Krankenhauses (Apotheke, Küche) eingesetzt werden. MARK ist außerdem vollständig in die Verfahren des Krankenhausrechnungswesens, Finanzbuchhaltung (FINK), Kreditorenbuchhaltung (KREK) und Kosten- und Leistungsrechnung (KOLK), integriert.

Im folgenden wird anhand einiger Beispiele dargestellt, wie die vom Verfahren MARK bereitgestellten Auswertungen in der Praxis als Informations- und Steuerungsinstrument zur Kostensenkung und Kostentransparenz beim medizinischen Sachbedarf genutzt werden können.

Artikelkatalog

Im Artikelkatalog werden sämtliche zu einem Artikel gespeicherten Artikelstammdaten aufgelistet. Unter anderem enthält er neben Artikelnummer und -bezeichnung Informationen über Standardeinstandspreis, Haltbarkeit, Warengruppe, Lagerorte, Bestellbestand, letzter Preis, Planpreis, Lieferanten und Hersteller. Der Andruck kann wahlweise einen oder mehrere Artikel pro Seite umfassen. Diese Liste kann wie alle übrigen Auswertungen nach den verschiedensten Sortierkriterien (Sortierung numerisch nach Artikelnummer, alphabetisch nach Artikelbezeichnung) individuell erstellt werden. Außerdem kann eine Auswahl durch Angabe von Unter- und Obergrenzen getroffen werden.

Der Arzneimittelkatalog, eine gezielt und jederzeit aktuell abrufbare Untermenge des Artikelkatalogs, ist Grundlage für die Arbeit der Arzneimittelkommission, deren wesentliche Aufgabe darin besteht, eine hausindividuelle und für ärztliche Verordnungen verbindliche Arzneimittelliste aufzustellen und fortzuschreiben. Analog hierzu kann selbstverständlich auch der sonstige medizinische Bedarf, wie ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Narkose- und sonstiger OP-Bedarf, Fein- und Desinfektionsmaterial, in die Erstellung einer für alle Kostenstellen verbindlichen Artikelliste einbezogen werden.

In einem ersten Schritt werden die nach vorgegebenen Kriterien maschinell erstellten Artikelkataloge einer näheren Analyse hinsichtlich der Möglichkeiten zur Bereinigung, Straffung und Vereinheitlichung des Sortiments unterzogen. Denkbar sind im einzelnen folgende Maßnahmen :

- Beschränkung der Artikelvielfalt,
- Substitution durch preisgünstigere, qualitativ gleichwertige Artikel,
- Streichung von Produkten, die nicht mehr den neuesten Standards entsprechen,
- Aufnahme neuer Artikel bei gleichzeitiger Prüfung, welches Produkt entfallen kann,
- Überprüfung auf wirtschaftliche Packungsgrößen,
- Normierung und Standardisierung der Verbrauchsmaterialien (hauseigene Produktvarianten),
- Prüfung der Wiederverwendungsmöglichkeit für bestimmte Artikel (ggf. nach einer Vorbehandlung),
- Untersuchung der nach dem Kriterium Lagerort (Apotheke, Materiallager) sortierten Kataloge auf Überschneidungen.

Nachdem die Zahl der auf Vorrat zu haltenden Artikel auf das notwendige Maß beschränkt wurde, kann der überarbeitete Artikelkatalog in der vom Verfahren MARK maschinell erstellten Lang- oder Kurzform an die Verbrauchsstellen (Stationen, Labor, Operationssaal) weitergeleitet werden. Zukünftig sollten alle Bestellungen auf diese Liste abgestimmt sein. Abweichungen von den Artikelkatalogen in Sonderfällen bedürften der Zustimmung des Apothekers bzw. des Vorsitzenden der jeweils zuständigen Arbeitsgruppe (Arzneimittel-, Materialwirtschaftskommission). Die Neuaufnahme von Artikeln wäre nur auf Antrag von leitenden Kostenstellenverantwortlichen (Chefärzte, Laborleiter) genehmigungsfähig.

Eine regelmäßige Überprüfung und Kontrolle der vom Verfahren MARK in wiederkehrenden Abständen (halbjährlich, jährlich) maschinell erstellten Artikellisten bringt für den Krankenhausbetrieb folgende Vorteile :

- Minderung der Kapitalbindungskosten (geringerer Inventurwert, höhere Lagerumschlagshäufigkeit),
- Optimierung der Lagerhaltung (gestrafftes Artikelsortiment) und

- Minimierung der Beschaffungskosten (rationeller, preisgünstiger Einkauf).

Lagerhüterliste

Diese Liste ist ein Andruck aller Artikel, für die in einem bestimmten Zeitraum kein Abruf erfolgte. Der Zeitraum kann vom Anwender über ein eigens dafür eingerichtetes Auswahlkriterium festgelegt werden. Fehlt die zeitliche Abgrenzung, werden vom Verfahren MARK alle Artikel ausgewiesen, deren letztes Abgangsdatum ein halbes Jahr zurückliegt. Gezeigt werden neben Artikelnummer, -bezeichnung, Lagerort und Abgangsdatum die Bestandsmengen und -werte pro Artikel sowie die Gesamtsummen als letzte Zeile der Auswertung. Auf Anforderung können auch Zwischensummen pro Lagerort ausgedruckt werden.

Die Lagerhüterliste dient zum einen der Entscheidungsfindung für die Aufnahme oder Streichung eines Artikels bei der Aufstellung des verbindlichen Artikelkatalogs. Zum anderen sollte diese Liste in regelmäßigen Abständen kontrolliert, die sogenannten Ladenhüter aus dem Lagerprogramm herausgenommen und als durchlaufende Posten weitergeführt werden. Dies bedeutet nicht, daß diese Bedarfsgüter von den Verbrauchsstellen nicht mehr angefordert werden können. Der Bedarfsträger bezieht in diesem Fall die Ware gegen Empfangsbestätigung unmittelbar vom Lieferanten, mit dem der Einkauf eine entsprechende Vereinbarung getroffen hat. Die Abrechnung dieser durchlaufenden Posten erfolgt turnusgemäß. Gegebenenfalls können aufgrund dieser Liste bestimmte Artikel auch ganz aus dem Sortiment gestrichen werden. Dies bedarf dann allerdings der Zustimmung des zuständigen Kontrollgremiums.

Geht man davon aus, daß der Artikelbestand nach Bereinigung des Artikelkatalogs bereits auf ein optimales Maß begrenzt wurde, dürfte die Anforderung dieser Liste über das Verfahren MARK im Jahresrhythmus ausreichend sein.

Im Ergebnis führen die genannten Maßnahmen über die Verringerung des Lagerbestandes und die Übertragung der Kosten für die Lagerung (anteilige Raum- und Verwaltungskosten) und des Risikos (Wasserschaden, Feuer, Diebstahl) auf den Lieferanten zu einer Senkung der Kapitalbindungs- und Lagerhaltungskosten für das Krankenhaus.

Durchlaufende Artikel

Neben den lagerbezogenen Verbrauchsgütern zeigt das Verfahren MARK auch sogenannte durchlaufende Artikel. Dabei handelt es sich um nicht im Lager geführte Bestände, die für bestimmte Bedarfsstellen beschafft und an diese bei Eingang der Ware sofort bzw. direkt vom Lieferanten gegen Empfangsbestätigung ausgeliefert werden.

Die Bestände (Mengen und Werte) dieser Artikel werden nicht im Verfahren geführt. MARK sieht jedoch vor, daß der Verbrauch der durchlaufenden Artikel erfaßt und

als Teil des gesamten Materialverbrauchs ausgewiesen werden kann. Die Liste der durchlaufenden Artikel enthält Angaben über Artikelbezeichnung, Warengruppe, Bewegungsdatum, Kostenstelle und bewegte Mengen und Werte (Kosten für die Beschaffung).

Nach eingehender Analyse dieser über einen bestimmten Zeitraum (ein halbes Jahr) in monatlichen Abständen erstellten Auswertung sollte hieraus ebenfalls ein verbindlicher Anforderungskatalog für durchlaufende Artikel entwickelt werden, nach dem sich die Verbrauchsstellen bei der Aufgabe von Bestellungen richten können. Des weiteren kann die Liste der durchlaufenden Artikel anhand des Bewegungsdatums daraufhin untersucht werden, ob bestimmte durchlaufende Artikel häufig bestellt werden und welchen Wert sie ausmachen. Gegebenenfalls ist die Übernahme der betreffenden Verbrauchsmaterialien in den Lagerbestand und damit die Aufnahme in den regulären Artikelkatalog in Erwägung zu ziehen.

Durchlaufende Artikel stellen für das Krankenhaus ebenso wie die im Lager geführten Bestände in der Regel erhebliche Werte dar und sollten daher auch einer Überwachung unterliegen.

Kostenstellenliste

Die Kostenstellenliste belegt, in welchem Umfang (mengen- und wertmäßig) Materialien pro Kostenstelle, Warengruppe und Artikelnummer vom Lager abgegeben wurden. Der Direktverbrauch der Kostenstellen (durchlaufende Posten) wird unter Angabe der Artikelbezeichnung nachgewiesen, wobei die durchlaufenden Artikel grundsätzlich einzeln angedruckt werden. Eine Abgrenzung der Daten nach bestimmten Kriterien ist ebenfalls möglich. Die Kostenstellenliste kann für bestimmte Perioden und Zeitabschnitte (aufgelaufene Perioden), aber auch für ausgewählte Verbrauchsstellen, Warengruppen und Artikel mit Mengen und Werten des laufenden Jahres und des Vorjahres angefordert werden.

In erster Linie unterstützt diese Liste den Anwender bei der periodischen Überwachung der Verbräuche einzelner Kostenstellen. Sie ist aber auch hilfreich, wenn es darum geht, festzustellen, ob die Verbrauchsstellen bestimmte Artikel überhaupt erhalten haben und ob die Preise für die einzelnen Artikel korrekt sind.

Zur Reduzierung des Arbeitsaufwands der mit den Verbrauchskontrollen betrauten Personen (Apotheker, Controller) oder Sachbedarfskommissionen wird es zweckmäßig sein, nur bestimmte Kostenstellenverbräuche zu analysieren. Eine Auswahl, welche Verbrauchsstellen gesondert herausgegriffen werden, kann zum einen über Auswertungen aus dem Verfahren MARK und zum anderen aus dem Datenmaterial des Verfahrens Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern (KOLK) getroffen werden.

Werden für die im Verfahren MARK geführten Artikel unter Zuhilfenahme der Verbrauchs-Hitliste die Kennzeichen A, B oder C im Artikelstamm vergeben, ist es möglich, den Ausdruck der Kostenstellenliste durch

Durchschnittliche Krankenhauskosten je Berechnungstag nach Kostenarten 1980 – 1985

Kostenarten	1980	1981	1982	1983	1984	1985
	DM					
Ärztlicher Dienst	28,23	31,75	33,96	35,67	36,19	37,15
Arztkostenzuschlag	1,88	2,07	2,07	2,14	2,11	0,62
Pflegedienst	46,29	50,82	53,50	56,14	57,43	59,76
Medizinisch-technischer Dienst	14,71	16,70	17,88	18,66	19,16	19,35
Funktionsdienst	10,55	12,02	12,85	13,63	14,11	14,54
Klinisches Hauspersonal	7,78	8,32	8,07	8,19	7,69	7,46
Wirtschafts-, Versorgungs- und technischer Dienst	15,51	16,65	17,23	17,54	17,73	18,23
Instandhaltungs- und Instandsetzungsdienst	1,39	1,64	1,67	1,80	1,84	1,62
Verwaltungsdienst	8,12	8,93	9,47	9,78	9,89	10,08
Sonderdienste	1,61	1,77	1,84	1,92	1,96	2,05
Fort- und Weiterbildungsdienst	0,04	0,05	0,04	0,04	0,04	0,03
Personal der Ausbildungsstätten	0,82	0,92	1,04	1,21	1,28	1,34
Sonstiges Personal – Personalgruppe –	1,50	1,69	1,71	1,63	1,71	1,80
Sonstiges Personal – nicht aufteilbare Kosten –	1,08	1,36	0,99	1,02	0,78	0,98
Summe der Personalkosten ohne Instandhaltung	138,11	154,70	162,34	169,39	171,93	175,01
Lebensmittel	7,50	7,87	8,08	8,21	8,38	8,46
Medizinischer Bedarf	27,57	30,40	32,49	35,78	38,15	39,78
Wasser, Energie, Brennstoffe	7,11	8,33	9,23	9,13	9,44	9,95
Wirtschaftsbedarf	5,45	6,16	6,72	7,16	7,59	8,00
Verwaltungsbedarf	2,73	2,91	3,15	3,33	3,50	3,69
Kosten zentraler Verwaltungsdienste	1,26	1,53	1,38	1,60	1,66	1,54
Kosten im Zusammenhang mit zentralen Gemeinschaftsdiensten	0,54	0,63	0,70	0,71	0,83	0,78
Steuern, Abgaben, Versicherungen	1,35	1,53	1,80	1,99	2,09	2,16
Instandhaltung, Instandsetzung	3,88	4,43	4,95	5,26	5,92	6,07
Wirtschaftsgüter	2,21	2,46	2,54	2,72	2,98	3,16
Sachkosten der Fort- und Weiterbildung	0,10	0,10	0,11	0,11	0,13	0,11
Sachkosten der Ausbildungsstätten	0,37	0,40	0,37	0,37	0,41	0,48
Sonstiges	0,38	0,44	0,49	0,62	0,92	1,02
Summe Sachkosten ohne Instandhaltung	56,56	67,21	72,04	76,99	82,01	85,20
Pauschale für Instandhaltung und Instandsetzung	3,78	– 1)	– 1)	– 1)	– 1)	– 1)
Zinsen für Betriebskredite	0,64	0,99	1,00	0,67	0,60	0,57
Gesamtkosten	199,09	222,90	235,37	247,05	254,54	260,78
Kostenerstattungen	14,44	17,46	19,12	18,73	19,92	16,03
Pflegesatzrelevante Kosten	184,65	205,44	216,25	228,32	234,62	244,75

1) die Pauschale für Instandhaltung und Instandsetzung ist nach der 3. VO zur Änderung der Bundespflegesatzverordnung ab 1981 entfallen. Entsprechend erhöhen sich die Gesamtbeträge für Personal- und Sachkosten um die Beträge, die auf Instandhaltung und Instandsetzung entfallen.

Quelle: Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.), Daten des Gesundheitswesens – Ausgabe 1987, S. 261.

gezielten Zugriff auf die Kostenstellen zu konzentrieren, die sogenannte A-Güter verbrauchen. Auf Anforderung werden pro Kostenstelle ausschließlich diese Artikel dokumentiert.

Das Verfahren KOLK liefert in regelmäßigen Abständen Informationen darüber, von welchen Kostenstellen das für den medizinischen Sachbedarf vorgegebene Budget (Planwerte, unterteilt nach einzelnen Kostenarten) überzogen wurde. Voraussetzung ist allerdings, daß mit der in das Verfahren integrierten Plankostenrechnung gearbeitet wird. Lediglich für diese Verbrauchsstellen werden dann Kostenstellenlisten angefordert und einer eingehenden Analyse unterzogen.

Der Rationalisierungseffekt dieser Vorgehensweise liegt darin, daß das komplexe Datenvolumen vom Benutzer aufgrund der von ihm selbst vorgegebenen Spezifikationen auf ein Minimum reduziert werden kann. Das verdichtete und auf das Wesentliche beschränkte Datenmaterial vergrößert die Effizienz der Materialverbrauchskontrolle und führt letztlich zur Einsparung von Zeit und Geld.

In Verbindung mit der Kostenstellenliste eröffnet das Verfahren MARK ferner (neben der Bewertung des Verbrauchs mit dem Durchschnittspreis auf der Basis von Einstandspreisen) eine Bewertung auf der Basis von

Planpreisen. Sie bildet die Voraussetzung für eine Plankostenrechnung mit dem Verfahren KOLK. Und zwar werden die an die Verbrauchsstellen abgegebenen Mengen maschinell mit den vom Benutzer vorgegebenen Planpreisen (Erfassung im Artikelstamm) bewertet. Diese Planverbrauchswerte (verrechnete Kosten), die Istverbrauchswerte sowie die absoluten Planabweichungen, das heißt die Differenz aus Ist- und Planverbrauchswerten, werden in der Kostenstellenliste dokumentiert.

Parallel zu den in MARK für die Weitergabe an die Finanzbuchhaltung (FINK) erzeugten Buchungen über die tatsächlichen Kosten (Istkosten) von Materialabgängen können Buchungen über die verrechneten Kosten (Produkt aus abgegebenen Mengen und Planpreisen) für das Verfahren KOLK erzeugt werden.

In dieser Form ermöglicht die Kostenstellenliste dem Anwender nicht nur die Überwachung der kostenstellenbezogenen Anforderungen von medizinischem Sachbedarf, sondern auch die Kontrolle der Preisentwicklung der einzelnen Artikel und Warengruppen. Die Verknüpfung mit der Kosten- und Leistungsrechnung (KOLK) schafft zudem die Voraussetzung für eine effiziente Budgetkontrolle. Über die Plankostenrechnung im Verfahren KOLK können Budgetüberschreitungen erkannt und die Gründe für diese Entwicklung – in die-

sem Fall die Preisabweichungen – nachvollziehbar gemacht werden. Aus dem über die Kostenstellenliste zur Verfügung gestellten Datenmaterial lassen sich schließlich erforderliche Maßnahmen für eine Reduzierung der Kosten des medizinischen Sachbedarfs ableiten.

Verbrauchs-Hitliste

Die Verbrauchs-Hitliste zeigt den absoluten Verbrauch der einzelnen Artikel, der als Gesamtsumme wert- und mengenmäßig entweder für einen ausgewählten Zeitraum oder bezogen auf das laufende Verarbeitungsjahr ausgewiesen wird. Die sogenannten durchlaufenden Artikel werden in dieser Liste nicht dokumentiert und müssen deshalb gesondert überwacht werden.

Durch individuelle Vorgabe von Sortierfolgen und Auswahlkriterien erhält der Anwender die Hitliste beispielsweise sortiert nach Artikeln mit hoher Verderb-, Verlust- und Schwundrate. Sie läßt sich aber auch nach den verbrauchten Mengen oder Werten, aufsteigend oder absteigend sortiert, erstellen. Die Bildung von Zwischensummenzeilen ist auf Anforderung möglich.

Für eine rationelle Kostenkontrolle ist insbesondere die Verbrauchs-Hitliste mit absteigenden Wertangaben geeignet. Sie gibt dem Benutzer die Möglichkeit, aus seinem Materialbestand die Artikel herauszufinden und zu kennzeichnen (Vergabe des ABC-Kennzeichens im Artikelstamm erforderlich), die einen hohen Anteil am Gesamtverbrauch haben.

Eine anteilmäßig geringe Menge an Gütern stellt häufig einen vergleichsweise hohen Anteil am Wert des Gesamtbedarfs dar. Diese im Verhältnis ihres Anteils am Gesamtwert aller Güter hochwertigen Artikel, sogenannte A-Güter, haben dann natürlich für die Bedarfsermittlung eine größere Bedeutung als die geringerwertigen Artikel (B- und C-Güter).

Die Hitliste kann für unterschiedliche Artikelgruppen (Apothekenbedarf, sonstiger medizinischer Sachbedarf) erstellt werden. Anhand dieser Auswertungen sind speziell die kapitalintensiven A-Güter einer besonderen Behandlung, etwa in folgender Weise, zu unterziehen:

- Markt-, Preis- und Kostenstrukturanalysen,
- Wahl zuverlässiger und leistungsfähiger Lieferanten,
- sorgfältige Festlegung der Bestell- und Mahnbestände,
- häufige, kleinere Abrufmengen,
- beschleunigter Rechnungsdurchlauf wegen Skontoausnutzung,
- präzise Bestandsführung und -überwachung (häufige Inventuren),
- intensive Verbrauchskontrollen.

Für die C-Güter kann dagegen folgende vereinfachte Behandlung gelten:

- telefonische Aufgabe von Bestellungen,
- weniger häufig, aber größere Mengen bestellen,

- Vereinbarung von Monats- oder Sammelrechnungen mit den Lieferanten,
- pauschale Buchung der Zu- und Abgänge von Materialien,
- großzügige Festlegung von Sicherheitsbeständen.

Die B-Güter nehmen eine Mittelstellung hinsichtlich ihrer Behandlung in der Materialwirtschaft ein. Eine vereinfachte Behandlung, wie sie bei den C-Gütern zweckmäßig ist, sollte nicht vorgenommen werden. Andererseits ist den Erfordernissen, die bei den A-Gütern genannt werden, nicht in vollem Umfang zu entsprechen.

Die Verbrauchs-Hitliste ist hilfreich bei der Unterscheidung zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem. Sie lenkt die Aufmerksamkeit und Aktivitäten schwerpunktmäßig auf besonders kapitalintensive Artikel, deren überhöhte Lagerbestände abzubauen sind und bei denen die Entstehung von Überbeständen zukünftig zu verhindern ist.

Die hier angeführten Auswertungsbeispiele stellen lediglich einen kleinen Ausschnitt aus dem gesamten Informationsangebot des Verfahrens MARK dar. Sie machen deutlich, daß gezielte Kostenreduzierungen beim medizinischen Sachbedarf aufgrund der Menge der im Krankenhaus zu verwaltenden Verbrauchsmaterialien, ihrer Sortimentstiefe und -breite sowie ihrer Umschlaghäufigkeit auf Dauer nur dann erzielt werden können, wenn ein System zur Verfügung steht, das eine permanente und effiziente Wirtschaftlichkeitsüberwachung und Kostentransparenz im Materialwirtschaftsbereich garantiert.

Das Verfahren MARK erfüllt bei konsequenter Nutzung die hohen Anforderungen, die hinsichtlich Auskunftsbereitschaft und Auswertungsmöglichkeiten für Optimierungszwecke oder dispositive Entscheidungen an ein automatisiertes Materialwirtschaftssystem gestellt werden. Darüber hinaus unterstützt es das Krankenhausmanagement bei der Bewältigung des permanenten Konflikts zwischen den sich widersprechenden Zielen hohe Lieferbereitschaft des Lagers und dadurch Sicherstellung der Versorgung einerseits und möglichst geringe Kapitalbindung sowie Minimierung der Materialbewirtschaftungskosten (Bestell- und Bereitstellungskosten) und damit Erhöhung der Liquidität andererseits.

Die Leistungsfähigkeit der Materialwirtschaft hängt nicht zuletzt von der strukturellen Organisation dieses Aufgabengebiets ab. Erfahrungen aus der Praxis lassen erkennen, daß die Einführung eines Informationssystems gerade im Materialwirtschaftsbereich eine Anpassung des Organisationsstandes vor EDV-Einsatz an die Anforderungen der computerunterstützten Systeme erforderlich macht. Hierzu gehört auch die Lösung des Problems einer korrekten, vollständigen und insbesondere zeitnahen Datenerfassung.

Diplom-Ökonom Peter Lübbers

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986			1987				1988
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 619	3 612	3 612	3 611	3 610
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 914	1 901	1 177	1 848	769 ^p	1 988 ^p	1 267 ^p	1 862 ^p	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,3	4,0	6,0	2,5 ^p	6,5 ^p	4,3 ^p	6,1 ^p	...
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 908	3 098	2 859	3 165	2 778 ^p	3 109 ^p	2 898 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,3	9,6	10,3	9,1 ^p	10,2 ^p	9,8 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 549	3 601	3 502	3 581	3 491 ^p	3 297 ^p	3 538 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	12,0	11,8	11,7	11,4 ^p	10,8 ^p	11,9 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	27	30	21	34 ^p	30 ^p	31 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	9,9	8,8	10,1	6,6	11,2 ^p	9,2 ^p	10,3 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 641	- 503	- 643	- 416	- 713 ^p	- 188 ^p	- 640 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 1,7	- 2,2	- 1,4	- 2,3 ^p	- 0,6 ^p	- 2,2 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 317	6 416	5 429	5 582	5 765
* Fortgezogene	Anzahl	6 421	6 215	6 157	5 751	6 130
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 104	202	- 728	- 169	- 365
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 457	10 379	10 187	10 896	10 241
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	124 496	119 432	108 980	121 639	141 812	103 825	107 306	120 631	132 453
* Männer	Anzahl	69 679	63 608	55 230	65 784	83 841	50 342	53 232	64 473	73 955
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 771	9 332	.	9 458	.	.	.	8 824	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	42 937	40 978	.	42 503	.	.	.	42 950	.
Arbeitslosenquote	%	8,6	8,3	7,6	8,5	9,9	7,2	7,5	8,4	9,2
Offene Stellen	Anzahl	4 919	7 144	6 479	6 163	6 585	8 488	7 589	6 879	7 541
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	289	.	.	.	335	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	.	1 919	.	.	.	2 094	.
Kurzarbeiter	Anzahl	13 751	11 261	8 730	9 934	16 691	9 369	8 045	8 661	17 099
Männer	Anzahl	11 179	8 689	6 201	8 358	14 948	6 336	5 671	7 165	14 497
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	14 279	14 792	15 289	16 277	15 779	15 539	15 798	14 861	14 085
* Rinder	t	4 753	4 937	5 291	5 475	5 278	5 378	5 032	4 714	4 195
* Kälber	t	31	30	32	40	32	28	25	47	22
* Schweine	t	9 384	9 712	9 845	10 617	10 384	9 987	10 576	9 942	9 765
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	72	74	74	68	61	63	66
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,6	93,7	93,3	93,9	93,2	92,7	92,5	93,4
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 655	2 614	2 615	2 615	2 604	2 574	2 583	2 583	2 580
* Beschäftigte	1000	364	367	369	366	364	367	367	366	363
* Arbeiter ⁸⁾	1000	252	253	254	251	250	251	251	249	248
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	35 338	35 393	36 124	32 896	34 625	37 123	36 260	32 486	34 109
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 243	1 307	1 554	1 745	1 251	1 329	1 621	1 823	1 265
* Löhne	Mill. DM	727	760	886	955	731	799	926	990	723
* Gehälter	Mill. DM	516	547	668	790	520	530	695	883	542
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 018	1 028	1 042	994	1 047	1 049	1 017	1 003	1 034
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 876	6 782	6 759	6 793	6 077	7 376	7 290	7 262	6 475
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 519	2 408	2 314	2 417	2 051	2 667	2 632	2 688	2 389

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986		1987				1988	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	101	115	100	90	108	112	101	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	101	103	114	103	97	109	115	105	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	100	102	113	101	93	108	113	103	97 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	103	107	114	95	99	111	118	102	104 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	82	85	98	72	42	91	90	60	59 ^P
Chemische Industrie	1980 = 100	112	117	124	105	113	121	129	119	117 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	98	109	114	79	100	104	109	84 ^P
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	97	100	111	144	66	108	113	140	68 ^P
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	99	94	100	84	89	85	86	79	86 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93	97	108	89	95	103	106	88	93 ^P
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	90	82	82	64	87	78	72	56	74 ^P
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1980 = 100	103	106	128	111	101	129	134	128	114 ^P
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	82	87	119	78	42	98	98	70	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	229	410	376	367	433	1 077	1 228	1 134	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 366	2 294	2 482	2 520	2 652	1 727	1 548	1 663	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	776	865	933	887	874	953	885	906	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 819	1 839	1 924	2 000	2 211	1 851	1 891	1 891	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	358	338	431	426	562	385	457	500	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	97	96	.	94	.	.	.	93	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	138	146	.	173	.	.	.	175	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	63 358	61 864	62 771	62 013	58 317	60 813	60 165	59 216	56 209
Facharbeiter	Anzahl	32 545	31 338	30 517	30 680	29 442	29 770	29 790	29 927	28 509
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 627	15 347	17 150	16 225	13 916	17 148	16 541	15 448	13 937
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 897	7 109	8 768	6 114	3 398	8 359	7 559	5 638	4 914
Privater Bau	1000	4 252	4 371	5 359	3 791	2 473	5 109	4 618	3 507	3 338
* Wohnungsbau	1000	2 613	2 651	3 359	2 229	1 394	3 033	2 712	2 052	1 994
Landwirtschaftlicher Bau	1000	47	34	28	16	12	43	29	33	73
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 593	1 686	1 972	1 546	1 064	2 033	1 877	1 422	1 271
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	1 182	2 738	3 427	2 323	925	3 250	2 941	2 131	1 576
Hochbau	1000	410	670	944	530	297	658	571	495	439
Tiefbau	1000	2 645	2 068	2 483	1 793	628	2 592	2 370	1 636	1 137
Straßenbau	1000	645	1 134	1 377	965	347	1 497	1 338	928	598
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	176	230	195	116	194	231	185	142
* Löhne	Mill. DM	137	146	191	159	88	164	191	152	113
* Gehälter	Mill. DM	29	30	39	36	28	30	40	33	29
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	500	511	617	740	299	656	691	843	367

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986			1987				1988
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	710	742	569	444	461	645	616	411	631
* mit 1 Wohnung	Anzahl	483	536	457	308	363	533	489	321	537
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	171	161	85	81	71	90	87	55	64
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	45	27	55	27	22	40	35	30
* Umbauter Raum	1 000 m ³	751	720	523	513	437	570	603	435	573
* Wohnfläche	1 000 m ²	124	119	88	86	70	92	100	72	93
Wohnräume	Anzahl	5 878	5 567	4 222	4 010	3 323	4 290	4 603	3 319	4 249
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	239	232	170	164	142	185	193	144	187
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	2	–	3	1	1	3	2	2
Unternehmen	Anzahl	107	120	149	120	86	130	109	54	160
Private Haushalte	Anzahl	601	621	420	321	374	514	504	355	469
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	152	165	162	148	130	167	199	143	134
* Umbauter Raum	1 000 m ³	662	638	706	408	470	915	778	451	323
* Nutzfläche	1 000 m ²	102	109	106	74	86	148	135	80	58
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	112	147	101	93	99	128	145	112	56
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	32	26	26	20	19	47	30	19
Unternehmen	Anzahl	123	127	125	118	109	146	149	112	114
Private Haushalte	Anzahl	3	5	11	4	1	2	3	1	1
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 419	1 308	999	1 033	816	950	1 001	775	963
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 558	2 443	2 260	2 412	2 066	2 733	2 624	2 579	...
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 269	1 300	1 232	1 194	1 148	1 541	1 455	1 297	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	200	196	176	175	180	237	218	175	...
Dänemark	Mill. DM	48	52	46	43	39	57	48	49	...
Frankreich	Mill. DM	314	326	316	301	300	378	320	337	...
Griechenland	Mill. DM	21	21	18	20	21	24	23	25	...
Großbritannien	Mill. DM	226	224	213	203	171	274	277	245	...
Irland	Mill. DM	9	9	7	8	6	8	9	7	...
Italien	Mill. DM	215	221	229	196	204	258	280	202	...
Niederlande	Mill. DM	178	175	145	165	157	200	167	164	...
Spanien	Mill. DM	47	63	68	67	55	90	97	74	...
Portugal	Mill. DM	12	13	14	15	14	15	16	19	...
USA und Kanada	Mill. DM	193	180	152	158	134	173	173	174	...
Japan	Mill. DM	53	51	44	54	41	51	50	49	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	417	310	250	329	238	311	313	353	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	134	120	107	175	96	118	117	162	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 673	1 441	1 351	1 313	1 293	1 687	1 431	1 508	...
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	900	857	790	787	818	1 004	844	883	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	174	174	152	155	143	188	140	169	...
Dänemark	Mill. DM	19	22	20	33	22	20	26	23	...
Frankreich	Mill. DM	198	204	191	209	210	216	188	210	...
Griechenland	Mill. DM	8	7	6	9	5	12	7	9	...
Großbritannien	Mill. DM	66	75	90	71	98	111	78	72	...
Irland	Mill. DM	6	5	5	4	5	4	3	3	...
Italien	Mill. DM	150	140	141	133	102	175	155	138	...
Niederlande	Mill. DM	239	182	135	131	192	215	195	195	...
Spanien	Mill. DM	34	39	43	34	31	50	46	54	...
Portugal	Mill. DM	6	8	7	7	9	12	7	8	...
USA und Kanada	Mill. DM	106	87	104	92	76	106	81	100	...
Japan	Mill. DM	59	69	82	64	63	94	79	84	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	184	143	141	141	188	172	187	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	56	46	39	45	34	50	42	60	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986		1987					1988
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	95	95	95	103	101	101	102
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	109	112	116	130	91	110	110
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	97	95	96	95
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	121	117	113	117
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	101	105	103	97	95	103	99
Teilbeschäftigte	1986 = 100	109	115	112	90	94	105	102
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	109	112	107	92	76	118	94
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	125	130	125	84	71	133	93
Gaststättengewerbe	1986 = 100	98	101	94	97	79	108	96
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	441	437	322	230	194	744	347	236	...
* Ausländer	1 000	113	105	52	41	35	134	60	41	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 558	1 565	989	896	722	2 357	1 056	895	...
* Ausländer	1 000	349	342	143	144	108	403	169	145	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 429	1 533	1 463	1 378	1 268	1 565	1 505	1 427	...
* Güterversand	1 000 t	955	944	1 056	2 197	561	1 109	1 106	906	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 015	15 402	12 778	15 177	9 877	15 899	13 579	14 735	10 388
Kraftfahrzeuge	Anzahl	685	518	83	75	68	113	68	65	111
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 526	14 067	12 026	14 374	9 162	14 858	12 776	13 882	9 563
* Lastkraftwagen	Anzahl	477	512	461	487	459	629	524	476	518
Zugmaschinen	Anzahl	237	209	153	162	130	228	126	223	137
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 048	10 354	11 053	11 534	9 890	12 010	11 226	10 806	9 868 ^P
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 630	1 657	1 580	1 509	1 102	1 899	1 582	1 395	1 378 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 418	8 697	9 473	10 025	8 788	10 111	9 644	9 411	8 490 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 193	2 230	2 118	2 006	1 469	2 544	2 090	1 929	1 867 ^P
* Getötete	Anzahl	44	48	52	42	37	44	32	45	40
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	30	26	25	21	15	26	26
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	8	8	3	1	-	7	1	1	-
Radfahrer	Anzahl	2	3	2	1	-	4	3	2	1
Fußgänger	Anzahl	8	8	15	14	11	8	12	15	13
Schwerverletzte	Anzahl	659	658	619	546	427	651	610	594	514 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	324	340	355	336	275	354	368	400	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	173	149	88	52	28	120	81	48	...
Radfahrer	Anzahl	57	62	54	44	13	62	34	22	...
Fußgänger	Anzahl	85	86	108	100	91	91	107	100	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	76	82	109	76	90	75	79	84	70
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	47 284	51 034	64 543	34 596	35 005	30 005	67 904	58 077	28 698
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	-	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	929	699	539	653	469	699	567	542	474
* Wechselsumme	1 000 DM	8 009	5 812	4 420	5 717	3 420	4 409	4 240	4 033	4 161

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986			1987				1988
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	81 737	82 106	81 722	82 106	81 735	83 860	84 234	84 531	84 555
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	79 858	80 239	79 846	80 239	79 879	81 906	82 232	82 443	82 498
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 996	14 794	14 609	14 794	14 456	14 300	14 225	14 189	14 177
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 448	14 343	14 309	14 343	14 110	13 999	13 747	13 909	13 858
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	548	451	308	451	346	302	478	280	319
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 174	7 811	7 928	7 811	7 646	7 102	7 086	7 135	6 965
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 666	6 624	6 690	6 624	6 542	6 235	6 196	6 235	6 053
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 508	1 187	1 238	1 187	1 104	866	889	900	912
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	54 688	57 634	57 309	57 634	57 777	60 504	60 921	61 119	61 355
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	44 088	47 201	46 856	57 201	47 333	49 774	49 994	50 266	50 400
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 599	10 434	10 453	10 434	10 444	10 729	10 930	10 853	10 956
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	70 018	74 877	73 632	74 877	75 052	76 940	78 897	79 944	79 565
* Sichteinlagen	Mill. DM	9 611	10 448	11 097	10 448	9 774	10 620	12 168	11 013	10 560
* Termingelder	Mill. DM	24 610	26 136	25 886	26 136	26 791	27 345	27 614	28 315	28 244
* Spareinlagen	Mill. DM	35 796	38 293	36 650	38 293	38 486	38 975	39 115	40 617	40 761
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 678	1 846	1 474	3 308	2 455	1 723	1 637	3 310	2 553
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 519	1 635	1 244	1 664	2 307	1 660	1 498	1 808	2 432
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 332 451	1 350 174	1 437 014	1 895 580	1 160 968	942 383	1 562 773	2 422 154	1 456 576
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	938 494	975 488	954 977	2 075 664	643 623	524 194	1 049 838	1 943 623	947 692
* Lohnsteuer	1 000 DM	660 620	676 863	894 579	991 483	637 416	576 878	969 476	908 741	852 537
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	122 623	123 189	377 931	—	—	—	402 283	—	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	105 020	123 887	— 22 855	699 569	— 30 243	— 35 936	— 32 420	606 409	59 987
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	20 547	27 068	9 101	22 586	33 474	9 941	10 299	12 676	36 052
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	152 307	147 670	74 152	362 026	2 976	— 26 689	102 483	415 797	— 884
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	24 652	42 721	99 198	5 104	—	—	101 560	—	—
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	393 958	374 686	482 037	— 180 084	517 345	418 189	512 935	478 531	508 884
* Umsatzsteuer	1 000 DM	226 154	226 169	319 230	— 309 400	378 958	278 035	351 611	328 332	366 252
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	167 804	148 517	162 807	129 316	138 387	140 154	161 324	150 199	142 632
* Bundessteuern	1 000 DM	128 294	128 372	109 539	252 975	44 811	125 239	123 188	257 703	53 124
* Zölle	1 000 DM	11 328	10 164	13 565	9 776	9 253	12 558	12 404	11 580	10 968
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	113 075	114 805	92 840	240 049	32 901	108 841	106 850	242 406	39 647
* Landessteuern	1 000 DM	75 092	87 446	103 090	67 150	66 819	76 366	107 708	66 629	78 519
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 378	14 509	42 807	4 553	3 065	7 909	47 211	5 891	4 622
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	38 639	48 972	37 704	37 237	38 995	41 791	34 957	30 627	40 891
* Biersteuer	1 000 DM	6 037	6 142	6 401	5 599	6 854	6 801	6 045	5 853	6 969

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986			1987				1988
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	549 219	507 992	-	509 101	-	-	-	489 182	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 133	7 970	-	7 101	-	-	-	6 856	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	88 740	92 789	-	85 007	-	-	-	81 597	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	403 353	357 652	-	367 590	-	-	-	353 084	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	36 382	36 489	-	38 785	-	-	-	35 839	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	807 774	809 251	835 395	1 073 755	657 031	645 802	911 706	1 454 109	787 874
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	411 824	427 688	412 109	911 003	276 274	221 525	454 639	858 176	405 407
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 048	243 552	313 330	- 117 046	336 279	271 828	333 414	311 052	330 781
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	681 810	698 834	750 112	937 361	574 607	494 818	800 774	1 165 183	750 218
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	408 979	425 346	408 974	910 460	275 535	219 213	453 593	857 166	404 529
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	188 132	176 403	237 631	- 67 072	232 587	172 029	239 008	214 210	268 608
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	832 834	814 965	-	912 271	-	-	-	885 609	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1 000 DM	342 503	304 361	-	312 626	-	-	-	300 570	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	344 465	360 265	-	458 134	-	-	-	448 940	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	121,0	120,7	119,9	120,1	120,6	121,1	121,1	121,3	121,5
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	116,5	116,8	117,0	115,8	115,8	116,2	116,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,5	116,2	116,9	-	-	-	119,2	-	-
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	16,07	16,72	-	-	17,08	17,68	-	-	...
* Männliche Arbeiter	DM	16,95	17,57	-	-	17,95	18,55	-	-	...
* Facharbeiter	DM	17,80	18,46	-	-	18,86	19,50	-	-	...
Angelernte Arbeiter	DM	16,21	16,87	-	-	17,22	17,78	-	-	...
Hilfsarbeiter	DM	14,35	14,93	-	-	15,20	15,72	-	-	...
* Weibliche Arbeiter	DM	11,99	12,48	-	-	12,77	13,02	-	-	...
* Hilfsarbeiter	DM	11,72	12,21	-	-	12,49	12,81	-	-	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,7	-	-	40,2	40,8	-	-	...
Männliche Arbeiter	Std.	41,1	41,0	-	-	40,4	41,2	-	-	...
Weibliche Arbeiter	Std.	39,3	39,2	-	-	39,0	39,0	-	-	...
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 040	4 219	-	-	4 292	4 409	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	3 620	3 776	-	-	3 858	3 937	-	-	...
* männlich	DM	4 309	4 495	-	-	4 611	4 687	-	-	...
* weiblich	DM	2 822	2 946	-	-	2 996	3 081	-	-	...
Technische Angestellte	DM	4 419	4 609	-	-	4 671	4 820	-	-	...
* männlich	DM	4 516	4 714	-	-	4 776	4 934	-	-	...
* weiblich	DM	3 127	3 277	-	-	3 339	3 440	-	-	...
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 739	2 868	-	-	2 950	3 025	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	2 727	2 858	-	-	2 939	3 013	-	-	...
* männlich	DM	3 301	3 452	-	-	3 516	3 609	-	-	...
* weiblich	DM	2 270	2 373	-	-	2 445	2 506	-	-	...

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 024	61 066	61 139	61 140	61 140
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 388	31 001 ^P	32 840	21 138	31 567	38 547 ^P	34 462 ^P	22 422 ^P	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	48 846	52 164 ^P	53 654	48 758	52 697	57 616 ^P	52 988 ^P	49 448 ^P	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 691	58 491 ^P	56 283	55 702	60 468	53 116 ^P	56 846 ^P	57 353 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 9 845	- 6 327 ^P	- 2 629	- 6 944	- 7 771	4 500 ^P	- 3 858 ^P	- 7 905 ^P	...
Arbeitslose	1 000	2 304	2 228	2 026	2 068	2 218	2 107	2 093	2 133	2 308
Männer	1 000	1 289	1 200	1 033	1 073	1 206	1 082	1 072	1 107	1 256
Arbeitslosenquote	%	9,3	9,0	8,1	8,3	8,9	8,4	8,3	8,5	9,2
Offene Stellen	1 000	110	154	155	145	141	180	171	157	148
Kurzarbeiter	1 000	235	197	235	205	247	253	289	205	218
Männer	1 000	197	164	196	160	203	212	235	152	174
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	103	105	115	114	104	111	114	117	105
ohne Baugewerbe	1980 = 100	105	107	115	115	107	112	115	119	108
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	105	107	116	115	105	113	115	118	107
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	99	99	102	101	88	102	104	104	90
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	113	118	127	128	123	126	128	132	126
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	95	97	108	104	94	107	106	106	90
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	104	105	122	120	102	108	108	122	101
Baugewerbe	1980 = 100	84	87	111	101	75	106	105	98	70
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 943	7 063	7 130	7 114	7 066	7 110	7 078	7 066	7 023
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	659	663	739	667	608	682	701	670	608
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	124 713	122 358	132 689	123 913	125 584	134 082	133 418	130 814	130 923
Auslandsumsatz	Mill. DM	37 032	36 359	38 333	37 044	37 963	39 426	39 509	39 202	40 151
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 873	28 814	29 637	30 671	32 425	27 000
Gaserzeugung	Mill. m³	2 917	2 676	2 833	2 595	2 465	2 454	2 650	2 395	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 026	1 003	1 039	1 026	1 003	1 006 ^P	1 013	1 004	985
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	106	107	140	118	90	127 ^P	132	118	86
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 331	8 711	11 392	10 882	12 507	10 587 ^P	11 488	11 394	12 790
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 652	9 668	9 344	7 619	5 485	9 832	9 495	8 228	6 506
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	8 765	9 022	8 691	7 050	4 982	9 259	8 873	7 645	5 937
Wohnfläche	1 000 m²	1 719	1 583	1 534	1 273	953	1 568	1 529	1 310	1 107
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 501	2 517	2 848	2 375	1 800	2 915	2 900	2 673	2 092
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	21 021	18 264	17 835	15 095	11 569	17 015	16 877	14 542	12 832
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113,8	117,2	124,3	122,8	151,6	113,4 ^P	129,3 ^P	130,2 ^P	156,1 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	111,1	113,3	124,6	106,7	105,4

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	44 758	43 864	48 226	42 235	44 664	45 792	48 780	45 702	...
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	22 272	22 286	25 129	21 819	21 669	24 671	26 210	24 087	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 081	3 098	3 582	2 993	2 929	3 499	3 649	3 231	...
Frankreich	Mill. DM	5 333	5 194	5 728	4 960	4 983	5 707	5 881	5 321	...
Großbritannien	Mill. DM	3 831	3 716	3 854	3 663	3 502	3 928	4 385	4 154	...
Italien	Mill. DM	3 481	3 573	4 205	3 637	3 568	4 264	4 535	4 129	...
Niederlande	Mill. DM	3 855	3 788	4 266	3 677	3 624	4 043	4 223	4 023	...
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	38 651	34 517	37 540	32 000	33 090	34 287	38 674	34 710	...
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	19 637	18 023	19 525	16 457	17 477	17 752	20 400	18 421	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 424	2 455	2 840	2 348	2 279	2 532	2 884	2 382	...
Frankreich	Mill. DM	4 107	3 924	4 296	3 351	4 109	3 678	4 549	4 038	...
Großbritannien	Mill. DM	3 097	2 481	2 607	2 214	2 309	2 686	2 663	2 438	...
Italien	Mill. DM	3 096	3 175	3 709	3 052	3 025	3 086	3 788	3 469	...
Niederlande	Mill. DM	4 858	3 984	3 766	3 383	3 556	3 747	4 130	3 817	...
Geld und Kredit ²⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 992	1 992	2 043	2 054	2 069	2 105	2 122	2 130	2 145
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 522	1 522	1 570	1 577	1 592	1 621	1 628	1 629	1 643
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	471	471	474	477	478	483	494	501	502
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 375	1 375	1 416	1 446	1 481	1 511	1 519	1 548	1 583
Spareinlagen	Mrd. DM	624	624	641	645	670	681	682	684	707
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	27 380	28 196	21 869	22 494	50 774	38 269	23 782	23 814	53 596
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	17 853	18 545	11 747	11 691	40 020	29 168	13 038	12 795	41 493
Lohnsteuer	Mill. DM	12 303	12 686	12 051	11 831	21 391	12 973	13 089	13 089	23 062
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 381	2 490	- 379	- 402	9 720	8 844	- 313	- 436	10 391
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 152	9 262	9 235	10 507	9 591	9 099	9 894	10 741	10 985
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 286	4 882	4 834	6 083	5 169	5 306	5 391	6 126	6 195
Bundessteuern	Mill. DM	4 586	4 696	4 669	4 720	8 751	4 919	4 755	4 939	8 941
Zölle	Mill. DM	451	437	491	450	462	474	504	490	525
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 813	3 910	3 935	3 992	8 025	4 157	4 003	4 127	8 175
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980 = 100	115,2	108,4	105,1	104,6	104,2	103,0	102,9	103,0	103,4
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980 = 100	103,1	97,2	96,1	95,7	94,6	93,7	94,2	95,2	96,5 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1980 = 100	121,8	118,2	116,2	115,9	115,7	115,6	116,0	116,0	116,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	115,1	116,8	.	117,5	.	.	.	119,8	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	114,5	116,2	.	116,9	.	.	.	119,2	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	102,6	104,8	.	105,0	.	.	.	106,2	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	121,0	120,7	120,0	119,9	120,1	120,9	121,1	121,1	121,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	116,7	116,5	116,8	116,1	115,8	115,8	116,2
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	118,4	120,6	121,2	121,3	121,3	122,6	122,8	122,8	122,9
Wohnungsmieten	1980 = 100	123,9	126,4	127,0	127,2	127,3	129,2	129,3	129,4	129,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	133,4	116,4	108,4	107,8	107,0	105,6	106,1	105,2	105,0
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	117,7	119,1	119,4	119,6	119,6	120,8	120,9	120,9	121,0
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	119,7	121,5	121,9	122,0	122,1	123,1	123,2	123,3	123,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	123,2	118,3	117,3	117,0	117,3	119,4	119,9	119,9	120,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	116,2	117,8	117,9	117,9	118,4	118,3	118,7	119,3	119,8
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	125,7	130,1	130,4	130,4	130,6	133,6	134,1	134,1	134,3

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Mehr als 1 900 neue Nichtwohngebäude

Im Jahre 1987 erteilten die unteren Bauaufsichtsbehörden des Landes Baugenehmigungen für 1 919 neue Nichtwohngebäude. Insgesamt wurden 1,3 Mill. m² Nutzfläche und 7,9 Mill. m³ Rauminhalt eingeplant. Während die Zahl der Gebäude um 2,8 % hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb, hat sich die Nutzfläche nur geringfügig verändert. An Rauminhalt waren 3,3 % mehr vorgesehen. Die kalkulierten Baukosten beliefen sich auf 1,6 Mrd. DM, das sind 9,3 % weniger als 1986.

Zusätzlich zu dem Neubauvolumen waren in 1 186 Fällen (+ 11,3 %) Baumaßnahmen am vorhandenen Gebäudebestand vorgesehen. Neben der Bestandspflege wird die verfügbare Nutzfläche um 239 000 m² (+13 %) ausgeweitet. Für die Durchführung dieser Vorhaben sind von den Bauherren 474 Mill. DM (+ 21 %) zu finanzieren. ju

Im Jahre 1987 waren Einfamilienhäuser besonders gefragt

Im Jahre 1987 wurden in Rheinland-Pfalz Freigaben für insgesamt 15 054 (Vorjahr 15 050) genehmigungspflichtige Baumaßnahmen erteilt, und zwar für 8 558 (8 907) Wohnneubauten, 1 919 (1 974) neue Nichtwohngebäude und 4 577 (4 169) Um-, Aus- oder Erweiterungsbaumaßnahmen. Der Anteil der Baumaßnahmen am vorhandenen Gebäudebestand an allen Baugenehmigungen erhöhte sich damit auf 30 %.

Im einzelnen wurden im Wohnbau 7 013 (6 435) Einfamilienhäuser, 1 174 (1 934) Zweifamilienhäuser und 371 (538) Mehrfamilienhäuser genehmigt. Umbauten sind an 3 391 (3 103) Wohngebäuden vorgesehen.

Insgesamt sollen 13 301 (15 694) Wohnungen entstehen, darunter 1 180 (1 358) Eigentumswohnungen. Der Anteil der genehmigten Fertigteilbauten erreicht bei den Eigenheimen 13 (16) %. Für Nichtwohngebäude ergibt sich eine Quote von 33 (29) %.

Im Regierungsbezirk Koblenz wurden insgesamt 4 506 (5 156) Wohnungen, in den Bezirken Trier und Rheinhessen-Pfalz 1 542 (1 781) bzw. 7 253 (8 757) zum Bau freigegeben.

Die veranschlagten reinen Baukosten beliefen sich im Wohnbau auf 3 (3,2) Mrd. DM. Für Nichtwohngebäude wurden 2,1 (2,2) Mrd. DM kalkuliert. ju

Im Ausbaugewerbe über dem Bundesdurchschnitt

Die 8 700 Beschäftigten des rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbes (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) erreichten 1987 einen Umsatz von 113 000 DM je Mitarbeiter. Unter den Bundesländern liegen die Rheinland-Pfälzer damit auf Rang drei nach Baden-Württemberg und Hessen vor Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Der Bundesdurchschnitt von 110 700 DM konnte überboten werden. Bei einem Gesamtumsatz von nahezu 983 Mill. DM entfielen 299 Mill. DM auf Löhne und Gehälter. hw

Zweistellige Zuwachsraten im Fremdenverkehr in den Städten Koblenz und Trier sowie in der Pfalz

Im Oktober 1987 übernachteten in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben 744 000 Gäste. Das sind 6,5 % mehr als im Oktober 1986. Die Gäste blieben durchschnittlich drei Tage. Die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 5,4 % auf 2 357 000.

In der Pfalz (+ 12 %) und im Rheintal (+ 7 %) stieg die Zahl der Besucher stärker an als in den anderen Fremdenverkehrsgebieten. Die meisten Gäste übernachteten in Hotels (354 000, + 5,8 %), 134 000 kamen aus dem Ausland (+ 7,6 %).

Für Koblenz (+ 24 %) und Trier (+ 11 %) wurden zweistellige Zuwachsraten errechnet. In Mainz hielt sich die Zahl der Besucher auf dem hohen Stand von Oktober 1986.

Von Januar bis Oktober 1987 wurden in den rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben 4,85 Mill. Gäste und 17,3 Mill. Übernachtungen registriert. Das sind 3,5 % bzw. 2,7 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. sr

September ist der Lieblingsmonat für einen Urlaub in Rheinland-Pfalz

Das vielfältige touristische Angebot und die besonderen Vorzüge, welche Rheinland-Pfalz für Erholungssuchende attraktiv machen, veranlassen Gäste in zunehmenden Maße, hier auch außerhalb der Hauptreisemonate Juli und August zu urlauben. So wurden im September 1987 in den Fremdenverkehrsbetrieben die hohen Übernachtungszahlen der beiden Vormonate von annähernd je 2,4 Mill. noch um weitere 75 000 bzw. 50 000 übertroffen. Die Übernachtungszahlen des Septembers entsprechen damit etwa denen des gesamten ersten Vierteljahres.

Die meisten Gäste reisten 1987 im Oktober an (744 300). Die Verweildauer der Besucher war in diesem Herbstmonat etwas kürzer als im Sommer, die Zahl ihrer Übernachtungen mit 2 357 000 jedoch so hoch wie im Juli.

Ausländer bevorzugten für ihren Besuch in Rheinland-Pfalz wie bisher die Monate Juli, August, September und Juni. Die wenigsten kamen im Januar, Februar und Dezember, was auch für deutsche Gäste gilt.

Von den 19 275 000 Fremdenübernachtungen im Jahre 1987 (+ 2,7 %) entfielen drei Fünftel auf die zweite Jahreshälfte. sr

Starke Zunahme ausländischer Gäste

In die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe kamen im November des vergangenen Jahres 347 000 Gäste. Das sind 7,5 % mehr als im November 1986. Die Gäste hielten sich durchschnittlich drei Tage auf. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 6,6 % auf 1 056 000.

Bei dieser Entwicklung wirkte sich aus, daß wieder erheblich mehr Ausländer Rheinland-Pfalz als Reiseziel wählten. Die Zahl dieser Besucher lag mit 60 430 um 16 % höher als im November 1986. Die ausländischen Gäste kamen vor allem aus den Niederlanden und aus den USA. Die 15 600 Niederländer bevorzugten Feriendörfer der Gebiete Eifel/Ahr und Mosel/Saar. Die 12 900 Amerikaner übernachteten überwiegend in Hotels in Rheinhessen und in der Pfalz.

Von Januar bis November 1987 wurden in den Fremdenverkehrsbetrieben 5,2 Mill. Gäste und 18,4 Mill. Übernachtungen registriert. Das sind 3,8 % bzw. 2,9 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1986. sr

Weniger Schulbusunfälle im Jahr 1987

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, an denen Schulbusse beteiligt waren, ist 1987 gegenüber dem Vorjahr von zehn auf sieben zurückgegangen. Sieben Schulkinder wurden schwer und 29 leicht verletzt. Im Jahre 1986 waren ein Kind getötet und 41 verletzt worden.

Die meisten Schüler (32) verunglückten als Businsassen beim Zusammenstoß von Schulbussen mit anderen Fahrzeugen. Diese Unfälle ereigneten sich durchweg außerhalb geschlossener Ortschaften. Vier Schüler wurden beim Ein- oder Aussteigen an der Haltestelle verletzt.

In drei Fällen führten Fehler der Fahrzeugführer der anderen beteiligten Fahrzeuge zum Unfall. Falsches Verhalten der Schulkinder an Haltestellen und Fehlverhalten der Schulbusfahrer wurden je zweimal als Unfallursache registriert. gr

Zahl der Verkehrstoten im Jahr 1987 auf neuem Tiefststand

Im Jahre 1987 verunglückten bei 19 404 Unfällen mit Personenschaden 26 126 Menschen. Das sind jeweils 2,4 % weniger als 1986. Mit 501 Personen sank die Zahl der Getöteten auf den bisher niedrigsten Stand seit 1951. Während die Zahl der Unfalldoten auf den Bundesautobahnen um 21 % auf 51 anstieg, ging sie auf allen anderen Straßen um durchschnittlich knapp 15 % zurück. Zwei Drittel der getöteten und 54 % der schwerverletzten Unfallopfer verunglückten außerorts. Bei den Leichtverletzten kam die Mehrzahl (57 %) innerhalb von Ortschaften zu Schaden. gr

Januar forderte mehr Verkehrstote und Verletzte

Im Januar 1988 verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 1 867 Personen, ein Viertel mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Auf den meist schneefreien Straßen wurden 40 Personen getötet, 514 schwer und 1 313 leicht verletzt.

Von den tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmern waren 26 Insassen von Personenkraftwagen, 13 Fußgänger und ein Fahrradfahrer. Unter den Verkehrstoten befand sich ein Kind unter 15 Jahren, elf Personen waren über 65 Jahre alt. bn

Diesel- und Kombi-Personenwagen stark gefragt

Am 1. Januar 1988 waren in Rheinland-Pfalz knapp 2,1 Mill. Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 2,7 % mehr als ein Jahr zuvor.

Die Anzahl der Personenwagen mit einem Hubraum unter 1 500 cm³ blieb nahezu unverändert, während die der Fahrzeuge mit mehr als 1,5 Litern Hubvolumen um 5,8 % zunahm. Insgesamt erhöhte sich der Bestand auf fast 1,8 Mill. Fahrzeuge (+ 3,3 %).

Mit 15 % fiel die Zuwachsrate bei den Diesel-Personenwagen besonders deutlich aus; jeder achte Personenwagen ist inzwischen ein Selbstzünder. Ebenfalls wachsender Beliebtheit erfreuen sich die Kombis, deren Anzahl innerhalb eines Jahres um 8,1 % auf 160 000 Fahrzeuge anstieg.

Bestandsverringerungen gab es dagegen bei Krafträdern (- 4 %) sowie bei land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen. gr

Ludwigshafen weiterhin umschlagsstärkster Hafen in Rheinland-Pfalz

Im November 1987 wurden in den Rhein- und Moselhäfen des Landes 2,6 Mill. t Güter umgeschlagen. Das sind 92 000 t oder 3,7 % mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Der Warenversand stieg um 4,7 %, der Empfang um 2,9 %. Die Zahl der be- und entladenen Schiffe erhöhte sich um 124 auf 2 884.

Rund 41 % des Güterumschlags betrafen Steine und Erden (1,1 Mill. t). Es folgen Mineralölzeugnisse und Gase (560 000 t bzw. 21 %) und chemische Produkte (270 000 t bzw. 10 %). Der am stärksten frequentierte Hafen war Ludwigshafen mit 862 abgefertigten Schiffen und einer Umschlagsleistung von mehr als 800 000 t. Davon entfielen 42 % auf Düngemittel und chemische Erzeugnisse. An zweiter Stelle lag Mainz mit 363 Schiffen und 304 000 t umgeschlagener Güter, gefolgt von Andernach (242 Schiffe bzw. 230 000 t). gr

Steigende Umschlagleistung in den Binnenhäfen im Dezember 1987

Der Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen belief sich im Dezember 1987 auf 2,3 Mill. t. Das sind 6,2 % mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Verladen wurden 900 000 Tonnen (+ 11 %), davon waren mehr als ein Drittel Steine und Erden sowie 19 % Mineralölerzeugnisse. 1,4 Mill. t Güter wurden gelöscht (+ 3,6 %). Von den entladenen Produkten waren 31 % Mineralölerzeugnisse, 28 % Steine und Erden sowie 13 % chemische Erzeugnisse. Rückläufig war der Umschlag von Erzen und Metallabfällen (- 53 %). Für alle anderen Güter errechnen sich positive Veränderungsraten, für landwirtschaftliche Erzeugnisse + 29 %, Eisen, Stahl und NE-Metalle + 16 %, chemische Erzeugnisse + 12 %, Düngemittel + 8,9 %, Mineralölerzeugnisse + 4,7 %, feste mineralische Brennstoffe + 3,7 % sowie für Steine und Erden + 2,3 %. schm

Umschlagsleistung der Eisenbahnen erneut rückläufig

Nach einem leichten Anstieg der Transportleistung im Jahre 1985 ging der Güterumschlag der Eisenbahnen 1986 gegenüber dem Vorjahr in Rheinland-Pfalz erneut zurück. Mit 16,1 Mill. t ver- und entladener Waren wurde das bisher geringste Umschlagsergebnis von 1984 leicht unterschritten. Ursache für diese rückläufige Entwicklung ist eine deutliche Abschwächung des Güterversandes, der mit 8,4 Mill. t um 5 % hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb, während der Empfang - wie schon in den beiden Vorjahren - leicht anstieg (+ 1,8 %). gr

Kommunale Finanzen 1987

Die kassenmäßigen Gesamtausgaben der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände sind in 1987 um 3,1 % auf 8 484 Mill. DM gestiegen. Entsprechende Einnahmen beliefen sich auf 8 161 Mill. DM (+ 1,5 %), so daß sich ein Finanzierungssaldo von 323 Mill. DM ergab.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Personalausgaben um 5,2 % auf 2 359 Mill. DM. Für den laufenden Sachaufwand wurden 1 662 Mill. DM (- 0,7 %) und für Zinsen 478 Mill. DM (- 2,7 %) ausgegeben. Bei den Ausgaben für Sozialleistungen war ein stärkerer Anstieg um 10,5 % auf 1 091 Mill. DM zu verzeichnen.

Die Sachinvestitionen beliefen sich auf 1 974 Mill. DM (+ 1 %). Während die Ausgaben für kommunale Baumaßnahmen um 1,3 % auf 1 575 Mill. DM anstiegen, blieb der Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen in Höhe von 398 Mill. DM fast konstant (- 0,4 %).

Die Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Abzug der Gewerbesteuermulage von 212 Mill. DM und zuzüglich des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer von 1 500 Mill. DM erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,4 % auf 3 305 Mill. DM. Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb beliefen sich auf 1 531 Mill. DM (- 3 %). Bei den allgemeinen Finanzaufweisungen vom Land ist ein Zuwachs von 4,5 % auf 1 246 Mill. DM zu verzeichnen. Auch die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen vom Land stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % auf 488 Mill. DM. kr

Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden (Gv.) 1987

Die Steuern des Landes nach der Steuerverteilung, das heißt einschließlich der dem Land zustehenden Anteile an der Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer, beliefen sich Ende 1987 auf 8 960 Mill. DM und lagen damit um 6,8 % über dem Vorjahresergebnis. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf den Landesanteil an den Steuern vom Einkommen (+ 3,8 %) und vom Umsatz (+ 19,1 %) zurückzuführen.

Das Aufkommen an reinen Landessteuern betrug zum Jahresende 1 033 Mill. DM (- 1,6 %). Während die Kraftfahrzeugsteuer um 10,8 % auf 524 Mill. DM zurückging, verzeichnete die Vermögensteuer mit 210 Mill. DM, bedingt durch Nachzahlungen und Vorauszahlungsanpassungen im Zusammenhang mit der Hauptveranlagung zum 1. Januar 1986, einen Zuwachs um 20,8 %.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände vereinnahmten an Steuern 3 305 Mill. DM (+ 1,4 %). Das Aufkommen an Grundsteuern erhöhte sich um 1,3 % auf 408 Mill. DM, das Gewerbesteueraufkommen mit 1 415 Mill. DM lag um 1,1 % unter dem Vorjahresergebnis. kr

Personalverwaltungssystem für Krankenhäuser (PVS)

Seit Herbst 1987 gehört zum Leistungsangebot des Statistischen Landesamtes im Bereich der Krankenhausautomation ein Programmpaket zur Unterstützung der Personalverwaltung im Krankenhaus. Die den öffentlichen Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz zur Abwicklung auf ihren Vor-Ort-Rechnern momentan zur Verfügung stehende erste Ausbaustufe dieses Verfahrens enthält neben der Erfassung und Pflege der Personalstammdaten die Auswertung von Fehlzeiten nachweisen und Dispositionslisten. Besonderer Wert wurde bei der Programmkonzeption auf die Abdeckung der hohen datenschutzrechtlichen Anforderungen gelegt. ma

Mehr über dieses Thema auf Seite 140

DV-Verfahren MARK zur Bewirtschaftung des medizinischen Sachbedarfs in Krankenhäusern

Ein wesentliches Ziel der Krankenhausführung ist die Verbesserung der allgemeinen Kostensituation. Sie kann insbesondere auch durch eine Verringerung der Ausgaben für den medizinischen Sachbedarf, die im Jahr 1985 im Bundesdurchschnitt fast 50 % der gesamten Sachkosten des Krankenhausbetriebes ausmachten, erreicht werden. Konkret bedeutet dies, die Kosten der Beschaffung, der Lagerhaltung und des Verbrauchs zu minimieren.

Um in verstärktem Maße auf eine sparsame Wirtschaftsführung und ein wirtschaftliches Verhalten aller am Leistungserstellungsprozeß Beteiligten hinarbeiten zu können, ist der Einsatz eines einheitlichen und wirtschaftlichen DV-Systems für den gesamten Materialwirtschaftsbereich erforderlich.

Die mengen- und wertmäßige Verwaltung der Lagerbestände mit dem DV-Verfahren Materialwirtschaft in Krankenhäusern (MARK) bietet die Gewähr dafür, daß dem Krankenhausmanagement die für Rationalisierungsmaßnahmen notwendigen detaillierten Informationen zur Verfügung stehen, mit denen die Kostenschwerpunkte beim medizinischen Sachbedarf transparent gemacht werden können. IÜ

Mehr über dieses Thema auf Seite 145

**Umweltschutzinvestitionen weiter gestiegen
141 Mill. DM für die Luftreinhaltung**

Im Jahre 1986 investierten die rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes 219 Mill. DM in Einrichtungen zum Schutze der Umwelt. Damit stiegen diese Aufwendungen gegenüber 1985 um über 30 % und erreichten einen neuen Höchststand. Für den Anteil der Umweltschutzinvestitionen an der gesamten Investitionssumme errechnet sich mit 5,6 % ebenfalls ein Spitzenwert.

Eine verstärkte Investitionstätigkeit war vor allem im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 173 Mill. DM (+ 56 %) und im Verbrauchsgütersektor zu verzeichnen, wo mit 9,7 Mill. DM eine Verdoppelung des Vorjahresergebnisses erreicht werden konnte. Deutlich weniger als im Jahre 1985 wurde von den Betrieben des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes mit 31 Mill. DM (- 27 %) und des Nahrungs- und Genußmittelbereichs mit 5,1 Mill. DM (- 49 %) für den Umweltschutz ausgegeben.

Nahezu zwei Drittel aller Aufwendungen (rund 141 Mill. DM) wurden in Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft investiert. Auf den Gewässerschutz entfiel mit 56 Mill. DM ein Viertel aller Investitionen. Für Lärmbekämpfung (12 Mill. DM) und Abfallbeseitigung (9,7 Mill. DM) wurde zusammen jede zehnte Mark ausgegeben. WZ

Jugendhilfe-Einrichtungen sind eine Domäne der Frauen**Nur 17 % Männer unter den Beschäftigten**

Die Einrichtungen der Jugendhilfe und die in ihnen tätigen Personen werden im Rahmen der Jugendhilfestatistik alle vier Jahre erfaßt. Nach den Ergebnissen der jüngsten Erhebung zum 31. Dezember 1986 gab es in Rheinland-Pfalz annähernd 3 200 Jugendhilfe-Einrichtungen mit zusammen 134 455 verfügbaren Plätzen.

Das starke Engagement der freien Träger kommt darin zum Ausdruck, daß von ihnen über zwei Drittel aller Einrichtungen betrieben werden, darunter von kirchlichen Trägern 48 %. Rund 30 % der Einrichtungen werden in öffentlicher, vor allem in kommunaler, und gut 1 % in privatgewerblicher Trägerschaft geführt.

Von der Gesamtheit der Jugendhilfe-Einrichtungen entfallen 1 723 (54 %) auf Kindergärten. Hinzu kommen 60 Kinderhorte, 17 Kinderkrippen und 14 kindergartenähnliche Einrichtungen, zum Beispiel Spielkreise. Ferner wurden unter anderem 384 Jugendheime, 182 Jugendzentren, -freizeitheime und Häuser der offenen Tür, 121 Beratungsstellen sowie 81 Jugendwohnheime, Schülerheime und Wohnheime für Auszubildende gezählt. Zur Unterbringung von behinderten Kindern und Jugendlichen stehen 19 Heime zur Verfügung.

Insgesamt sind 17 765 Personen in den Jugendhilfe-Einrichtungen tätig, davon 13 378 (75 %) als Vollzeitbeschäftigte, 3 992 (22 %) als Teilzeitkräfte und 395 (2,2 %) als nebenberuflich Tätige. Nur 3 020 oder 17 % der Beschäftigten sind Männer. Die meisten in den Einrichtungen tätigen Personen sind Erzieher(innen), und zwar 7 115 oder zwei Fünftel. Annähernd jeder zehnte Beschäftigte (1 666) befindet sich noch in einer Ausbildung. HE

Übertragbare Darmentzündung nimmt zu

Annähernd 50 Krankheiten und Krankheitsformen infektiösen und damit epidemischen Charakters sind nach dem Bundesseuchengesetz meldepflichtig. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 1987 6 159 Neuerkrankungen dieser Art registriert. Davon entfallen 5 395 oder 88 % auf Enteritis infectiosa (übertragbare Darmentzündung). Das sind 26 % mehr als 1980, als den Gesundheitsämtern 4 294 Enteritis infectiosa-Fälle gemeldet worden waren.

Bei allen anderen ausgewählten meldepflichtigen Krankheiten - mit Ausnahme der Shigellenruhr - konnte dagegen ein Rückgang der Erkrankungshäufigkeit gegenüber 1980 registriert werden. Dies trifft auch für die Geschlechtskrankheiten zu, die seit 1980 um fast 50 % abgenommen haben. SA

Mehr über dieses Thema auf Seite 137

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| – = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1. - 8. Jahrgang 1948 - 1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz – Bezugspreis: Einzelheft DM 3,-, Jahresabonnement DM 30,- zuzüglich Zustellgebühr – Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Postfach, Mainzer Straße 14 - 16, Fernruf (026 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d, Telefax (026 03) 7 13 15, Btx * 47077 # oder durch den Buchhandel – Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet. ISSN 0174-2914.